

Bezirkskonferenz
18. & 19. Juni 2022
Springe



Beschlussbuch

**„Der Weg des Fortschritts
ist weder kurz noch
unbeschwerlich.“** - *Marie Curie*

Anträge

Inhaltsverzeichnis

AP - Arbeitsprogramm

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
AP01	Arbeitsprogramm: "Der Weg des Fortschritts ist weder kurz noch unbeschwerlich." - Marie Curie Bezirksvorstand (Bezirk) <i>angenommen</i>	14

A - Arbeit und Soziales

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
A01	Solidarität mit TV Stud Unterbezirk Göttingen (Unterbezirk) <i>angenommen</i>	44
A03	Lücken in der Landwirtschaftlichen Altersversorgung schließen Unterbezirk Lüneburg (Unterbezirk) <i>angenommen</i>	56
A04	Für eine konsequente Trennung von Staat, Kirche und Religion im Arbeitsrecht! Unterbezirk Region Hannover (Unterbezirk) <i>angenommen</i>	57
A05	Antrag zur Senkung bürokratischer Hürden bei Beantragung von Grundsicherung Unterbezirk Region Hannover (Unterbezirk) <i>angenommen</i>	69

B - Bildung

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
B01	Verpflichtende Fortbildungen für Lehrkräfte zum Thema Kinderschutz Unterbezirk Lüneburg (Unterbezirk) <i>angenommen</i>	48

D - Digitales und Medien

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
D01	Gewalt auf Porno-Plattformen beenden Unterbezirk Göttingen (Unterbezirk) <i>angenommen</i>	50
D02	Recht auf Digitale Selbstbestimmung Unterbezirk Region Hannover (Unterbezirk) <i>angenommen</i>	59
D03	Lasst die Kekse verbrennen! Third-Party-Tracking verhindern Unterbezirk Nienburg (Unterbezirk) <i>angenommen</i>	78

E - Europa, Internationales und Intergalaktisches

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
E01	We stand with Ukraine! Bezirksvorstand (Bezirk) <i>angenommen</i>	27
E02	Der Westbalkan ist Europa. Bezirksvorstand (Bezirk) <i>angenommen</i>	37
E03	Kein Druckmittel! Es geht um Menschen! - Stoppt das Morden an den Grenzen! Unterbezirk Göttingen (Unterbezirk) <i>angenommen</i>	45

F - Feminismus, Gleichstellung & Gender

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
F01	Spanien macht es vor – Dem Ende der sexistischen Spielzeugindustrie! Unterbezirk Lüneburg (Unterbezirk) <i>angenommen</i>	41
F02	Frauen sind Frauen. Dafür brauch Mensch kein Gendersternchen. Unterbezirk Lüneburg (Unterbezirk) <i>angenommen</i>	43
F03	Weg mit dem TSG! – Jetzt aber wirklich! Unterbezirk Göttingen (Unterbezirk) <i>angenommen</i>	60
F04	Wir wollen echten Fortschritt – der Paragraph 218 muss endlich weg! Unterbezirk Region Hannover (Unterbezirk) <i>angenommen</i>	64
F05	Gleiche Brust für alle Unterbezirk Göttingen (Unterbezirk) <i>angenommen</i>	65
F06	Zusammenleben neu denken Bezirksvorstand (Bezirk) <i>angenommen</i>	89

G - Gesundheit und Körperpolitik

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
G01	Verstaatlichung der Krankenhäuser und Seniorenheimen Unterbezirk Landkreis Harburg (Unterbezirk) <i>angenommen</i>	39
G02	Verpflichtende Aufklärungsgespräche für Erziehungsberechtigten bei U3 und U9 Unterbezirk Lüneburg (Unterbezirk) <i>angenommen</i>	47
G03	Macht die U1 bis U9 und J1 endlich zur Pflicht! Unterbezirk Lüneburg (Unterbezirk) <i>angenommen</i>	55
G04	Sterilisation für alle, die es möchten Unterbezirk Göttingen (Unterbezirk) <i>angenommen</i>	63
G05	Mehr Therapeut*inne für alle - Kassensitze neu berechnen Unterbezirk Göttingen (Unterbezirk) <i>angenommen</i>	66

I - Inneres und Antifaschismus

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
I04	Psychologische Behandlung für Kinder während laufender Gerichtsverfahren Unterbezirk Lüneburg (Unterbezirk) <i>angenommen</i>	49
I05	Sexualisierte Gewalt an Kindern: Gegen die Nutzung des Begriffs „Kindesmissbrauchs“ Unterbezirk Lüneburg (Unterbezirk) <i>angenommen</i>	54
I08	Keine harmlose Waffe: nehmt der Polizei die Taser weg! Unterbezirk Göttingen (Unterbezirk) <i>angenommen</i>	68
I09	Wer nicht feiert, hat verloren Unterbezirk Göttingen (Unterbezirk) <i>angenommen</i>	70
I11	Fahren ohne Fahrschein entkriminalisieren! Unterbezirk Region Hannover (Unterbezirk) <i>angenommen</i>	71
I12	Legalize it - for all! Unterbezirk Region Hannover (Unterbezirk) <i>angenommen</i>	73
I13	Demokratie feiern! Unterbezirk Göttingen (Unterbezirk) <i>angenommen</i>	74
I15	Mit Nazis spricht man nicht – Keine Besetzung von Podien mit rechten Parteien Unterbezirk Göttingen (Unterbezirk) <i>angenommen</i>	75
I16	Opferfonds für Betroffene rechter Gewalt schaffen Unterbezirk Göttingen (Unterbezirk) <i>angenommen</i>	77
I17	Verbot der Grauen Wölfe Unterbezirk Göttingen (Unterbezirk) <i>angenommen</i>	80
I18	Maßregelvollzug reformieren – Wir können uns keiner Menschen entledigen! Bezirksvorstand (Bezirk) <i>angenommen</i>	83

S - Sonstiges

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
S02	Wider den Lärm – Laubbläser stoppen Unterbezirk Göttingen (Unterbezirk) <i>angenommen</i>	82
S03	Sport ist politisch! Bezirksvorstand (Bezirk) <i>angenommen</i>	87
S04	Gratis Wetter für alle Unterbezirk Göttingen (Unterbezirk) <i>angenommen</i>	92

U - Umwelt, Energie, Nachhaltigkeit und Verbraucher*innenschutz

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
U01	Raub – und Großkatzen gehören nicht in den privaten Besitz! Unterbezirk Schaumburg (Unterbezirk) <i>angenommen</i>	26
U02	Haltungsklassen System ausweiten Unterbezirk Landkreis Harburg (Unterbezirk) <i>angenommen</i>	40
U03	Mutterkonzern muss erkennbar sein – den Endverbraucher mit mehr Transparenz schützen! Unterbezirk Region Hannover (Unterbezirk) <i>angenommen</i>	67
U04	Medikamente und Blei aus Wasser filtern Unterbezirk Nienburg (Unterbezirk) <i>angenommen</i>	81

V - Verkehr

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
V01	Kostenloses Interrail-Ticket zum 18. Geburtstag Unterbezirk Region Hannover (Unterbezirk) <i>angenommen</i>	61
V02	Kostenloses Interrail-Ticket für neu in die EU eingebürgerte, volljährige Personen Unterbezirk Region Hannover (Unterbezirk) <i>angenommen</i>	62

W - Wirtschaft und Finanzen

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
W02	Abschaffung der Sperrkontopflicht für ausländische Studierende Unterbezirk Region Hannover (Unterbezirk) <i>angenommen</i>	58
W03	Mehrwertsteuersenkung für vegetarische und vegane Produkte Unterbezirk Region Hannover (Unterbezirk) <i>angenommen</i>	72
W04	Entweder staatliche Unterstützung oder Dividenden Unterbezirk Göttingen (Unterbezirk) <i>angenommen</i>	93

INI - Initiativanträge

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
INI01	Dienstpflicht ist so 2011. Engagement fördern, statt Dienst zu erzwingen! Bezirksvorstand (Bezirk) <i>angenommen</i>	94
INI02	Die Krise trifft nicht alle gleich Unterbezirk Region Hannover (Unterbezirk) <i>angenommen</i>	98
INI03	Den Gewinn des Krieges besteuern Unterbezirk Hildesheim (Unterbezirk) <i>angenommen</i>	100
INI04	Solidarität mit Kurdistan Unterbezirk Göttingen (Unterbezirk) <i>angenommen</i>	101

Antrag AP01: Arbeitsprogramm: “Der Weg des Fortschritts ist weder kurz noch unbeschwerlich.” - Marie Curie

Antragsteller*in:

Bezirksvorstand (Bezirk)

1 Vorwort

2 Nach der erfolgreichen Bundestagswahl 2021 befindet sich die Sozialdemokratie in
3 einer Situation, die große Teile der Öffentlichkeit kaum erwartet hätten: Nach 16
4 Jahren wird die Bundesregierung wieder von der SPD geführt! An diesem Bundestag und
5 dieser Bundesregierung ist vieles neu: Zum ersten Mal regiert eine Ampel-Koalition
6 aus SPD, Grünen und FDP im Bund. Und zum ersten Mal wurden 49 Abgeordnete im Juso-
7 Alter in den Deutschen Bundestag gewählt. Diese Situation beeinflusst auch unsere
8 Arbeit als Jusos.

9 Die Ampel-Koalition hat sich das Motto „Mehr Fortschritt wagen“ auf die Fahnen
10 geschrieben und tatsächlich gibt es einige Fortschritte im Koalitionsvertrag, die mit
11 der Union in den letzten Jahren nicht möglich waren – zum Beispiel die Aufhebung von
12 Paragraph 219a. Nichtsdestoweniger ist uns als Jusos bewusst, dass diese Regierung
13 keine linke Regierung ist. Wenn es um Sozialpolitik, um die Rechte von
14 Arbeitnehmer*innen, um die Schuldenbremse oder um ein gerechteres Steuersystem geht,
15 erweist sich die FDP als Bremsklotz in der Koalition. In der Debatte um die
16 allgemeine Impfpflicht hat sich bereits gezeigt, dass der Umgang mit der FDP
17 keineswegs immer einfach sein wird. Umso wichtiger wird es sein, dass wir Jusos das
18 Regierungshandeln kritisch begleiten und die Ampel an ihrem Fortschrittsversprechen
19 messen. Fortschritte wie z.B. die Reform des Bleiberechts müssen endlich umgesetzt
20 werden. In einem besonderen Maße gilt dieser Umgang auch für die sozialdemokratischen
21 Kabinettsmitglieder. Die Regierung und diese Fraktionsstärke sind eine gewaltige
22 Chance. Wir werden dafür kämpfen, dass diese Chance genutzt wird! Dazu wollen wir
23 selbstverständlich auch den Austausch mit den linken Abgeordneten im Juso-Alter
24 suchen.

25 Innerhalb des Verbands werden wir im kommenden Jahr darauf setzen, Kontinuität in
26 unserer Bildungsarbeit und inhaltlichen Arbeit aufzubauen. Mit unseren Seminaren
27 werden wir unseren Mitgliedern, viele davon während der Pandemie eingetreten, die
28 inhaltlichen Grundlagen für ihr politisches Engagement mitgeben und sie für den
29 demokratischen Sozialismus begeistern. Nach zwei Jahren Pandemie ist aber auch der
30 Bedarf nach persönlichem Kennenlernen groß. Wir werden deshalb Räume schaffen, in
31 denen beides Platz haben wird: Politisch diskutieren und gemeinsam Spaß haben!

32 Wir sind der Verband für junge, linke Menschen im Bezirk Hannover. Wir kämpfen in den
33 Parlamenten und auf der Straße für eine Gesellschaft der Freien und Gleichen, für
34 eine feministische Gesellschaft und den Fall des Patriarchats, wir kämpfen für
35 Solidarität, die alle Staatsgrenzen überwindet. Allen, die diese Ziele mit uns
36 teilen, können wir eines versichern: Ihr könnt weiterhin mit uns rechnen!

37 Bildungsarbeit

38 Im kommenden Vorstandsjahr wird unsere Bildungsarbeit erneut eine wichtiger
39 Bestandteil unserer Arbeit sein. Mit Weitsicht wollen wir unsere regelmäßigen

40 Bildungsveranstaltungen nach Möglichkeit in Präsenz durchführen. Bei dem Format
41 wollen wir auf die bewährten 2-tägigen Denkfabriken zu unseren Verbandssäulen setzen.
42 Darüber hinaus wollen wir optional zu ausgewählten Themen die im vergangenen Jahr
43 eingeführten eintägigen Thinktanks fortführen, um uns auch vertiefende Inhalte und
44 Positionen zu erarbeiten. Unser Bildungsangebot soll flexibel durch digitale
45 Veranstaltungen zu aktuellen Themen ergänzt werden, damit allen Mitgliedern aus den
46 13 Unterbezirken eine einfache Teilnahme an kompakten Bildungsveranstaltungen
47 ermöglicht wird. In der Gestaltung der Bildungsveranstaltungen und Workshops wollen
48 wir zum einen viel Platz für den Austausch und die Vernetzung zwischen den
49 Teilnehmer*innen lassen und zum anderen durch das gezielte Einladen von Expert*innen
50 für ein inhaltlich hohes Niveau sorgen, um das Fundament unseres Verbands weiter
51 stärken zu können. Um weiterhin Seminare auf Abruf anzubieten, aber gleichzeitig das
52 Angebot zielgruppengerechter gestalten zu können, wollen wir das Angebot als „BeVos
53 auf Abruf“ vereinfachen. Bei den BeVos auf Abruf können sich die Vertreter*innen aus
54 den Unterbezirken niederschwellig an das thematisch verantwortliche Mitglied des
55 Bezirksvorstands wenden und inhaltliche Fragen diskutieren oder auch ein digitales
56 oder Präsenz-Seminar vereinbaren.

57 **Über die Denkfabriken hinaus**

58 Nach zwei Jahren Pandemie ist die Sehnsucht nach persönlichem Austausch und
59 Kennenlernen im Verband besonders groß. Unsere Mitglieder treten wegen ihrer
60 politischen Überzeugungen ein, aber sie bleiben aktiv, weil sie sich bei uns im
61 Verband wohl fühlen, Spaß haben und vielleicht sogar Freund*innenschaften schließen.
62 Auch im nächsten Jahr wollen wir deshalb neben unseren Bildungsveranstaltungen
63 weitere Möglichkeiten zur Vernetzung unserer Mitglieder anbieten. Formate dafür
64 können z.B. ein Sommerfest oder ein gemeinsamer, geselliger Jahresabschluss sein.
65 Wir Jusos kämpfen entschlossen gegen jede Form des Antisemitismus und für eine aktive
66 Erinnerungskultur an die Verbrechen des Nationalsozialismus. Als weitere
67 Veranstaltung abseits unserer Denkfabriken werden wir deshalb eine Gedenkstättenfahrt
68 organisieren. Außerdem wollen wir einen Synagogenbesuch vornehmen, um uns über
69 jüdisches Leben im Bezirk Hannover zu informieren und die Wünsche jüdischer Gemeinden
70 an die Politik mitzunehmen.

71 **Weiterbildung des Vorstands**

72 Wir wollen die Chance als Vorstand nutzen und uns selbst auch in einigen
73 Themenfeldern weiter- und fortbilden, damit unsere Vorstandsarbeit kritisch bleibt
74 und wir unsere Kompetenzen weiter ausbauen. So möchten wir uns inhaltlich mit der
75 Durchführung kompetenter Awareness-Arbeit befassen, um einen verbesserten Umgang mit
76 Betroffenen von struktureller Diskriminierung zu gewährleisten. Indem wir selbst an
77 einem Anti-Sexismus-Training teilnehmen, möchten wir uns stärker für einen
78 respektvollen Umgang miteinander sensibilisieren und uns kompetente Reaktionen auf
79 sexistische Situationen aneignen. Des Weiteren halten wir u.a. einen Rhetorik-
80 Workshop, aber auch Workshops mit dem inhaltlichem Schwerpunkt in Selbstorganisation
81 und -management für geeignet, um unsere Fähigkeiten als Vorstandsmitglieder
82 auszuweiten.

83 **Unsere Verantwortung als feministischer Verband**

84 Wir wollen Geschlechterplena auf Bezirksveranstaltungen beibehalten.
85 Geschlechterplena sind ein Tagesordnungspunkt, bei dem sich die Teilnehmenden in ein
86 FLINTA*-Plenum (Frauen, Lesben, intersexuelle, nicht-binäre, trans und agender
87 Personen) sowie ein Männerplenum aufteilen. Während im FLINTA*-Plenum über den Tag
88 und eventuelle Vorkommnisse gesprochen wird, wird im Männerplenum vor allem das
89 eigene Verhalten kritisch reflektiert. Ziel ist es zum einen, Awarenessarbeit und
90 Empowerment für FLINTA*-Menschen zu leisten und auf der anderen Seite kritische
91 Männlichkeit zu üben. Zusätzlich zu den Geschlechterplena auf Bezirksveranstaltungen
92 soll den Unterbezirken angeboten werden, bei eigenen Veranstaltung Geschlechterplena
93 durch Mitglieder des Bezirksvorstand durchführen zu lassen, damit das Konzept auch
94 dezentral bekannter wird.

95 Die Vernetzung zwischen Angehörigen marginalisierter oder minoritärer Gruppen
96 herzustellen und ihnen geschützte Räume zu eröffnen, ist ein wirkungsvoller Ansatz
97 zur Bekämpfung struktureller Diskriminierung und Benachteiligung. Diesem Ansatz
98 folgend hat der ehemalige Bezirksvorstand bereits Projekte gestartet, um insbesondere
99 FLINTA*-Personen und minderjährige Jungsozialist*innen zu stärken. An diese Arbeit
100 möchte auch der zukünftige Vorstand anschließen. Nicht nur sollen die FLINTA*-
101 Vernetzung und der Austausch minderjähriger Jungsozialist*innen unter dem Motto jung
102 & politisch weitergeführt werden, sondern auch Queer-Vernetzungsmöglichkeiten
103 geschaffen werden.

104 **Unsere Themen**

105 **Feminismus**

106 Feminismus wird auch im kommenden Vorstandsjahr ein zentrales Thema für uns sein.
107 Deswegen wollen wir uns weiterhin feministischer Grundlagenarbeit widmen, um unter
108 anderem Neumitglieder aber auch allen anderen Mitgliedern unseres Verbandes für
109 feministische Themen und einen feministischen Umgang zu sensibilisieren. Ein
110 feministischer Verband zu sein, heißt für uns, dass Feminismus in jeder Situation
111 intersektional gelebt werden muss! Konkret wollen wir uns außerdem mit feministischen
112 Themen wie dem Gender Pay Gap und Gender Care Gap weiter auseinandersetzen und
113 erarbeiten, wie die strukturellen Benachteiligungen endlich enden. Wichtig ist uns
114 dabei, dass jede*r die gleiche Lebenswirklichkeit hat und somit eine gerechte
115 Anerkennung und vor allem eine gerechte Entlohnung bekommt. Denn immerhin verbringen
116 Frauen durchschnittlich 52,5% mehr Zeit mit unbezahlter Care-Arbeit. 2021 haben nach
117 der unbereinigten Gender Pay Gap immer noch 18% weniger die Stunde verdient als
118 Männer. Feminismus wird in unserem Verständnis intersektional gesehen, um die
119 Wechselwirkungen von verschiedenen Benachteiligungen im gesellschaftlichen Kontext
120 sichtbar zu machen und damit Ausschluss zu verhindern.

121 **Awarenessarbeit**

122 Der Begriff der Awareness leitet sich ab von dem englischen „to be aware“ und meint
123 ein machtkritisches Bewusstsein über die eigene Position mit dem Ziel, einen
124 achtsamen und respektvollen Umgang ohne Platz für Formen von Diskriminierung, Gewalt
125 und Grenzverletzungen zu pflegen. Wir werden weiterhin Awareness-Teams bei

126 Veranstaltungen aufstellen. Gleichzeitig wollen wir unsere Awareness-Arbeit
127 konzeptionell weiterentwickeln und durch eine gezielte Kommunikation in den
128 Unterbezirken verbreiten.

129 ***Diversität in Kunst und Kultur***

130 Anknüpfend an das vergangene Vorstandsjahr wollen wir auch dieses Jahr unsere
131 inhaltliche Arbeit zum Thema Diversität in Kunst und Kultur vertiefen. Vor allem soll
132 dabei die Erarbeitung eines umfassenden Antrags im Mittelpunkt stehen. Darüber hinaus
133 wollen wir aber auch der Einladung der Diversitätsagentin des Staatstheaters Hannover
134 nachkommen und das Theater zu besuchen, um mit Akteuer*innen direkt vor Ort ins
135 Gespräch zu kommen.

136 ***(Straf-)recht und Feminismus***

137 Feminismus muss in allen Teilen politischen Handelns mitgedacht werden, so auch im
138 (Straf-)recht. Das gerade bei dem Thema Nachholbedarf herrscht haben uns zuletzt die
139 Debatten zum Thema Catcalling und #MeToo gezeigt aber auch teilweise steigende
140 Fallzahlen zeigen, dass bei dem Thema kein Ende in Sicht ist. Insbesondere soll es
141 darum gehen, welche Möglichkeiten es gibt insbesondere die Rechtsgüter von Frauen*
142 besser zu schützen. Hierzu wollen wir in den Austausch mit Expert*innen treten, um
143 von ihrem Fachwissen zu profitieren aber auch um konkrete Lösungsmöglichkeiten zu
144 diskutieren.

145 ***Queere-Themen***

146 Queere-Themen sollen bei uns im Verband auch weiterhin eine große Rolle spielen.
147 Nicht nur ist es unser Anspruch, dass queere Perspektiven bei allen Bereichen der
148 inhaltlichen Arbeit mitgedacht werden, sondern darüber hinaus wollen wir auch
149 strukturell mehr machen. Ebenfalls wollen wir die diversen CSD-Demonstrationen
150 unterstützen und vor Ort sein.

151 ***Familienmodelle***

152 Familie ist schon lange nicht mehr Mutter, Vater, Kind. Es gibt eine Vielzahl von
153 Familienmodellen, die aber nicht alle die gleichen Rechte haben. Daher fordern wir
154 ohne Einschränkungen die Gleichstellung aller Partner*innenschaften nach innen und
155 nach außen. Damit geht für uns auch die Verteilung der Care-Arbeit einher. Denn durch
156 rechtliche Rahmenbedingungen des Staates, wie z.B. Steuererleichterungen bei
157 unterschiedlicher Verdiensthöhe der Ehepartner*innen (aufgrund des Gender Pay Gap
158 verdienen häufig Frauen* weniger als Männer) fällt die Care-Arbeit aktuell oft auf
159 FLINTA* Personen zurück. Deshalb stehen wir für die Änderung der Rahmenbedingungen in
160 unserer Gesellschaft und stellen uns solidarisch hinter alle Familienmodelle. Damit
161 einher geht für uns auch die Unterstützung von alleinerziehenden Eltern in unserer
162 Gesellschaft.

163 ***Kritische Männlichkeit***

164 In welchen Situationen sind eigene Handlungen sexistisch geprägt? Was kann ich
165 machen, um Sexismus zu erkennen? Wie positioniere ich mich konsequent gegen Sexismus?
166 Wie kann ich als privilegierte Person solidarisch mit Betroffenen sein?

167 Die kritische Männlichkeit befasst sich genau mit diesen Fragen und zeigt Wege für
168 ein pro-feministisches Engagement auf. Wir sind ein feministischer Richtungsverband
169 und daher spielt der Feminismus in allen Bereichen für uns eine unverzichtbare Rolle.
170 Doch wir müssen besonders männlichen Genossen die Bedeutung ihres individuellen
171 Handels und Auftretens bewusst machen und sie dafür sensibilisieren. Deshalb ist für
172 uns die kritische Männlichkeit ein wichtiger Bestandteil im feministischen
173 Werkzeugkasten.

174 **Mental Health**

175 Psychische Erkrankungen und andere mentale Beschwerden sind bis heute mit Stigmata
176 verbunden, die es aufzulösen gilt. Wir möchten weiterhin gegen die Tabuisierung von
177 Mental Health kämpfen und für das Thema sensibilisieren. Hierzu muss die Awareness im
178 Verband gestärkt und mehr Aufmerksamkeit für das Thema nach außen geschaffen werden.

179 **Sozialökologische-Transformation (Klima und Energie)**

180 1,5 Grad Celsius – das beschlossene Klimaziel aus dem Übereinkommen von Paris der UN-
181 Klimakonferenz aus dem Jahr 2015 ist hinlänglich bekannt und dennoch hält die zu hohe
182 Erderwärmung an und der bedrohliche Meeresspiegelanstieg sowie Extremwetterereignisse
183 sind schon heute sichtbar. Unsere Antwort darauf ist die sozialökologische
184 Transformation, um endlich den notwendigen Systemwandel voranzutreiben. Hierzu müssen
185 wir in allen Sektoren schnellstmöglich drastisch die CO₂-Emissionen reduzieren.
186 Grundlage dafür ist, insbesondere in Hinblick auf den russischen Angriffskrieg in der
187 Ukraine, den Ausbau Erneuerbarer Energien endlich ernsthaft voranzutreiben, um den
188 Energiesektor zu dekarbonisieren, die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu
189 minimieren, um eine resiliente Energieversorgung zu gewährleisten. Doch nicht nur der
190 Energiesektor, sondern auch der Gebäude- und Verkehrssektor sowie die Industrie muss
191 durch direkte oder indirekte Elektrifizierung den Treibhausgasausstoß minimieren. In
192 Richtung Klimaneutralität müssen wir im Rahmen der sozialökologischen
193 Transformationen viele Interessen berücksichtigen und bündeln, um beispielsweise die
194 Mobilitätswende auch im ländlichen Raum ankommen zu lassen und um zukunftsfeste und
195 gut bezahlte Industriearbeitsplätze entstehen zu lassen.

196 **Wohnraum**

197 400.000 neue Wohnungen, davon 100.000 öffentlich gefördert, dieses ambitionierte Ziel
198 hat sich die Ampelregierung auf Initiative der SPD in den Koalitionsvertrag
199 geschrieben. Doch der Ausbau stockt massiv, deshalb wollen wir uns im nächsten Jahr
200 damit beschäftigen, wie man den Ausbau von bezahlbarem Wohnraum vorantreiben kann,
201 der insbesondere auch uns jüngere Menschen betrifft. Gleichzeitig macht der Bausektor
202 mittlerweile 38% der weltweiten Klimaemissionen aus und führt zur weiteren
203 Versiegelung von Flächen. Wir müssen deshalb intensiv überlegen, wie wir heute schon
204 so bauen können, dass unsere Klima- und Umweltziele eingehalten werden.

205 **Mobilität**

206 Für uns Jusos ist die Mobilitätswende eine der Schlüsselaufgaben, um den Klimawandel
207 zu bekämpfen. Deswegen werden E-Mobilität und ÖPNV sehr wichtige Werkzeuge sein, um
208 dies zu erreichen. Vor allem wird der Bezirksvorstand sein Augenmerk auf den ÖPNV im

209 ländlichen Raum setzen. Wo der ÖPNV alleine nicht ausreicht, müssen wir auch Sharing-
210 Modelle stärker in den Blick nehmen. Wir wollen, dass der Bund die Kommunen
211 unterstützt, fahrradfreundlicher zu werden, damit diese klimaneutrale Art der
212 Fortbewegung an Attraktivität gewinnt. Den Umstieg vom motorisierten
213 Individualverkehr auf alternative Mobilitätskonzepte wollen wir erleichtern. Der
214 Schienenfernverkehr muss billiger, der Ausbau muss vorangetrieben und die
215 Zuverlässigkeit erhöht werden. Das Ziel ist es, den Emissionsausstoß und die
216 Feinstaubbelastung durch den Verkehrssektor auf ein möglichst niedriges Level zu
217 bringen. Klimaneutralität ist ein Muss.

218 **Natur- und Umweltschutz**

219 Deutschland muss nicht nur die Klimakrise bewältigen und so schnell wie möglich aber
220 spätestens bis 2045 klimaneutral werden, sondern muss ebenso die Biodiversitätskrise
221 bekämpfen. Die Biodiversitätskrise geht einher mit einem verbreiteten Artensterben
222 (wie insbesondere ein bedeutender Rückgang von Insekten) und dem Schrumpfen der
223 Artenvielfalt. In den kommenden Jahrzehnten könnten Millionen Tier- und Pflanzenarten
224 von der Erde verschwinden, warnen einschlägig Forscher*innen und Naturschutzverbände.
225 Wir fordern einen konsequenten Natur- und Artenschutz, der über Naturschutzgebiete
226 hinaus wirksam ist. In Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft müssen wir uns gegen
227 eine übermäßige Nährstoffanreicherung und Umweltverschmutzung einsetzen. Durch
228 zielorientierte und konsequente Steuer und Anreizsystem müssen wir die Nachhaltigkeit
229 fördern und den schonenden Umgang mit Ressourcen forcieren. Konkrete Ideen wollen wir
230 hier formulieren: Höhere Besteuerung von Plastik, Fassaden und Dachbegrünung sowie
231 sinnvolle Blühwiesen, Bildung für nachhaltige Entwicklung in alle (Berufs-)kontexte
232 implementieren. Moore und Wälder sind natürliche Kohlenstoffsinken, Auen dienen als
233 Hochwasser-Barrieren und magere Wiesen und Streuobst-Bestände als Lebensräume für
234 Nützlinge und Bestäuber. Diese Funktionen natürlicher Gebiete müssen erhalten bleiben
235 oder durch Renaturierungen zurückgewonnen werden. Und auch eine nachhaltige
236 Kreislaufwirtschaft und das Senken des virtuellen Wasserverbrauches sind notwendig,
237 um auch zukünftig sauberes Trinkwasser für alle zur Verfügung zu haben.

238 **Rassismus bekämpfen**

239 Wir Jusos kämpfen für eine vielfältige Gesellschaft und gegen jede Form der
240 Diskriminierung. Dazu gehört der Kampf gegen Rassismus. Rassismus ist nicht nur Teil
241 rechter Ideologien, sondern allgegenwärtig in unserer Gesellschaft. Jedoch wird
242 gerade dieser strukturelle Rassismus nach wie vor viel zu oft geleugnet oder
243 relativiert. Zur Wahrheit gehört außerdem, dass BIPOC in der Politik und in unserem
244 Verband nach wie vor unterrepräsentiert sind. Als Verband, der für intersektionalen
245 Feminismus eintritt, ist es für uns in diesem Kontext entscheidend, Schnittmengen und
246 wechselseitige Verstärkungen verschiedener Diskriminierungsformen herauszuarbeiten.
247 Deshalb wollen wir antirassistische Arbeit im kommenden Jahr in den Fokus rücken,
248 inhaltlich dazu arbeiten und für das Thema sensibilisieren sowie Konzepte wie die
249 BPoC-Vernetzung erproben. Nicht zuletzt der unterschiedliche Umgang mit Geflüchteten
250 aus der Ukraine und Geflüchteten aus nicht-europäischen Ländern zeigt, wie eng
251 rassistische Denkmuster mit migrationspolitischen Maßnahmen verbunden sind. Daher
252 wollen wir die gegenwärtige Migrations- und Asylpolitik sowie die Ziele des Ampel-
253 Koalitionsvertrags kritisch beleuchten. Einer Politik aus Abschreckung, Pushbacks und

254 Abschiebungen setzen wir Humanität und Solidarität entgegen!

255 **Antifaschismus**

256 Der Kampf gegen jede Form des Faschismus bleibt eine unserer Grundsäulen. Als
257 Bezirksvorstand werden wir daher unsere antifaschistische Arbeit in Form von
258 Veranstaltungen, Seminaren und Publikationen fortsetzen. In diesem Zusammenhang
259 wollen wir uns auch mit unseren Bündnispartner*innen vernetzen und mit ihnen
260 gemeinsam den antifaschistischen Kampf antreten. Wir werden außerdem weiterhin über
261 die Bedrohung durch rechte Ideologien und rechte Gewalt aufklären und uns für einen
262 entschlossenen Kampf der Zivilgesellschaft sowie der Politik gegen Rechts einsetzen.
263 Dazu gehört insbesondere die Gefahr, die von rechten Strukturen in
264 Sicherheitsbehörden ausgeht und die nach wie vor allzu oft geleugnet oder relativiert
265 wird. Wir begrüßen es, dass Bundesinnenministerin Nancy Faeser einen Aktionsplan
266 gegen Rechtsextremismus vorgelegt hat - ein deutlicher Fortschritt im Vergleich zu
267 ihren christdemokratischen Vorgängern. Umso wichtiger ist es für uns, auf die
268 konsequente Umsetzung des Plans zu drängen. Gleichzeitig ist uns bewusst, dass nicht
269 alle Menschen gleichermaßen von rechter Gewalt bedroht sind. Die Bedrohung ist für
270 viele BIPOC allgegenwärtig, ebenso die Erfahrung, dass die Polizei sie eher
271 verdächtigt als schützt. Auch regional unterscheiden sich die Bedrohungslagen. In
272 ländlich geprägten Regionen ist es oft deutlich schwieriger, Bündnisse gegen rechte
273 Gruppen zu bilden oder Gegendemos zu organisieren. Unsere Solidarität muss deshalb
274 immer den Menschen gelten, die sich Nazis entgegenstellen und jenen, die ihrem Hass
275 und ihrer Hetze ausgesetzt sind. Kein Fußbreit dem Faschismus!

276 **Internationalismus**

277 Als Bezirk Hannover haben wir bereits in der Vergangenheit Maßstäbe im Bereich
278 Internationalismus gesetzt. Daran werden wir anknüpfen und im kommenden Jahr intensiv
279 mit Fragen der internationalen Politik beschäftigen.

280 ***Feministische Außenpolitik***

281 Wir erleben, wie althergebrachte Konzepte der Außenpolitik scheitern oder an ihre
282 Grenzen geraten. Ob der Versuch des nation building in Afghanistan oder Wandel durch
283 Annäherung mit Russland – es fällt vielen schwer noch einen klaren außenpolitischen
284 Kurs zu formulieren. Daher ist es auch kein Zufall, dass Ideen zur feministischen
285 Außenpolitik jetzt besonders intensiv diskutiert werden. Feministische Außenpolitik
286 lenkt den Blick auf diejenigen, die besonders massiv unter Kriegen und politischer
287 Instabilität leiden, denen gleichzeitig aber oft kaum eine aktive Rolle bei der
288 Beilegung von Konflikten zugestanden wird. Wir haben bereits eine gute Beschlusslage
289 zur feministischen Außenpolitik, wollen dieses Konzept aber im kommenden Jahr noch
290 stärker im Bezirk verankern und konkretisieren. Damit wollen wir auch einen Gegenpol
291 zu den oft männlich dominierten Internationalismus-Debatten aufbauen.

292 ***Konsequenzen aus dem Krieg in der Ukraine***

293 Seit Februar 2022 herrscht Krieg in Europa. Die russische Regierung unter Wladimir
294 Putin führt einen einseitigen und willkürlichen Angriffskrieg gegen die Ukraine.
295 Grundlage dafür ist eine imperialistische Ideologie, die der Ukraine ihre staatliche

296 Eigenständigkeit abspricht. Ein Teil der russischen Kriegsführung sind gezielte
297 Angriffe auf die ukrainische Zivilbevölkerung bis hin zu Massakern wie in Butscha.
298 Als Jusos Bezirk Hannover haben wir bereits seit der Annexion der Krim 2014 vor der
299 aggressiven russischen Außenpolitik gewarnt. Die Außenpolitik der Bundesrepublik aber
300 wurde bis Februar 2022 von einer Mischung aus Geschäftsinteressen und dem Glauben an
301 „Wandel durch Annäherung“ mit Russland geleitet. Als Bezirk Hannover trifft uns
302 besonders die unbeirrbar Freundschaft des Ex-Bundeskanzler Gerd Schröder zu Wladimir
303 Putin. Wir wollen die Fehleinschätzungen innerhalb der SPD und der deutschen Politik
304 insgesamt aufarbeiten und uns in die Debatten zur Zukunft der Außenpolitik innerhalb
305 der Jusos und der SPD einbringen. Ein Weiter-so kann es nach diesem Krieg nicht
306 geben!

307 ***Ein sozialdemokratisches Europa ist die Antwort***

308 Als Vorstand bekennen wir uns zu Europa und fordern eine offene, nachhaltige und
309 solidarische Europapolitik. Wir setzen uns ein, dass wirtschaftliche Ungleichheiten
310 bekämpft werden und mehr Geld für jugend- und arbeitsmarktpolitische Innovationen zur
311 Verfügung steht. Wir fordern eine EU, die kompromisslos die Einhaltung des Pariser
312 Klimaabkommens forciert und weiterhin für sozial-ökologische Ziele kämpft. Die EU ist
313 für uns dabei mehr als nur ein gemeinsamer Wirtschaftsraum. Sie steht auch für
314 gemeinsame Werte, die durch die Verstärkung autoritärer und nationalistischer
315 Regierungen immer stärker bedroht sind. Hier muss die europäische Union
316 Handlungsfähigkeit zeigen und gegen Verstöße gegen unsere Grundwerte vorgehen. Die
317 Rechte von Geflüchteten müssen geachtet und Asyl als Menschenrecht anerkannt,
318 Seenotrettung entkriminalisiert werden, unabhängige Gerichte und die Pressefreiheit
319 müssen in allen Staaten vollständig gewährleistet sein. Eine tiefere Spaltung Europas
320 auf soziokultureller Ebene muss verhindert werden. Deshalb müssen wir mehr Europa
321 wagen.

322 ***China-Politik***

323 Die aktuelle Lage in der Ukraine zwingt uns auch auf andere aggressive
324 außenpolitische Töne zu achten. China hat erneut bekannt gegeben sich Taiwan aneignen
325 zu wollen. Wie dies geschehen soll ist noch zu schleierhaft, aber dass es gegen den
326 Willen der Bevölkerung von Taiwan geschehen soll ist eine reale Bedrohung. Nicht nur
327 für die Bewohner*Innen Taiwans, sondern auch für die Ordnung in der Welt, die die
328 Volksrepublik China als aufsteigender Global Player in ihrem Interesse beeinflussen
329 will. Deshalb wird der Bezirksvorstand sich dafür einsetzen, die Außenpolitik in
330 Bezug auf China weiterhin kritisch zu betrachten und die Rolle Chinas als
331 Handelspartner neu zu bewerten.

332 ***Wissenschaft und Forschung***

333 Deutschland ist ein Wissenschaftsstandort und so sollte es auch unser Bezirk sein.
334 Gerade die aktuelle Zeit zeigte deutlich, wie wichtig es ist, die Forschung auf dem
335 neuesten Stand zu erhalten und zu ermöglichen. Hierzu ist eine verbesserte
336 Finanzierung von Forschungsinstituten, Hochschulen und Universitäten von Nöten.
337 Zuschüsse sollen dabei den Studierenden selbst (verbessertes BAföG u.a.) zukommen
338 aber auch in die Qualitätssicherung der Lehre fließen. Eine gesicherte
339 Grundfinanzierung von Forschung ermöglicht Wissenschaftler*innen, auch in

340 Sparten Themen frei von ökonomischen Zwängen nach ihrem Interesse und innovativ
341 arbeiten zu können. Die Unterstützung muss dabei genauso für die Grundlagenforschung
342 bestehen. Darüber hinaus müssen die Rahmenbedingungen für Wissenschaftsstandorte
343 weiter ausgebaut werden. Wissenschaftliche Institute sollen kreativer und
344 wettbewerbsfähiger arbeiten können und so die Herausforderungen unserer Zeit
345 bewältigen. In unseren Augen ist es notwendig die soziale Selektivität beim
346 Hochschulzugang abzubauen und auch geflüchteten Forschenden die Mitarbeit zu
347 erleichtern. Die Sichtbarkeit von Frauen in der Wissenschaft muss dringend verbessert
348 werden und strukturelle Diskriminierungen in Institutionen benannt und abgebaut
349 werden. Wir wollen eine vielfältige Wissenschaft in allen Dimensionen. Die
350 Arbeitsbedingungen in der Forschung müssen gesichert werden, z.B. durch Entfristung
351 von Arbeitsverträgen. Als Bezirksvorstand wollen wir insbesondere die
352 bundespolitischen Handlungsspielräume ausloten. Jegliche Vergabeverfahren für
353 Finanzierungen durch das Bundesministerium müssen vollständig transparent ablaufen.
354 Wir wollen eine stärkere internationale Zusammenarbeit in der Forschung erwirken,
355 denn dies garantiert Forschungserfolg, Wissenstransfer und bietet
356 Verbesserungspotenziale in der Lehre. Trotz dessen versteht es sich, dass in der
357 aktuellen Situation keine Forschungsgelder mehr nach Russland fließen sollten.
358 Wissenschaft und Forschung sollen in allererster Linie dem Frieden und der positiven,
359 nachhaltigen und solidarischen Entwicklung dieser Welt dienen.

360 **Arbeit und Wirtschaft**

361 Erst trieb die Pandemie viele in Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit, jetzt frisst die
362 Inflation Löhne und Gehälter auf. Gleichzeitig boomen Lieferdienste, Versandhandel
363 und bestimmte Teile des Einzelhandels. Wir erleben, wie sich die soziale Ungleichheit
364 massiv verschärft. Umso mehr braucht es uns Jusos, die die Ungerechtigkeiten und
365 Krisenanfälligkeit des kapitalistischen Systems aufzeigen! Die enormen
366 Preissteigerungen bei Energie, Kraftstoffen, Lebensmitteln und weiteren
367 Verbrauchsgütern münden in einer hohen Inflation, welche vor allem niedrige und
368 mittlere Einkommen stark belastet. Deshalb müssen wir dafür Sorge tragen, dass
369 entsprechend Menschen mit diesen Einkommen auch die bestmögliche Entlastung erhalten.
370 Darüber hinaus brauchen wir endlich ein faires und progressives Steuersystem, welches
371 Reiche nicht weiterhin bevorteilt, damit endlich die notwendige Umverteilung
372 durchgesetzt wird. Unser Wirtschaftssystem müssen wir überdenken, denn unsere Welt
373 gehört nicht den großen Konzernen, sondern der Gesellschaft, welche demokratisch über
374 ihre Zukunft entscheiden können muss. Hierzu gehört auch der Umbau der Industrie hin
375 zu einer klimaneutralen Wirtschaft zusammengedacht mit der Sicherung von
376 Arbeitsplätzen und vor allem auch der Schaffung von guter und nachhaltiger Arbeit.
377 Das bedeutet auch, in starken Bündnissen für gute und gut bezahlte Arbeit zu kämpfen
378 und in die Branchen zu gehen, die die Mitbestimmung von Arbeitnehmer*innen in einem
379 besonderen Maße beachten. Im kommenden Vorstandsjahr werden wir deshalb aktuelle
380 Veränderungen in der Arbeitswelt betrachten und diskutieren, wie wir diesen aus
381 sozialistischer Perspektive begegnen können. Ob Amazon, Lieferando, Gorillas oder das
382 hippe Start-Up – wir stehen an der Seite der Beschäftigten!

383 **Ausbildung**

384 Wir leben in einer Welt, die sich immer wieder neuen Herausforderungen

385 gegenüberstellen muss. Klimakrise, Pandemie, Digitalisierung sind nur ein paar der
386 Dinge, die eine Auswirkung auf unsere Arbeitsplätze und auch deren Ausbildung haben.
387 Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung ist die Ausbildungsplatzgarantie fest
388 verankert. Junge Menschen, die einen Ausbildungsplatz suchen, müssen auch einen
389 bekommen. Allerdings können wir uns damit noch nicht zufrieden stellen. Denn eine
390 solidarische Umlagefinanzierung für die Ausbildungsplätze wurde nicht vereinbart. Die
391 80% der Unternehmen, die sich aktuell nicht an der Finanzierung von Ausbildungen
392 beteiligen, müssen in die Pflicht genommen werden.

393 Doch neben dem Ausbildungsplatz selbst spielen die Arbeitsbedingungen in den
394 Ausbildungsbetrieben sowie die Ausbildungsvergütung ebenfalls eine wichtige Rolle für
395 eine gute Ausbildung. Wir stehen hinter guten Arbeitsbedingungen, die nicht krank
396 machen, sowie für einen Lohn in der Ausbildung, der ein unabhängiges und
397 eigenständiges Leben für junge Menschen ermöglicht. Wir müssen es ermöglichen, dass
398 Weiterbildungen für alle zugänglich sind und auf die wechselnden Arbeitsumstände
399 vorbereiten.

400 Neben all unseren inhaltlichen Schwerpunkten ist uns auch ein guter Austausch zu den
401 Jugend- und Auszubildendenvertretungen wichtig, um hier der Perspektive von
402 Auszubildenden Gehör zu verschaffen und sie in unsere Arbeit einfließen zu lassen.

403 **Die Unterbezirke und Wir**

404 Der Bezirksvorstand ist für die Unterbezirke Ansprechpartner. Wir werden die
405 Unterbezirke vor Ort weiterhin unterstützen und mit ihnen vertrauensvoll und auf
406 Augenhöhe zusammenarbeiten. Einen wichtigen Beitrag dafür leistet ein einfacher
407 Kommunikationsweg zwischen den Unterbezirksvorständen und dem Bezirksvorstand. Dazu
408 soll auch der Beirat dienen, welcher als Kontrollgremium des Bezirksvorstandes wie
409 bisher eigenständig und unabhängig arbeiten soll. Außerdem werden wir unseren
410 Jahreskalender wieder mit allen geplanten Veranstaltungen und Terminen an die
411 Unterbezirke versenden, um so auch hier für Transparenz zu sorgen.

412 Des Weiteren werden wir erneut eine Unterbezirksvorsitzendenkonferenz (UBVK)
413 organisieren, um hier den Austausch untereinander weiter zu fördern, für Themen zu
414 sensibilisieren und neue Herangehensweisen in der Verbandsarbeit publik zu machen.

415 Die Voraussetzung für einen gut funktionierenden Verband sind die Mitglieder. Daher
416 wollen wir uns mit der Mitgliederstruktur im Bezirk befassen. Damit einher geht die
417 Unterstützung bei der Neumitgliedergewinnung, denn besonders im ländlichen Raum ist
418 es schwer, neue motivierte Genoss*innen anzusprechen und in unseren Verband
419 einzubinden.

420 **Bündnisarbeit**

421 Uns ist es wichtig, weiterhin ein zuverlässiger Bündnispartner zu sein. Neben der
422 innerparteilichen Vernetzung wollen wir auch die außer- und überparteiliche
423 Zusammenarbeit weiter ausbauen. Essenziell ist für uns dabei das Unterstützen von
424 Demonstrationen und Arbeitskampfmaßnahmen aber auch den Austausch untereinander zu
425 intensivieren, um Politik so gemeinsam zu gestalten. Gerade die Zusammenarbeit mit
426 den Gewerkschaften wollen wir hierfür ins Auge fassen und ausbauen.

427 Der Bezirksvorstand wird weiterhin die Doppelstrategie verfolgen. Wir werden auf der

428 einen Seite über unsere Mutterpartei in die Parlamente und Regierungen hineinwirken
429 und auf der anderen Seite unsere enge Anbindung auch an die Zivilgesellschaft, an
430 verschiedene Bündnisse und Gewerkschaften pflegen und uns dort engagieren. Durch
431 progressive Bündnisse erhöhen wir so auch den Handlungsdruck auf die Partei.

432 **Auf die Straße!**

433 Auch in diesem Vorstandsjahr wollen wir unsere Präsenz bei verschiedenen
434 Demonstrationen und Kundgebungen beibehalten. Wir wollen gemeinsam für unsere Werte
435 eintreten und für diese auf die Straßen gehen.

436 Neben Aufrufen zu zentralen Demonstrationen, wollen wir Aufmerksamkeit für Aktionen
437 im ganzen Bezirk schaffen, z.B. über unsere Social-Media-Kanäle. Dieses erreichen wir
438 nur in gemeinsamer Arbeit mit den Unterbezirken und mit weiteren
439 Bündnispartner*innen. In der Vergangenheit haben wir gemerkt, wie wichtig
440 Demonstrationen und Kundgebungen sind. Sie bieten zum einen ein Ventil für
441 verschiedene Emotionen und geben zum anderen einer vereinten Menschengruppe Kraft,
442 ihre Wünsche und Belange zu äußern und für diese einzustehen.

443 **Öffentlichkeitsarbeit**

444 Die Öffentlichkeitsarbeit auf Instagram, Facebook und unserer Homepage sorgt
445 innerhalb unseres Verbandes und nach Außen für Transparenz unserer Arbeit im Bezirk.
446 Bei unseren Beiträgen auf Instagram und Facebook, werden wir tagespolitische Themen
447 kommentieren sowie Wert auf professionelle Beiträge legen.

448 Unsere Homepage soll weiterhin als Anlaufstelle für Informationen zu unserem Verband,
449 Vorstand und unseren Veranstaltungen dienen. Daher möchten wir diese weiter pflegen
450 und stets mit Beiträgen auf dem neuesten Stand halten.

451 **Die Sozialdemokratie und Wir**

452 Wir wollen Teil einer Partei sein, die inhaltliche Debatten nicht scheut und über das
453 aktuelle Regierungshandeln hinausblickt. Als linker Richtungsverband werden wir die
454 Arbeit der SPD im Allgemeinen, im Besonderen aber im Bezirk Hannover kritisch-
455 solidarisch begleiten. Mit den Jusos im SPD-Bezirksvorstand werden wir unsere
456 Positionen in die Parteigremien tragen und inhaltliche Akzente setzen. Dazu zählt
457 unter anderem der Kampf gegen Rechts und Rassismus. Außerdem werden wir weiterhin den
458 Austausch mit den Abgeordneten aus dem Bezirk Hannover suchen.

459 Im Juni 2023 wird voraussichtlich der nächste SPD-Bezirksparteitag stattfinden. Die
460 personellen und inhaltlichen Grundlagen für diesen Parteitag werden wir daher im
461 kommenden Vorstandsjahr legen. Wir werden strategische Schwerpunkte für unsere
462 Anträge zum Bezirksparteitag festlegen und damit unserer Aufgabe als linker
463 Richtungsverband in der SPD gerecht werden. Außerdem werden wir erneut ein
464 Verbandsmagazin vorbereiten, das die inhaltliche Arbeit des Bezirksvorstands 2022/23
465 zusammenfassen und beim Parteitag ausgelegt werden soll.

466 **Zusammenarbeit mit anderen Ebenen**

467 Auch im kommenden Jahr wollen wir eine tragende Rolle auf Bundesebene einnehmen. Dazu
468 gehört auch eine verantwortungsvolle Repräsentation des Bezirks Hannover beim Juso-

469 Bundeskongress, der 2022 voraussichtlich das erste Mal nach zwei Jahren wieder in
470 Präsenz stattfinden wird. Wir werden wieder eine gemeinsame Delegationsvorbereitung
471 sowie eine Vorbereitung mit den anderen drei niedersächsischen Bezirken durchführen.
472 Mit unseren Anträgen werden wir die Beschlusslage des Bundesverbands voranbringen,
473 eigene Akzente setzen und zeigen, dass wir inhaltlich gut aufgestellt sind.
474 Gleichzeitig wollen wir die Debatten des Bundesverbands in unsere Unterbezirke tragen
475 und somit als Schnittstelle zwischen Bund und Unterbezirken arbeiten.
476 Wir werden weiterhin eng mit den anderen niedersächsischen Bezirken zusammenarbeiten
477 und auch den Juso-Landesverband tatkräftig unterstützen.

Antrag U01: Raub – und Großkatzen gehören nicht in den privaten Besitz!

Antragsteller*in: Unterbezirk Schaumburg (Unterbezirk)

1 Wir Jusos fordern ein Verbot von Raub- und Großkatzen in privater Haltung! Zu diesen
2 zählen insbesondere der Tiger, Jaguar, Löwe, Leopard, Schneeleopard sowie Gepard und
3 Puma. Dies ist aktuell in Deutschland nicht grundsätzlich verboten, sondern nur
4 reglementiert durch das Washingtoner Artenschutzabkommen und dem Säugetiergutachten
5 des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft. Wichtig ist nur, dass die
6 Tiere nicht aus der Wildnis, sondern aus der Zucht kommen. Die Kontrolle für dieses
7 Säugetiergutachten liegt allerdings bei den Bundesländern und Kommunen sodass dies
8 unterschiedlich intensiv geprüft wird.

Begründung

Immer wieder sieht man wie beispielsweise in Musikvideos Raubkatzen als Statussymbol benutzt werden. Doch klar ist auch, dass unabhängig von Video-Drehs, die Bedürfnisse von Raubkatzen wie Tiger oder Löwen in einer privaten Gefangenschaft nicht erfüllt werden können. Raubkatzen sind anders als die meisten Hauskatzen keine domestizierten Tiere. Raubkatzen haben hohe Ansprüche und zeigen oft in Gefangenschaft Verhaltensauffälligkeiten. Für die Haltung dieser Tiere gibt es aktuell kein Gesetz was eine Ausbildung zum Tierpfleger oder Tierpflegerin voraussetzt. Dieses fehlende Wissen und die mangelnden Kontrollen sorgen dafür, dass die Tiere oft in zu kleinen Käfigen gehalten werden. Zudem wenn Sicherheitsvorkehrungen nicht eingehalten werden, besteht auch ein Risiko für einen Ausbruch der Tiere und somit auch eine Gefahr für umliegende Nachbarn.

Antrag E01: We stand with Ukraine!

Antragsteller*in:

Bezirksvorstand (Bezirk)

1 Am 24. Februar 2022 hat die russische Regierung unter Wladimir Putin endgültig mit
2 dem Völkerrecht gebrochen und ihren Nachbarn, die Ukraine, überfallen. Seitdem tobt
3 ein brutaler Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Es ist ein einseitiger Krieg,
4 ein rücksichtsloser Krieg, ein Krieg, der ganze Städte in Schutt und Asche verwandelt
5 hat, ein Krieg nicht nur gegen die ukrainische Regierung und das Militär, sondern
6 auch gegen Zivilist*innen in der Ukraine und zivile Einrichtungen. **Wir Jusos stehen**
7 **unverrückbar an der Seite der Ukraine und verurteilen den russischen Angriffskrieg!**

8

9 **Russlands Krieg seit 2014**

10

11 Die Aggressionen der Putin-Regierung gegen die Ukraine sind nicht neu, auch wenn sie
12 nie so umfassend und so brutal waren wie jetzt. Sie kreisen vor allem um das
13 Verhältnis der Ukraine zur EU und NATO auf der einen, zu Russland auf der anderen
14 Seite. Von besonderer Bedeutung für die aktuelle Situation ist das Jahr 2014: Im
15 November 2013 gab der damalige ukrainische Präsident Wiktor Janukowytsch bekannt,
16 dass die ukrainische Regierung das Assoziierungsabkommen mit der EU aussetzen würde.
17 Diese Entscheidung erfolgte auf Druck von Seiten der russischen Regierung - mit dem
18 Ziel, eine stärkere Bindung der Ukraine an die Europäische Union zu verhindern. Als
19 Folge dieser überraschenden Kehrtwende kam es zu Massenprotesten auf dem Maidan, dem
20 Platz der Unabhängigkeit in Kyjiw, die schließlich zum Sturz der Janukowytsch-
21 Regierung und zur Bildung einer Übergangsregierung führten. Das Putin-Regime
22 beantwortete den Sturz der ihr hörigen Regierung mit militärischen Mitteln: Es
23 annektierte die ukrainische Halbinsel Krim und entflamte einen bewaffneten Konflikt
24 im Osten der Ukraine, der bis heute anhält. Das Vorgehen des russischen Militärs kann
25 dabei als hybride Kriegsführung bezeichnet werden. Der Einsatz von militärischer
26 Gewalt wurde von gezielter Desinformation begleitet. In der Ostukraine und auf der
27 Krim tauchten die sogenannten "grünen Männchen" auf, russische Streitkräfte ohne
28 Hoheitszeichen, zu denen die russische Regierung damals jede Verbindung abstritt.
29 Diese Verbindung von militärischer Aggression mit Propagandakampagnen und
30 Geheimdienstaktivitäten erwies sich für Putins Regierung als Erfolg: Die Krim blieb
31 besetzt, die Ostukraine blieb Kriegsregion und diente letztlich auch als Vorwand, um
32 2022 in den offenen Krieg gegen die Ukraine zu ziehen.

33

34 **Die Mythen des Kremls**

35

36 Die Außenpolitik der russischen Regierung ist durch einen aggressiven Nationalismus
37 gekennzeichnet. Dieser Nationalismus bedient sich zwei zentraler
38 Argumentationsstränge: Zum einen die Behauptung einer Einkreisung Russlands durch die
39 NATO, also eine sicherheitspolitische Bedrohung, der man einen Riegel verschieben
40 müsse. Teil dieser Behauptung ist der Verweis auf die NATO-Osterweiterung, die, so
41 wird im Kreml gerne erzählt und auch außerhalb Russlands oft geglaubt, einen

42 Wortbruch darstelle. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion habe die NATO zugesagt,
43 keine ehemaligen Sowjetrepubliken in ihr Bündnis aufzunehmen. Durch den Bruch dieses
44 Versprechens bedrohe die NATO die Sicherheit Russlands. Nach dieser Argumentation
45 wäre der Versuch, die Ukraine vom "Westen" fernzuhalten, also nichts weiter als
46 Selbstverteidigung. Bei genauerem Hinsehen erweist sich diese Behauptung jedoch als
47 Legende: Ein solches Versprechen gab es im Vorfeld der deutschen Wiedervereinigung
48 nicht. Gorbatschow selbst bestätigte das. Im Übrigen dürfen wir davon ausgehen, dass
49 eine solche Zusage, wenn sie der Sowjetunion wichtig gewesen wäre, schriftlich
50 festgehalten worden wäre. Zudem fand die letzte NATO-Osterweiterung 2004 - vor 18
51 Jahren - statt. Da war Gerhard Schröder noch Bundeskanzler (keineswegs für
52 Säbelrasseln gegenüber Russland bekannt). Putin, damals bereits Präsident, beteuerte
53 2004, dass die Osterweiterung der NATO keine Bedrohung für die Russische Föderation
54 bedeute. Nicht zuletzt ging die NATO-Osterweiterung mit der Gründung des NATO-
55 Russland-Rates einher.

56

57 Schriftlich zugesagt wurde keine Absage an die Osterweiterung der NATO, wohl aber die
58 Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine (Budapester Memorandum, 1994)
59 sowie die freie Bündniswahl (Charta von Paris, 1990), internationale Abkommen, die
60 von Russland unterzeichnet wurden. Weder von der Souveränität noch von der Freiheit,
61 einem Bündnis beizutreten, will die russische Regierung jetzt offenbar etwas hören.
62 Aber die "Einkreisung" durch äußere Mächte ist perfekt dazu geeignet, die Reihen
63 hinter sich zu schließen.

64

65 Zum anderen bedient sich die Propaganda des Kremls historischer Argumente, die der
66 Ukraine absprechen, ein eigener Staat zu sein und sie stattdessen als natürlichen
67 Teil Russlands sehen. Eine Wendung der Ukraine nach Westen kann auf dieser Grundlage
68 nicht akzeptiert werden. Diese Stoßrichtung ist insofern besonders gefährlich, als
69 sie auf Fragen der "nationalen Identität" abzielt, die emotional polarisieren, aber
70 wenig rationale Verhandlungsgrundlage bieten. Die Argumentation geht zuweilen bis in
71 das 9. Jahrhundert zurück, den angeblichen Ursprung der russischen Nation. Ob aber
72 die Kiewer Rus sich vor über tausend Jahren als russisch oder ukrainisch gefühlt
73 haben, lässt sich heute wohl kaum beantworten und wenn wir ehrlich sind, ist es auch
74 völlig irrelevant. Relevant ist nur, dass solche Mythen als nationalistisches
75 Narrativ genutzt werden, um eine aggressive Außenpolitik gegen einen unabhängigen
76 Staat zu legitimieren und von den Problemen innerhalb Russlands abzulenken. Das ganze
77 verbindet sich mit Putins Anspruch, das imperiale Trauma nach dem Zusammenbruch der
78 Sowjetunion zu heilen und Russland durch die Austragung militärischer Konflikte
79 wieder den Rang einer Großmacht zu sichern.

80

81 **Nicht Putins erster Krieg**

82

83 Auch wenn die Ukraine einen besonderen ideologischen Stellenwert für den russischen
84 Nationalismus besitzt, hat Putin auch in anderen Fällen schon zur militärischen
85 Gewalt gegriffen. Die Bilder, die wir heute aus Mariupol oder Charkiw sehen, erinnern
86 uns nicht ohne Grund an Grosny, die Hauptstadt Tschetscheniens oder Aleppo in Syrien,

87 nachdem das russische Militär diese Städte gnadenlos zerstört hatte. Putin wiederholt
88 heute in der Ukraine seine Strategie, die er in diesen Ländern bereits geübt hat: Mit
89 massiver Gewalt gegen zivile Infrastruktur vorzugehen und Zivilist*innen zu töten,
90 bis die Gegenseite zusammenbricht. In Syrien stand Putin dabei an der Seite Assads,
91 um dessen Staatsvolk zu unterdrücken. Ohne Putin wäre Assad wahrscheinlich nicht an
92 der Macht geblieben. Und auch in Belarus und Kasachstan sprang Putin den bedrohten
93 Diktatoren bei, als Massenproteste ausbrachen. Gerade der Fall Belarus ist
94 interessant, weil die Opposition bewusst auf eine prowestliche Rhetorik verzichtete.
95 Anders als die Ukraine forderten sie nicht die Annäherung an die EU, sondern
96 lediglich Demokratie für Belarus. Immer wieder wurde beteuert, man wolle weiterhin
97 ein gutes Verhältnis zu Russland behalten. Damit wollten die Demonstrant*innen eine
98 Situation wie in der Ukraine verhindern. Genützt hat es ihnen aber nicht: Russland
99 sorgte dafür, dass Lukaschenka an der Macht blieb und Belarus büßte faktisch seine
100 Unabhängigkeit ein.

101

102 **Warum haben wir den Krieg nicht kommen sehen?**

103

104 Die Vorbereitungen für den Krieg, den wir aktuell mit Schrecken beobachten, liefen
105 lange im Voraus. Zuletzt konzentrierte Russland über hunderttausend Soldaten an der
106 Grenze zur Ukraine, die USA warnten vor einem unmittelbar bevorstehenden Krieg. Dabei
107 gab es für den Truppenaufmarsch gar keinen Anlass, keine andere plausible Erklärung
108 als die Vorbereitung auf den Krieg. Und bereits im Sommer 2021 veröffentlichte Putin
109 seinen sogenannten "historischen Aufsatz", in dem er der Ukraine die Staatlichkeit
110 absprach und das ideologische Fundament für einen Krieg zur Zerstörung der Ukraine
111 legte. Trotzdem herrschte in der deutschen Politik bis zum Kriegsbeginn die Meinung,
112 man müsse nur den Dialog mit Russland suchen, man müsse nur mit Putin reden und ihm
113 mehr Respekt zeigen, um den Frieden zu erhalten. Von dieser Haltung waren die Jahre
114 seit 2014, seit der Annexion der Krim, geprägt. Auch SPD-Politiker*innen waren an
115 dieser ausgesprochen verständnisvollen, dialogorientierten Haltung durchweg
116 beteiligt. Dabei hat es an Dialog mit Putin oder Russland nicht gemangelt. In den
117 Wochen vor dem Krieg haben zahlreiche westliche Regierungen den Dialog mit Russland
118 gesucht, Macron und Scholz haben Putin in Moskau getroffen, die Nachrichten waren
119 voll damit, wer wieder mit Putin telefoniert hat. All diese Gesprächspartner*innen
120 wurden von Putin in die Irre geführt. Aber auch in den letzten Jahren riss der Draht
121 nach Moskau nie ab. Mit keinem Staatschef hat Angela Merkel während ihrer
122 Kanzlerinnenschaft so häufig telefoniert wie mit Wladimir Putin. Im Normandie-Format
123 wurde sogar Russlands Selbstdarstellung als Vermittler akzeptiert, obwohl Russland
124 offenkundig durchgängig Konfliktpartei war. Und parallel dazu wurden weiter fleißig
125 Geschäfte mit Russland gemacht. Die Bundesrepublik Deutschland hielt, dem russischen
126 Krieg im Donbass und der Annexion der Krim zum Trotz, am Bau der Gaspipeline Nord
127 Stream 2 fest. Als die USA den Bau mit Sanktionen verhindern wollte, übertrug das
128 Land Mecklenburg-Vorpommern die Pipeline in die Hände einer dafür gegründeten
129 "Umweltstiftung" und umging so die US-Sanktionen. Dass es ausgerechnet eine
130 Umweltstiftung war, die als Tarnmantel für den fossilen Energieträger Gas dienen
131 sollte, ist eine weitere bittere Ironie der Geschichte. Dabei ist Nord Stream 2 nur
132 die Spitze des Eisbergs. Deutschland hat sich zielstrebig in eine eklatante Energie-

133 Abhängigkeit von Russland begeben. Mehr als die Hälfte des Gases importiert
134 Deutschland aus Russland. Kritik daran wurde lange abgeblockt, immer wieder hieß es,
135 man wolle sich von den USA nicht in die eigenen Angelegenheiten reinreden lassen und
136 außerdem seien diese Geschäfte wichtig, um den Kontakt zu Russland
137 aufrechtzuerhalten. Dabei zeigte sich auch eine auffällig nationalistische Rhetorik,
138 die auf die deutsche Souveränität pochte. Von der sonst so oft gepredigten
139 "europäischen Lösung" war beim Thema Gas nie die Rede. Ein besonders auffälliger
140 Vertreter des Verständnisses für Putin ist sicher Gerd Schröder, der noch am Vorabend
141 des Krieges das "Säbelrasseln" der Ukraine kritisiert. Sicher, ein Austritt Schröders
142 aus der SPD ist überfällig. Aber es reicht nicht, dieses Problem auf den Ex-
143 Bundeskanzler zu beschränken. Die Fehleinschätzungen gegenüber Russland und die
144 Ignoranz gegenüber den Sicherheitsbedürfnissen unserer mittelosteuropäischen
145 Partner*innen waren deutlich weiter verbreitet. Diese Fehler gilt es aufzuarbeiten
146 und sie in Zukunft nicht zu wiederholen.

147

148

149

150

151 **Was würde Willy tun? Warum der Blick in die Vergangenheit nicht hilft**

152

153 Bei der Analyse der Fehler zeigt sich, dass der Instrumentenkasten im Umgang mit
154 Putins Regime aus dem Kalten Krieg stammte. Insbesondere die SPD übertrug den Umgang
155 mit der Sowjetunion auf Russland. Die Fähigkeit zur realistischen Bewertung der Lage
156 wurde dabei vor allem dadurch eingeschränkt, dass sich viele Sozialdemokrat*innen in
157 der Tradition Willy Brandts und seiner Ostpolitik sahen, dass sie daraus ihre
158 Verantwortung als "Friedenspartei" zogen und letztlich auch ihre politische Identität
159 konstruierten. **Bei der Bewertung der russischen Politik ging es unserer Partei in den**
160 **letzten Jahren zu oft um die eigene Identität und nicht um die außenpolitische**
161 **Realität.** Es gibt beim Bezug auf die Ostpolitik nämlich zwei große Probleme: Erstens
162 wird zu oft übersehen, dass auch Willy Brandts Politik nur durch eine feste
163 Einbettung in westliche Bündnisstrukturen möglich war. Zweitens wird übersehen, dass
164 das heutige Russland nicht mit der Sowjetunion gleichgesetzt werden kann. Die
165 Sowjetunion war unbestritten eine von zwei Großmächten und hatte ein Interesse an
166 Stabilität, ein Interesse daran, diesen Zustand zu erhalten. Die heutige russische
167 Regierung hingegen versucht sich durch internationale Konflikte aufzuwerten und von
168 Konflikten im eigenen Land abzulenken. Sie versucht ihr Staatsgebiet zu vergrößern
169 und sie versucht, die erfolgreiche Errichtungen von Demokratien in ihrer
170 Nachbarschaft mit allen Mitteln zu verhindern. Außerdem gelten heute andere Regeln
171 als zur Zeit des Kalten Krieges. Grundsätze wie die freie Bündniswahl und die
172 staatliche Souveränität anstelle von Einflusszonen wurden mühsam erarbeitet. Nach der
173 Annexion der Krim hat sich gezeigt, wie sehr viele Politiker*innen in Deutschland
174 immer noch der Logik des Kalten Krieges verhaftet waren. Immer wieder wurde von
175 "Einflusszonen" gesprochen und Verständnis dafür geäußert, dass Russland sich in
176 seiner "Einflusszone" bedroht fühlte. Die Perspektive jener Länder, die sich von
177 Russland bedroht fühlten - die Ukraine, Polen, die baltischen Staaten - hat bis 2022

178 so gut wie keine Rolle gespielt. Stattdessen wählte man sich in Deutschland einen
179 besonders guten Draht zu Putin zu haben und diesen Draht im Sinne des Friedens nutzen
180 zu können. Auch hierbei handelte es sich um eine Fehleinschätzung.

181 **Rassistische Geflüchtetenpolitik**

182 Die Solidarität mit ukrainischen Geflüchteten war und ist beeindruckend.
183 Privatpersonen haben sich mit Sach- und Geldspenden eingebracht, haben ihr Engagement
184 zur Verfügung gestellt oder sogar Geflüchtete bei sich zuhause aufgenommen. Tausende
185 Menschen haben an Demonstrationen teilgenommen und die Politik zum Handeln gedrängt.
186 Auch die staatliche Unterstützung war groß: Erstmals wurde die EU-
187 Massenstromrichtlinie aktiviert, wodurch die Pflicht zum Stellen eines Asylantrags
188 entfällt, und damit die Einreise ukrainischer Geflüchteter in die EU massiv
189 erleichtert. Ukrainische Geflüchtete konnten den öffentlichen Nah- und Fernverkehr
190 kostenlos nutzen. Der Zugang zum Studium enorm erleichtert. Das alles ist positiv zu
191 bewerten. Und dennoch müssen sich verantwortliche Politiker*innen jetzt die Frage
192 gefallen lassen, warum das alles für ukrainische Geflüchtete möglich ist, es für
193 Geflüchtete aus anderen Ländern nicht im gleichen Maße möglich war. Dabei ist
194 besonders der Vergleich mit Syrien auffällig, immerhin wurden syrische Städte von der
195 gleichen russischen Luftwaffe bombardiert, die jetzt ukrainische Städte zerstört.
196 Auch in Syrien wurde ein gezielter Krieg gegen die Zivilbevölkerung geführt. Wieso
197 herrscht bei der Aufnahme ukrainischer Geflüchteter große Einigkeit in der EU, die
198 während des Bürgerkriegs in Syrien nicht möglich war? Warum können Ukrainer*innen in
199 Deutschland ohne Schulabschluss studieren, während viele Migrant*innen aus anderen
200 Staaten nicht einmal eine Anerkennung ihrer bereits vorhanden Hochschulabschlüsse
201 erhalten hat? Warum steht die Presse und öffentliche Meinung nahezu unisono hinter
202 der Solidarität mit den Ukrainer*innen, während eine große deutsche Wochenzeitung
203 2018 ein Foto von einer Seenotrettung im Mittelmeer übertitelte mit „Oder soll man es
204 lassen?“. Warum hören viele von uns im privaten Umfeld, dass jetzt seien ja „echte
205 Flüchtlinge“? Und warum gilt die große Aufnahmebereitschaft eigentlich in erster
206 Linie für weiße Geflüchtete aus der Ukraine? Es gibt einen Grund für diese
207 Ungleichbehandlung und diesen Grund müssen wir benennen. Der Grund heißt: Rassismus.
208 Von der Privatperson über die Medienlandschaft bis zur Politik wird Menschenleben ein
209 unterschiedlich hoher Wert und ein unterschiedlich starker Anspruch auf Schutz
210 zugesprochen, abhängig davon welche Hautfarbe sie haben, welche Religion sie
211 praktizieren, welcher „kulturelle Hintergrund“ ihnen aus europäischer Perspektive
212 zugeschrieben wird. Ein formal juristische Argumentation, die behauptet,
213 Ukrainer*innen würden anders behandelt, weil für sie aktuell nun einmal andere
214 Gesetze gelten, läuft ins Leere. Die Gesetze – Aktivierung der Massenzustrom-
215 Richtlinie auf der einen Seite, überfüllte und menschenunwürdige Geflüchtetenlager
216 auf der anderen Seite – sind die Folge eines fest verankerten, mehrheitsfähigen
217 Rassismus. Wir Jusos werden nicht aufhören, auf diese Ungerechtigkeit hinzuweisen.
218 Und wir werden die Migrations- und Asylpolitik der Zukunft mindestens an den
219 Maßstäben messen, die 2022 gesetzt wurden. Dieses Jahr darf nicht nur eine
220 Zeitenwende in der Sicherheitspolitik bringen. Es muss auch eine Zeitenwende im
221 Umgang mit Geflüchteten werden. Ob aus der Ukraine, aus Syrien oder jedem anderen
222 Land der Welt: **Kein Mensch ist illegal!**

223 Für Sanktionen, die wirklich wirken!

224 Mit der russischen Anerkennung der ukrainischen Regionen Donezk und Luhansk als
225 unabhängige Gebietseinheiten beschloss die EU als unmittelbare Reaktion kurzfristig
226 ihr erstes Sanktionspaket gegen Russland. Weitere umfangreiche Sanktionspakete
227 seitens der EU folgten mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Neben
228 diplomatischen Restriktionen setzen die fünf Sanktionspakete bei
229 Wirtschaftssanktionen sowie individuelle Sanktionen gegen Einzelpersonen an.

230 Insgesamt wurden 1091 Einzelpersonen (z.B. Mitglieder der russischen Regierung und
231 dem Kreml nahestehenden Oligarchen) sowie 80 Organisationen (z.B. illegale
232 Separatistengruppen) mit Individualsanktionen belegt (unter Berücksichtigung früherer
233 Sanktionen, welche im Zusammenhang mit der Krim-Annexion verhängt wurden sind). Mit
234 den Individualsanktionen wurden Konten bei EU-Banken gesperrt und somit
235 Vermögenswerte eingefroren sowie ein Reiseverbot erlassen. Auch wenn diese Art der
236 Sanktionen einen kleineren Einfluss übt und eher einen symbolischen Charakter hat,
237 soll sichergestellt werden, dass das russische Regime nicht mit Geldern unterstützt
238 werden kann und dass die sanktionierten Personen keinen sicheren Zufluchtsort in der
239 EU finden.

240 Eine größere Bedeutung und mehr Druck auf die russische Volkswirtschaft können die
241 umfassenden Wirtschaftssanktionen der EU ausüben, welche vielfach mit internationalen
242 Partner*innen wie beispielsweise den USA und Kanada oder auch Japan und Australien
243 gemeinsam erhoben werden. Die Sperrung des europäischen Luftraums für russische
244 Luftfahrtunternehmen, das Ausfuhrverbot von in der Luft- und Raumfahrtindustrie
245 verwendeten Gütern und Technologien, das Transaktionsverbot mit der russischen
246 Zentralbank sowie der Ausschluss sieben russischer (und drei belarussischer) Banken
247 aus dem internationalen Bankenkommunikationssystem SWIFT sind insgesamt harte
248 Wirtschaftssanktionen, die Russland nachweislich unmittelbar treffen. Auch wenn sich
249 der Rubel nach dem Einbruch wieder erholt hat, wird Russland mit einer Inflationsrate
250 von über 17% im März 2022 unter Druck gesetzt. Zusätzlich kann Russland wegen der
251 Blockade der Devisenreserven Fremdwährungsanleihen in Dollar nicht mehr begleichen,
252 was enorme Auswirkungen für den Staat auf dem Kreditmarkt hat. Nach Schätzungen von
253 Ökonom*innen könnte die russische Wirtschaft in diesem Jahr insgesamt um mehr als 20
254 Prozent schrumpfen, was zum einen auf die Wirtschaftssanktionen und zum anderen auf
255 die Unternehmen, die ihre Produktion, ihren Export oder insgesamt ihre geschäftlichen
256 Aktivitäten mit Russland, zurückzuführen.

257 Dennoch sind die Wirtschaftssanktionen in einem Bereich nach wie vor unzureichend,
258 nämlich im Energiesektor. Russlands Staatshaushalt refinanziert sich ungefähr zur
259 Hälfte aus fossilen Energieträgern, so sind mineralische Brennstoffe mit einem Anteil
260 von über 42% an der Warenausfuhr das Top-Exportgut und für rund 207 Milliarden US-
261 Dollar verantwortlich und somit die Haupteinnahmequelle des Regimes. Im fünften EU-
262 Sanktionsverbot wurde als erstes eine Kohleembargo in Kombination mit einem
263 Einlaufverbot für russische Schiffe beschlossen. Darüber hinaus wird als weiterer
264 Schritt das Öl-Embargo diskutiert. **Doch diese energiepolitischen Sanktionen greifen**
265 **zu kurz und nicht weit genug!** Denn sowohl Steinkohle als auch Erdöl sind weltweit
266 flexibel, wenn auch zurzeit in der Verfügbarkeit knappe, handelbare Wirtschaftsgüter,
267 welche Russland entsprechend ohne große Probleme anderweitig (z.B. nach China oder
268 Indien) verkaufen kann. Auch wenn die russische Erdölförderung zunächst sinken würde

269 und die Umorientierung nach Asien Infrastrukturinvestitionen erfordert, würden die
270 Ölpreise so hochgetrieben werden, dass nach Meinung von Expert*innen die Wirkung des
271 Öl-Embargos konterkariert werden könnte. **Deshalb müssen wir konsequent einen Schritt**
272 **weiter gehen und fordern ein vollständiges Energieembargo und somit auch das Embargo**
273 **gegen russisches Erdgas**, da das Gas pipelinegebunden nur Richtung Europa fließen kann
274 und die russischen LNG-Kapazitäten nicht ausreichen, um dem Gasboykott auszugleichen.
275 Konsequenterweise müssen ebenfalls die russischen Geschäftsbanken, die bislang wegen
276 der Abwicklung von Energielieferungen (wie z.B. die Gazprombank) von dem SWIFT-
277 Ausschluss nicht betroffen waren, endlich vom System ausgeschlossen werden. Da nicht
278 nur Deutschland, sondern auch andere europäische Staaten von russischen Fossilen
279 teilweise noch erheblicher abhängig sind, muss im Notfall auf europäischer Ebene für
280 eine solidarische Verteilung von fossilen Energieträgern Maßnahmen getroffen werden.
281 Nach Studien verschiedener Ökonom*innen hat ein sofortiger Gas-Importstopp auch
282 Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaftsleistung- hier muss von staatlicher Seite
283 mit bewährten Mitteln wie der Kurzarbeit Sorge getragen werden, dass die
284 wirtschaftlichen Folgen abgemildert werden. **Eine weitere Einfuhr von russischem**
285 **Erdgas angesichts des russischen Angriffskriegs in der Ukraine und den furchtbaren**
286 **Kriegsverbrechen ist nicht akzeptabel!**

287 Neben dem Boykott von Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik
288 Deutschland/EU und der Russischen Föderation, welche die Eliten in Russland mittelbar
289 betrifft, vor allem durch zum Beispiel vielfache Unternehmensbeteiligungen, dürfen
290 wir aber nicht vergessen, diese Elite, welche durch das russische Regime unter
291 Wladimir Putin massiv profitierte, direkt zur Rechenschaft zu ziehen im In- und
292 Ausland. Dazu beitragen kann z.B. die Enteignung von Sachgütern wie Häusern,
293 Grundstücke, Autos, Yachten etc. sowie das Einfrieren von Konten oder gleich deren
294 Beschlagnahmung. Denn die russische Bevölkerung kann für diesen Krieg rein gar nichts
295 und sie übermäßig leiden zu lassen, kann die Kriegspropaganda vor Ort verstärken und
296 trifft die Falschen. Dies muss mit allen Mitteln verhindert werden. Denn Putin und
297 sein Regime ist der Gegner, nicht die Bevölkerung!

298 **Sondervermögen? Schuldenbremse kippen!**

299 Die Bundesrepublik muss in der Lage sein, ihren Bündnispflichten im Rahmen der NATO
300 nachzukommen. Darauf drängen zu Recht insbesondere die mittel- und osteuropäischen
301 Staaten, die sich vom russischen Imperialismus bedroht sehen. Das erwarten auch
302 Staaten wie Schweden und Finnland, die dem Verteidigungsbündnis beitreten wollen.
303 Dafür braucht es eine entsprechend ausgestattete Bundeswehr. In der Vergangenheit
304 sind nötige Investitionen in diesem Bereich nicht oder extrem ineffizient getätigt
305 worden. Dass die Bundesregierung dieses Problem angehen möchte, begrüßen wir im
306 Grundsatz. Allerdings stellen sich im Detail noch zahlreiche Fragen. Die Ankündigung
307 der 100 Milliarden Euro, die als Sondervermögen in die Bundeswehr investiert werden
308 sollen, kam selbst für Mitglieder der Bundesregierung überraschend. Für die
309 Fraktionen sowieso, geschweige denn für die Öffentlichkeit.

310 100 Milliarden Euro halten wir für nicht verhältnismäßig, willkürlich in der Höhe der
311 Summe und kritisieren auch die Intransparenz, wofür dieses Geld nun gedacht ist.

312 Angesichts der gewaltigen Investitionssumme, muss mit der Frage, wie das Geld
313 ausgegeben werden soll, anders verfahren werden. Es muss eine transparente Debatte

314 dazu geben, wo Geld benötigt wird und welche Prioritäten gesetzt werden. Wir
315 erwarten, dass insbesondere die persönliche Schutzausrüstung von Soldat*innen
316 beachtet wird. Außerdem fordern wir, dass im gleichen Zuge auch in den Zivilschutz
317 massiv investiert wird, der in den letzten Jahrzehnten noch weitaus dramatischer
318 vernachlässigt wurde als die Bundeswehr. Dabei kann der Zivilschutz das Leben von
319 Menschen retten, die im Kriegsfall besonders verletzlich sind. Nicht zuletzt muss die
320 Bundesregierung die Frage beantworten, wie verhindert werden soll, dass diese
321 gewaltige Investitionssumme nicht ebenso ergebnislos versickert, wie es bei früheren
322 Rüstungsaufträgen der Fall war.

323 Es muss geprüft werden, ob die Bundeswehr überhaupt mehr Geld braucht oder ob das
324 viele, in der Vergangenheit investierte Geld, zielgerichteter und effizienter
325 ausgegeben werden muss. Die Debatte sollte dahingehend geführt werden, wie viel die
326 Bundeswehr tatsächlich für ihren Auftrag der Landes- und Bündnisverteidigung
327 benötigt. Dazu fordern wir eine objektiv und transparente Bedarfsanalyse, welche aber
328 nicht ohne vorherige strukturelle Reformen stattfinden darf (zum Beispiel beim
329 sogenannten „Beschaffungsamt der Bundeswehr“). Denn wenn man sich die internen
330 Prozesse ansieht, dann wird deutlich, was hier die Probleme sind: Die Soldat*innen
331 benötigen etwas. Die Behörden, hierbei spielt auch das „Planungsamt der Bundeswehr“
332 eine Rolle (Ist im Hintergrund für alle nicht ministeriellen Planungen zuständig.
333 Dies bedeutet, es bündelt die Aufgaben, Kompetenz und Verantwortungen in
334 Planungsnetzwerken, stellt Methoden und wissenschaftlich Werkzeuge für die Bundeswehr
335 bereit, koordiniert multinationale Abstimmungen, erarbeitet Zukunftsstrategien für
336 die Bundeswehr und macht Vorschläge für Planungen im nächsten Haushalt), evaluieren
337 erst einmal, ob im Bestand noch etwas vorhanden ist. Ansonsten erstellen die
338 Soldat*innen und die Verwaltung einen Anforderungsbogen. Dieser muss von oben
339 genehmigt werden, oft von dem*der Generalinspekteur*in der Bundeswehr selbst. Dann
340 muss das BAAINBw mithilfe von Beschaffer*innen diesen Anforderungsbogen in technische
341 Leistungsbeschreibungen überführen. Dieser muss dann wieder abgesegnet werden von
342 oben. Bevor der Einkauf stattfindet muss oftmals eine europaweite Ausschreibung
343 durchgeführt werden. Nach dem Einkauf steht dann nicht selten ein juristisches
344 Nachspiel im Raum.

345 Wie man sieht, ist dies alles ziemlich aufwendig und teuer. Nicht ohne Grund
346 attestieren Expert*innen diesem Amt deshalb, dass es teuer und langsam sei und vor
347 allem auch zu viele Entscheider*innen, zu viele Ebenen und einen Hang zu unfertigem
348 besitze. Denn durch zum Beispiel die vielen Entscheidungen ist am Ende niemand „so
349 richtig“ verantwortlich, wenn etwas schief geht.

350 Dazu ist eine kritische Betrachtung privater Rüstungskonzerne unumgänglich! Letztlich
351 führt kein Weg daran vorbei: Krieg darf kein Geschäftsmodell sein. Rüstungskonzerne
352 müssen verstaatlicht werden.

353 Neben diesen Problemen, kommt aber auch noch anderes, erschreckenderes dazu: Nazis
354 bei der Bundeswehr. Diese beeinflussen mit ihrer menschenfeindlichen Ideologie nicht
355 nur die anderen Personen in den Kasernen, nein, sie unterschlagen auch Munition und
356 andere militärisches Ausrüstung (wie zum Beispiel bei der sogenannten „Amnestie-
357 Aktion“ der Spezialeinheit KSK zutage gekommen ist) um ihre
358 mutmaßlich terroristischen Taten zu planen (u.a sind auch bei den Neonazi
359 Terrorgruppen wie „Nordkreuz“ und „Hannibal“ Bundeswehr Ausrüstung gefunden wurden

360 sowie auch bei dem rechten Terroristen „Franco A.“).

361 Deshalb müssen wir die neonazistischen Netzwerke bei den Sicherheitsbehörden
362 zerschlagen und diese Personen zur Rechenschaft ziehen und keine Amnestie gewähren!

363

364 Unsere Kritik zielt aber nicht nur darauf ab, wie und wofür das Sondervermögen
365 verwendet werden soll. Wir kritisieren auch die Konstruktion des Sondervermögens an
366 sich. Der Wortbestandteil „Vermögen“ führt in die Irre. Es handelt sich um Schulden,
367 die der Staat aufnimmt, um Investitionen, in diesem Fall in die Bundeswehr, zu
368 tätigen. Statt aber diese Gelegenheit zu nutzen, um aufzuzeigen, wie sehr die
369 Schuldenbremse an der Realität vorbeigeht, statt eine Debatte über
370 schuldenfinanzierte Zukunftsinvestitionen zu führen, hat sich Bundesregierung
371 entschieden, die Schuldenbremse beizubehalten, aber mit dem Konstrukt
372 „Sondervermögen“ auszutricksen. Ob Sicherheitspolitik, Klimaschutz, Digitalisierung
373 und vieles mehr: Immer wieder zeigt sich, dass wir vor Zukunftsherausforderungen
374 stehen, die ohne die Aufnahme von Schulden nicht zu meistern sind. **Wir erwarten von**
375 **der SPD und den SPD-Mitgliedern der Bundesregierung, dass die Schuldenbremse endlich**
376 **abgeschafft wird, um endlich ehrlich über Investitionen in unsere Zukunft sprechen zu**
377 **können!** Besonders verständnislos beobachten wir, dass das Sondervermögen im
378 Grundgesetz verankert werden soll. Das führt aufgrund der benötigten Zwei-Drittel-
379 Mehrheit nicht nur zur Abhängigkeit von der Union, die diese Gelegenheit mit
380 Sicherheit nutzen wird, um sich als Rüstungspartei zu profilieren, es führt auch
381 dazu, dass zukünftige politische Konstellationen diese Entscheidung kam noch werden
382 ändern können. Damit wird das Sondervermögen faktisch der zukünftigen, demokratischen
383 Auseinandersetzung entzogen und in Stein gemeißelt.

384 **Wir sind davon überzeugt, dass die Bundesrepublik ihren Beitrag zur Erfüllung der**
385 **Bündnispflichten innerhalb der NATO leisten muss und dass es dazu zielgerichtete,**
386 **verteidigungspolitische Investitionen braucht. Wir sind aber auch überzeugt davon,**
387 **dass es endlich eine ehrliche Auseinandersetzung über die Finanzierung solcher**
388 **Investitionen braucht und dass das im Grundgesetz verankerte Sondervermögen so nicht**
389 **unsere Unterstützung erfahren kann.**

390 **Friedenspartei im 21. Jahrhundert**

391

392 Der gesamte Rückblick, die Fehler, die falschen historischen Analogien, führen am
393 Ende zur Frage, was es für uns Jusos im 21. Jahrhundert bedeutet, ein
394 antimilitaristischer Verband zu sein und was es für die SPD bedeutet, eine
395 Friedenspartei zu sein. Denn Ostermärsche und Kritik an der NATO-Osterweiterung
396 helfen dabei nicht weiter. Klar ist, dass unser Ziel der Frieden ist. Dass wir
397 militärische Gewalt ablehnen und verurteilen. Aber auch dass wir die Tatsache
398 anerkennen, dass es andere politische Mächte gibt, die bereit sind Gewalt zur
399 Durchsetzung ihrer Interessen zu nutzen und für die das Völkerrecht nicht von
400 Bedeutung ist. Wir erkennen, dass es Gewalt gibt und dass es notwendig ist, sich
401 dagegen zu verteidigen. Im Falle der Ukraine heißt das: Die Ukraine hat jedes Recht
402 sich zu verteidigen. Sie dabei zu unterstützen, ist sowohl politisch als auch
403 moralisch geboten. Das schließt auch die Lieferung von Waffen ein.

404

405 Wir Jusos stehen für die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie und für eine strenge
406 Rüstungskontrolle. Waffenlieferungen in Diktaturen lehnen wir ab. Eine pauschale
407 Ablehnung von Waffenlieferungen aber halten wir für falsch. Ohne Waffen wäre die
408 Ukraine nicht in der Lage sich zu verteidigen. Dann wäre vielleicht der Krieg
409 schneller vorbei gewesen, aber noch lange kein Frieden eingekehrt. Stattdessen hätte
410 eine unterdrückerische Besatzung begonnen mit dem Ziel, den ukrainischen Staat zu
411 zerstören. Wenn wir ehrlich sind, kamen selbst die leichten Waffenlieferungen der
412 Bundesregierung zu spät. Bereits vor Beginn des Krieges, als das russische Militär
413 offensichtliche Vorbereitungen zum Angriff traf, hätte die Ukraine mit
414 Waffenlieferungen unterstützt werden müssen. Hätten alle Staaten sich so lange
415 zurückgehalten wie Deutschland, hätte die Ukraine sich in den ersten Wochen des
416 Krieges vermutlich nicht so erfolgreich wehren können. In der nächsten Stufe zögerte
417 die Bundesregierung, schwere Waffen zu liefern, dabei waren die Bitten aus der
418 Ukraine eindeutig: Um eine Gegenoffensive zu starten seien schwere Waffen unbedingt
419 notwendig. Auch bei der Ablehnung dieser Bitte wurde oft damit argumentiert, Waffen
420 würden den Konflikt nicht lösen, sondern Verhandlungen. Waffen sind in diesem Krieg
421 aber zwingend notwendig, um Russland an den Verhandlungstisch zu bringen. Und eine
422 möglichst erfolgreiche Verteidigung der Ukraine, die nur mit schweren Waffen gelingen
423 kann, ist notwendig, um Putins Strategie scheitern zu lassen. Ein Grund, wieso Putin
424 in seiner Laufbahn immer wieder militärische Gewalt eingesetzt hat, ist, weil er
425 damit erfolgreich war. Deshalb gilt es die Ukraine dabei - auch mit Waffen - zu
426 unterstützen, dass Putin dieses Mal nicht erfolgreich ist. Dabei ist die
427 Unterscheidung zwischen Defensiv- und Offensivwaffen nicht zielführend. In den Händen
428 der Ukraine ist aktuell jede Waffe eine Defensivwaffe, weil sie zur Verteidigung
429 eines überfallenen Staates eingesetzt wird. **Die zynische Logik, Waffenlieferungen**
430 **würden den Krieg nur verlängern, lehnen wir klar ab. Wir setzen uns für das Recht der**
431 **Ukraine ein, sich zu verteidigen und wir fordern die Bundesregierung auf, sie dabei**
432 **mit allen notwendigen Lieferungen zu unterstützen.**

433

434 Es ist schmerzhaft, sich dieser brutalen Realität zu stellen. Nichtsdestoweniger
435 müssen wir das tun, wenn wir tatsächlich erfolgreich für den Frieden in der Welt
436 kämpfen wollen. Dazu gehört selbstverständlich den Dialog zu suchen, wo alle
437 Konfliktparteien auch ernsthaft dialogbereit sind. Dazu gehört, Konflikte
438 grundsätzlich nicht militärisch zu lösen. Aber wir verschließen nicht die Augen
439 davor, dass es manchmal reicht, wenn eine Seite den Krieg unbedingt will und dass
440 Dialog dann nicht ausreicht, um den Krieg zu verhindern oder zu beenden. Wir erwarten
441 auch von unserer Mutterpartei, dass sie sich dieser Debatte ohne Scheuklappen stellt
442 und eine Friedenspolitik für das 21. Jahrhundert formuliert, die nicht im Schatten
443 der alten Ostpolitik steht.

Antrag E02: Der Westbalkan ist Europa.

Antragsteller*in:

Bezirksvorstand (Bezirk)

1 Der Westbalkan wird in der europäischen Diskussion meist galant ignoriert. Obwohl die
2 Region sowohl historisch als auch politisch für die Europäische Union von besonderer
3 Wichtigkeit ist, wird sie in den Hintergrund geschoben und fand zuletzt wenig
4 Beachtung. Unser Europa-Begriff ist oft viel zu eng und nimmt vor allem Nord- und
5 Westeuropa als Maßstab. Das gilt es zu überwinden. Wir müssen begreifen, dass die
6 Zukunft der Europäischen Union auch maßgeblich damit zusammenhängt, ob sie bereit
7 ist, sich weiterzuentwickeln und zu erweitern oder ob sie ihren Status quo als
8 weiterhin gesetzt sieht.

9 Montenegro, Albanien, Nordmazedonien, Serbien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo. All
10 diese Staaten des Westbalkan teilen pro-europäische Sichtweisen und streben eine EU-
11 Mitgliedschaft an. Montenegro befindet sich bereits in den Beitrittsverhandlungen,
12 Albanien und Nordmazedonien sollen bald in die Verhandlungen gehen. Im Fall
13 Nordmazedonien blockiert jedoch Bulgarien aktuell die Beitrittsverhandlungen, da
14 zunächst anerkannt werden müsse, dass Nordmazedonien bulgarische Wurzeln in
15 Geschichte und Sprache habe.

16 Der Wille, die Staaten beitreten zu lassen, scheint generell bei einigen
17 Mitgliedstaaten wie Frankreich, den Niederlande oder Dänemark gering. Die offizielle
18 Begründung besteht darin, dass die Europäische Union nicht in der Lage gesehen wird,
19 diese Länder erfolgreich in das System zu integrieren, da sie politisch noch nicht so
20 weit seien. Dass das Problem eines Beitritts auch mit der innenpolitischen Lage der
21 jeweiligen Mitgliedstaaten einhergehen könnte (wie etwa der zuletzt stattgefundene
22 Wahlkampf in Frankreich, bei dem Macron nur knapp gegen die rechtsextreme Le Pen die
23 Präsidentschaft gewonnen hatte) wird nicht angeführt. Die Kriterien erscheinen in
24 Teilen willkürlich und können als Hinhaltenaktik verstanden werden, die verheerend
25 ist, denn sie löst bei den betroffenen Ländern und ihrer Bevölkerung Frustration aus
26 und führt zur Erstarkung nicht-europäischer Kräfte.

27 Die Europäische Union muss ihre Verantwortung endlich ernst nehmen und darauf achten,
28 nicht weiter ihre Glaubwürdigkeit zu verlieren. Der Westbalkan ist pro-europäisch und
29 das dürfen wir durch widersinniges Handeln nicht verspielen. Den nationalistischen
30 Tendenzen muss entgegengetreten werden. Es muss ganz klar sein: Europa ist die
31 Antwort.

32 Die formende, normative Kraft geht von der europäischen Integration aus. Dabei dürfen
33 grundlegende Voraussetzungen wie etwa die Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der
34 Menschenrechte natürlich nicht über Board geworfen werden. Die Verhandlungen müssen
35 jedoch auf Augenhöhe und nicht von oben herab stattfinden. Wir müssen unseren
36 Nachbarn mit Respekt begegnen. Die nationalen Interessen einzelner Mitgliedstaaten
37 müssen gegen das allgemein gültige Interesse der Europäischen Union zurückstecken.
38 Europa geht nur zusammen.

39 Auch wenn es auf dem Westbalkan an vielen Stellen noch einiges zu tun gibt, muss die
40 EU-Beitrittsperspektive in Sicht sein. Die Staaten trotz ihrer Fortschritte
41 hinzuhalten, die nächsten Integrationsschritte zu verwehren und weiter zu vertrösten
42 ist keine Option. Die Republik Kosovo wartet beispielsweise bereits seit Jahren auf

43 ihr Visa-Liberalisierung, die ihnen als einziges in der Region verwehrt bleibt. Von
44 einem solchen Vorgehen profitieren nur korrupte Eliten und nicht-europäische Kräfte
45 wie Russland, China und die Vereinigten Arabischen Emiraten. Die pro-europäischen
46 Kräfte in den Ländern müssen unterstützt werden. Die europäischen Hilfsprogramme
47 waren und sind wichtig, auf lange Sicht werden finanzielle Stützen allein jedoch
48 nicht reichen. Die demokratischen Strukturen in der Gesellschaft dürfen nicht dadurch
49 ermüden, dass die Beitrittsperspektive aus Willkür heraus in immer weitere Ferne
50 rückt. Die Sicherung der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit erfolgt nicht dadurch,
51 dass Perspektiven genommen werden.

52 Für die Staaten des Westbalkan muss jedoch klar sein, dass bestimmte Kriterien für
53 ihren Beitritt nicht verhandelbar sind. So gilt insbesondere, dass es keinerlei
54 Grenzverschiebungen geben wird. Einen Beitritt gibt es nur mit den bestehenden
55 Grenzen. Die genannten Staaten sind als souverän anzuerkennen, andere Bestrebungen
56 werden auf das schärfste kritisiert und sanktioniert. Das gilt mit besonderem Blick
57 auf nationalistische Abspaltungstendenzen der Republik Srpska in Bosnien und
58 Herzegowina und auf das Kosovo, das unter anderem von seinem Nachbarn Serbien noch
59 immer nicht als unabhängig anerkannt wird.

60 Auch aus sicherheitspolitischen Gründen ist der Beitritt der genannten Staaten von
61 hoher Wichtigkeit. Der Westbalkan befindet sich in unserer direkten Nachbarschaft.
62 Albanien, Montenegro und Nordmazedonien sind zudem Mitglieder der NATO.

63 Seit Beginn des Angriffskrieges in der Ukraine am 24. Februar 2022 rückt die
64 Westbalkanregion wieder vermehrt in den Fokus der europäischen Diskussion. Seit
65 Jahren ist klar, dass der Frieden auf dem Westbalkan zerbrechlich ist. Mit der
66 aktuellen Situation verschärft sich die Lage.

67 Wir haben lange genug weggeschaut. Wenn wir auf lange Sicht Frieden in Europa
68 schaffen wollen, ist die EU-Erweiterung ein Muss.

69 Wir als Jusos müssen dafür Sorge tragen, dass die Diskussionen um die baldige EU-
70 Erweiterung nicht abebben und wieder in Vergessenheit geraten. Die europäische
71 Zukunft hängt maßgeblich von der Situation auf dem Westbalkan ab. Stillstand in der
72 Debatte ist keine Option – die Staaten des Westbalkan gehören in die Europäische
73 Union!

Antrag G01: Verstaatlichung der Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen

Antragsteller*in:

Unterbezirk Landkreis Harburg (Unterbezirk)

- 1 Krankenhäuser und Pflegeeinrichtung sollen dem Allgemeinwohl dienen. Sie dürfen daher
- 2 keine Profite erwirtschaften! Es muss ein Verbot von Gewinne eingeführt und die
- 3 Finanzierung solcher Einrichtungen grundlegend reformiert werden. Außerdem müssen
- 4 wir Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen rekommunalisieren, um eine flächendeckende
- 5 Versorgung zu sichern.
- 6 Trägerschaft von gemeinnützigen Vereinen wie die AWO oder die Johanniter.

Begründung

Die Krankenhäuser und Seniorenheime müssen aktuell gewinnorientiert arbeiten. Dies hat zur Folge, dass ökonomisch entschieden wird und nicht, ob es das Beste für die Patient*innen/ Einwohner*innen ist.

Auch wird oft personell gespart, dies hat zur Folge, dass das Personal stärker belastet ist. Dieses Personal arbeitet, um anderen in der Gesellschaft zu helfen und im Gegenzug sollte die Gesellschaft ihnen helfen und ihren Arbeitsplatz schützen und nicht versuchen auf den Rücken der Kranken und Schwachen Gewinne zu erzielen.

Eine Partei die "Sozial" im Namen trägt, sollte solche Missstände nicht unterstützen, sondern sich dafür einsetzen diese zu beseitigen. In Zeiten der Pandemie haben wir gesehen, dass wir solche Einrichtungen und vor allem die Pflegekräfte brauchen und auch deswegen sollten sich die Jusos und die Partei dafür einsetzen, dass solche Einrichtungen und auch das Personal erhalten bleiben.

Antrag U02: Haltungsklassen System ausweiten

Antragsteller*in:

Unterbezirk Landkreis Harburg (Unterbezirk)

- 1 Wir fordern, dass darauf hingewirkt wird, dass zusätzlich zu den von uns geforderten
- 2 Standards für die Fleischindustrie die von der Kühltheke bekannte Auszeichnung der
- 3 Haltungsklassen 1-4 auf sämtliche Fleischprodukte ausgeweitet werden, egal ob in der
- 4 SB-Theke, dem Bedientresen von Fleischereien oder Restaurants.

Begründung

Die vor einiger Zeit eingeführten Haltungsklassen auf Fleisch aus der SB-Theke wirken. Studien haben ergeben, dass Verbraucher*innen durch die vierstufige Kennzeichnung bewusster Fleisch kaufen und konsumieren. Dennoch werden die Verbraucher*innen andernorts noch getäuscht. Nicht umsonst kann man das Fleisch, was man in der SB-Theke mit Klassifizierung kaufen kann, oftmals wenige Meter weiter ganz ohne jegliche Anzeige der Haltungsklassen am Bedientresen der Supermarkt Fleischerei kaufen. Durch das bessere Erscheinungsbild dieser Tresen im Vergleich zur SB-Theke wird suggeriert, dass es sich bei den dort verkauften Produkten stets um bessere Haltungskategorien handeln würde als in der SB-Theke. Diese Annahme ist jedoch falsch und irreführend.

Mit diesem Antrag soll daher erreicht werden, dass die Möglichkeit der Verbraucher*innen gestärkt wird, fundierte Entscheidungen in Bezug auf die gewünschte Haltungsklasse treffen zu können. Auch bei Fleischprodukten jeglicher Art soll dies geschehen, damit die Verbraucher*innen leicht erkennen können, in welchen Produkten Fleisch welcher Qualität verwendet wurde. Anderes kann auch für Restaurants jeglichen Qualitätsstandards nicht gelten. Auch hier findet obige Begründung Anwendung.

Antrag F01: Spanien macht es vor – Dem Ende der sexistischen Spielzeugindustrie!

Antragsteller*in:

Unterbezirk Lüneburg (Unterbezirk)

1 Um zu beweisen, dass das Patriachat doch sehr wohl noch am Leben ist, reicht in Blick
2 ins Spielzeuggeschäft. Während Jungs mit Spielzeugautos, Plastikwaffen oder
3 Ritterburgen begeistert werden sollen, richten sich Puppen, Plastikküchen- und
4 Haushaltsgeräte oder Frisiertische zumeist an Mädchen. So tauchen laut einer Erhebung
5 des katalanischen Rundfunkrats tauschen in 87% aller Werbespots immer noch
6 ausschließlich Mädchen auf. Auch durch die Farbgebung von Produkten und Verpackungen
7 wird häufig eine angebliche Binarität und Unterschiedlichkeit der Geschlechter
8 ausgedrückt: Pink den Mädchen, Blau den Jungen.

9 Sexismus beginnt hier wortwörtlich schon in den Kinderschuhen. Kinder werden von
10 klein auf sexistisch sozialisiert; sie erlernen früh patriarchale Strukturen, welche
11 in ihrem späteren Leben mühsam zu überwinden sind. Auch stehen Kinder und Familien
12 durch sexistische Kinderspielzeuge unter sozialem Druck, sich für vermeintlich
13 geschlechtskonforme Produkte zu interessieren, um sozialen Anschluss zu bewahren.
14 Genauso prägt das frühkindliche Spielverhalten die motorischen Fähigkeiten von
15 Kindern, welche wiederum die spätere Berufswahl mitbestimmen. So bilden Spielzeuge,
16 die sich stereotypisch an Mädchen richten, eher feinmotorische Fähigkeiten aus,
17 während Spielzeuge, die sich stereotypisch eher an Jungs richten, eher grobmotorische
18 Fähigkeiten schulen. Spielzeug (-werbung und -verpackungen) sind also nicht nur
19 Spielzeug (-werbung und -verpackungen), sondern auch Vehikel des Patriachats.

20 Sexismus muss bei der Wurzel gepackt und ausgerissen werden. Wir brauchen daher ein
21 Verbot sexistischer Spielzeuge sowie sexistischer Werbung und Verpackungen von
22 Spielzeugen. Ein Verbot sexistischer Werbung von Kinderspielzeugen existiert in
23 verschiedener Form bereits in Spanien und Frankreich. In der Praxis könnte das
24 Verbot durchgesetzt werden mit der Hilfe eines Kodexes nach spanischem Beispiel und
25 einem Meldeverfahren eingegliedert in den Verbraucherschutz.

26 Quellen:

27 [https://www.sueddeutsche.de/panorama/spanien-regierung-sexismus-spielzeug-stereotype-](https://www.sueddeutsche.de/panorama/spanien-regierung-sexismus-spielzeug-stereotype-weihnachten-1.5486351)
28 [weihnachten-1.5486351](https://www.sueddeutsche.de/panorama/spanien-regierung-sexismus-spielzeug-stereotype-weihnachten-1.5486351)

29 [https://www.oneworldeducation.org/our-students-writing/the-dangers-of-gender-](https://www.oneworldeducation.org/our-students-writing/the-dangers-of-gender-specific-advertising/)
30 [specific-advertising/](https://www.oneworldeducation.org/our-students-writing/the-dangers-of-gender-specific-advertising/)

31

Begründung

Um zu beweisen, dass das Patriachat doch sehr wohl noch am Leben ist, reicht in Blick ins Spielzeuggeschäft. Während Jungs mit Spielzeugautos, Plastikwaffen oder Ritterburgen begeistert werden sollen, richten sich Puppen, Plastikküchen- und Haushaltsgeräte oder Frisiertische zumeist an Mädchen. So tauchen laut einer Erhebung des katalanischen Rundfunkrats tauschen in 87% aller Werbespots immer noch ausschließlich Mädchen auf. Auch durch die Farbgebung von Produkten und Verpackungen wird häufig eine angebliche Binarität und Unterschiedlichkeit der Geschlechter ausgedrückt: Pink den Mädchen, Blau den Jungen. Sexismus beginnt hier wortwörtlich schon in den Kinderschuhen. Kinder

werden von klein auf sexistisch sozialisiert; sie erlernen früh patriarchale Strukturen, welche in ihrem späteren Leben mühsam zu überwinden sind. Auch stehen Kinder und Familien durch sexistische Kinderspielzeuge unter sozialem Druck, sich für vermeintlich geschlechtskonforme Produkte zu interessieren, um sozialen Anschluss zu bewahren. Genauso prägt das frühkindliche Spielverhalten die motorischen Fähigkeiten von Kindern, welche wiederum die spätere Berufswahl mitbestimmen. So bilden Spielzeuge, die sich stereotypisch an Mädchen richten, eher feinmotorische Fähigkeiten aus, während Spielzeuge, die sich stereotypisch eher an Jungs richten, eher grobmotorische Fähigkeiten schulen. Spielzeug (-werbung und -verpackungen) sind also nicht nur Spielzeug (-werbung und -verpackungen), sondern auch Vehikel des Patriarchats.

Sexismus muss bei der Wurzel gepackt und ausgerissen werden. Wir brauchen daher ein Verbot sexistischer Spielzeuge sowie sexistischer Werbung und Verpackungen von Spielzeugen. Ein Verbot sexistischer Werbung von Kinderspielzeugen existiert in verschiedener Form bereits in Spanien und Frankreich.

Quellen:

<https://www.sueddeutsche.de/panorama/spanien-regierung-sexismus-spielzeug-stereotype-weihnachten-1.5486351>

<https://www.oneworldeducation.org/our-students-writing/the-dangers-of-gender-specific-advertising/>

Antrag F02: Frauen sind Frauen. Dafür brauch Mensch kein Gendersternchen.

Antragsteller*in:

Unterbezirk Lüneburg (Unterbezirk)

- 1 Die Begriffe „Frauen“ und „Männer“ sind verbandlich nicht pauschal mit
- 2 Gendersternchen zu verwenden, sondern ausschließlich dann mit Gendersternchen zu
- 3 schreiben, wenn auf die Konstruktivität von Geschlechtlichkeit hingewiesen wird.
- 4 Das Gendersternchen hinter den Begriffen „Frau“ und „Mann“ sollte ursprünglich
- 5 ausdrücken, dass jene nicht nur Cis-Personen einschließt, sondern auch
- 6 transgeschlechtliche Menschen. Transgeschlechtliche Menschen sind aber nun mal Frauen
- 7 oder Männer. Die Verwendung eines Gendersternchens impliziert Gegenteiliges.
- 8 Außerdem verwenden manche das Gendersternchen in diesem Zusammenhang auch, um auch
- 9 nicht-binäre Menschen einzuschließen. Allerdings sind nicht-binäre Menschen eben
- 10 weder Frau noch Mann. Anstelle Nicht-Binäre wieder in eine Binarität zu pressen,
- 11 sollte die Nicht-Binarität als solche wahrgenommen werden.
- 12 Sollte das Gendersternchen nach dem Begriff „Frauen“ oder „Männer“ gesetzt werden, um
- 13 auf die Konstruktivität der Geschlechtlichkeit hinzuweisen, kann das Gendersternchen
- 14 an dieser Stelle allerdings hilfreich sein. Die Verwendung sollte allerdings
- 15 ausschließlich kontextualisiert stattfinden.

Antrag A01: Solidarität mit TV Stud

Antragsteller*in:

Unterbezirk Göttingen (Unterbezirk)

1 Wir unterstützen die Forderungen der Initiative TVStud, welche sich für einen
2 Tarifvertrag und bessere Arbeitsbedingungen für studentische Beschäftigte an
3 deutschen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen einsetzt. Ein
4 Tarifvertrag ist für die Beschäftigten immens wichtig, denn Studentisch Beschäftigte
5 arbeiten oft unter schlechten Bedingungen. In einem offenen Brief an die SPD^[1] nennt
6 die Initiative z.B. folgende zu kritisierenden Punkte:

- 7 • Die Bezahlung liegt an einem Großteil der Hochschulen auf Mindestlohniveau von
8 derzeit 9,60€ und damit **weit unter dem durchschnittlichen Lohn von Studierenden.**
- 9 • **Dauerbefristungen durch Kettenverträge** und damit fehlende Planungssicherheit
10 sind für Studierende ein Dauerzustand. Über 70% der Arbeitsverträge von
11 Studentisch Beschäftigten (außer in Berlin!) sind auf zwei bis maximal sechs
12 Monate befristet.
- 13 • Kettenbefristung verstärkt die ohnehin bestehenden Abhängigkeiten von den
14 Vorgesetzten. Dass **arbeitsrechtliche Mindeststandards** wie Urlaubsanspruch und
15 Lohnfortzahlung im Krankheitsfall nicht eingehalten werden, gehört zur
16 Arbeitsrealität vieler Studierender.
- 17 • Von **betrieblicher Mitbestimmung** sind studentisch Beschäftigte weitestgehend
18 ausgeschlossen. Kurze Vertragslaufzeiten verhindern strukturell die Vertretung
19 dieser Beschäftigtengruppe in Personalräten. In einigen Bundesländern fehlt eine
20 gesetzliche Berücksichtigung sogar vollständig. Dies verschärft insbesondere das
21 Problem der fehlenden Einhaltung von gesetzlichen Mindeststandards.

22 All dies Dinge sind absolut nicht in Ordnung und dürfen nicht einfach weiter so
23 geschehen. Deshalb schließen wir uns den Forderungen von TVStud an und fordern unsere
24 Mandatsträger*innen auf allen Ebenen auf, sich für einen flächendeckenden
25 Tarifvertrag für studentische Beschäftigte einzusetzen. Es darf nicht weiter
26 zugelassen werden, dass es sich bei dieser Beschäftigtengruppe um die größte
27 Tariflücke im Zuständigkeitsbereich des Staates handelt!

28 Zu dem fordern wir klare Zugeständnisse in der am 8. Oktober gestarteten die
29 Tarifrunde der Länder. Die Blockadehaltung gegenüber einer Tarifierung Studentischer
30 Beschäftigter muss aufgegeben werden! Die SPD hat seit je her den Anspruch, sich für
31 gute, flächendeckende Tarifverträge einzusetzen. Bei den Tarifverträgen für
32 studentische Beschäftigte sollte nicht damit aufgehört werden!

33

34 ^[1] [https://tvstud.de/wp-](https://tvstud.de/wp-content/uploads/2021/09/Ihr_seid_in_der_Verantwortung_Offener_Brief_an_die_SPD_TVStud.pdf)
35 [content/uploads/2021/09/Ihr_seid_in_der_Verantwortung_Offener_Brief_an_die_SPD_TVStud](https://tvstud.de/wp-content/uploads/2021/09/Ihr_seid_in_der_Verantwortung_Offener_Brief_an_die_SPD_TVStud.pdf)
36 [.pdf](https://tvstud.de/wp-content/uploads/2021/09/Ihr_seid_in_der_Verantwortung_Offener_Brief_an_die_SPD_TVStud.pdf)

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag E03: Kein Druckmittel! Es geht um Menschen! - Stoppt das Morden an den Grenzen!

Antragsteller*in:

Unterbezirk Göttingen (Unterbezirk)

1 Seit Wochen spielen sich dramatische Szenen an der belarussisch-polnischen Grenze ab.
2 Dort harren seit Wochen Tausende Geflüchtete aus. Der belarussischen Machthaber
3 Alexander Lukaschenko, hat als Reaktion auf Sanktionen gegen sein Land erklärt,
4 Geflüchtete auf ihrem Weg nach Europa nicht mehr aufhalten zu wollen. Und so haben
5 sich an den östlichen Grenzübergängen zwischen Polen und Belarus inzwischen Tausende
6 Menschen angesammelt, die über Polen in die EU gelangen wollen. Als Reaktion darauf
7 hat Polen hat einen Grenzübergang bereits komplett geschlossen und plant den Bau
8 einer Mauer zum Nachbarland. Mehrere Geflüchtete sind bereits gestorben. Von Seiten
9 deutscher Spitzenpolitiker*innen gab es bisher keine Ambitionen die Menschen an der
10 Grenze aufzunehmen und zu Retten. Stattdessen ist viel Kritik an Lukaschenko zu
11 hören, er würde Geflüchtete Druckmittel missbrauchen. Dies ist eine grundsätzlich
12 falsche Reaktion. Denn natürlich ist Lukaschenkos handeln nicht richtig und dass er
13 ein menschenfeindlicher Diktator ist, steht nicht zur Frage. Allerdings sind Menschen
14 kein Druckmittel, mit dem man andere bedrohen kann. Uns muss klar werden, dass es
15 hier nicht um Handelsware geht, an der man seine Menschlichkeit messen kann. Es geht
16 um Menschen, die täglich an den Grenzen der EU leiden und sterben. Und das nicht erst
17 seit ein paar Wochen in Belarus. Nein das passiert schon seit an den verschiedensten
18 Orten. Seien es auf griechischen Inseln, in der Türkei, Libyen oder im Mittelmeer.
19 Schon der Deal mit der Türkei war absolut nicht in Ordnung. Hier wurden Menschen als
20 Masse betrachtet, die es aufzuhalten gilt und wenn man dafür einige Milliarden Euro
21 an einen Autokraten wie Erdoğan zahlen muss. Europa weit feierten sich Mitte- und
22 Rechtsparteien für diesen Deal. Die jetzige Situation hat allerdings noch einmal neue
23 Ausmaße erreicht. Die wenigen Tausend Migranten an der polnisch-belarussischen Grenze
24 werden von der EU aktuell so behandelt und mit solch einem Narrativ belegt, als seien
25 sie eine sehr deutliche Drohung und Bedrohung. „Als seien diese Migranten bis an die
26 Zähne mit kulturellen Minen und ideologischen Raketen bewaffnet, die das glorreiche
27 westliche sozioökonomische Bergmassiv erschüttern werden.“^[1] So wird legitimiert und
28 als unabdingbar dargestellt, dass sowohl Polen als auch Deutschland ihre Grenzen
29 aufrüsten auf und überwachen. Wenn dann doch mal von staatlicher Seite die Idee von
30 Hilfe aufkommt, wird sie sofort als absolute Großzügigkeit dargestellt. Als wäre es
31 großzügig, Menschen, die vor Krieg und Tod fliehen und in Gewalt und Tod ankommen zu
32 helfen. Das ist nicht großzügig, das wäre einfach nur menschlich. Doch an dieser
33 Menschlichkeit fehlt es. Mit der Debatte um Lukaschenkos Druckmittel hat die Gewalt
34 gegenüber Geflüchteten eine neue Dimension erreicht. Sie werden nicht nur als
35 Geflüchtete behandelt, die entweder verborgen oder bekämpft werden müssen, wie es in
36 den letzten Jahren oft der Fall war, sondern als Waffe, die von außen auf Europa
37 gerichtet ist. Dies hat schwerwiegende Folgen:
38 Polen hat den Ausnahmezustand über seine Grenzen verhängt hat. Hier herrscht ein
39 Grenzregime aus Soldat*innen und freiwilligen „Bürgerwehren“, das sich schon
40 vollständig militarisiert hat, um unbewaffnete, unterernährte, schlaf-, wärme-, und
41 hilflose, fast nackte Menschen von der Einreise abzuhalten. Auch Deutschland sendet
42 Signale (in Form von Aussagen diverser Politiker angefangen bei noch-Innenminister

43 Horst Seehofer, über FDP Außenexperte Alexander Graf Lambsdorff bis hin zu noch-
44 Außenminister Heiko Maas) dass die Bereitschaft da ist, dabei zu sein. Es sei eine
45 „europäische Pflicht“, die Grenzen aufzurüsten. Leicht kann man sich hier gemeinsam
46 auf Lukaschenko als Bösewicht festlegen. Ein Feind, mit seiner „bösen Waffe“ – den
47 Geflüchteten. Und die EU-Staaten, die guten, die erpresst werden. Doch dieses
48 Narrativ ist falsch. Denn diejenigen, die Menschen in Not die Durchreise verwehren,
49 die sie draußen sterben lassen und auch an anderen Grenzen nichts für Geflüchtete
50 tun, das sind die EU-Staaten. Der Friedensnobelpreisträger EU nimmt es wissentlich in
51 Kauf, dass Menschen an seinen Grenzen sterben, und versucht sich mit einem neuen
52 Narrativ aus der Affäre zu ziehen. Aktuell kann man die EU nur als eine unmenschliche
53 Institution begreifen, die nicht-Europäer*innen entmenschlicht und Deals und
54 Geschäfte über die Verletzlichkeit und Sterblichkeit von Menschen, die in einen
55 Ausnahmezustand versetzt werden, macht.

56 Dieses aktuell reproduzierte Narrativ ist unter anderem auch deshalb problematisch:
57 Wenn Menschen als Waffe benutzt werden, prägt das den ganzen Diskurs darüber.
58 Aktivist*innen gelten dann als Verbrecher*innen, Helfer*innen werden zum
59 Menschenhändler*innen, Geflüchtete herein zulassen wird zu einem Anschlag oder einer
60 Gefahr, dabei wäre es einfach nur ein Akt der Menschlichkeit. Deshalb können wir nur
61 wie schon so oft fordern:

- 62 **1. Die EU muss die Geflüchtete an seinen Grenzen aufnehmen, unter guten**
63 **Bedingungen leben lassen und für sichere Fluchtrouten Sorge. Die EU hat es**
64 **versäumt das Dublin-System zu reformieren. Dadurch hat sie es autoritären**
65 **Regimen, wie Belarus, erst ermöglicht Geflüchtete für ihre eigenen Machtspiele**
66 **zu missbrauchen und trägt daher auch eine besondere Verantwortung den Menschen**
67 **gegenüber.**
- 68 **2. Helfer*innen dürfen nicht kriminalisiert, sondern müssen unterstützt werden.**
- 69 **3. Die EU darf keine Deals mit autoritären Regimes wie der Türkei treffen.**
70 **Menschen dürfen nicht als Druckmittel oder gar Waffen gesehen werden.**

71 [\[1\] https://taz.de/Menschen-auf-der-Flucht/!5815168/](https://taz.de/Menschen-auf-der-Flucht/!5815168/)

Antrag G02: Verpflichtende Aufklärungsgespräche für Erziehungsberechtigten bei U3 und U9

Antragsteller*in:

Unterbezirk Lüneburg (Unterbezirk)

- 1 Die Juso Bezirkskonferenz Hannover möge beschließen, dass Erziehungsberechtigten bei
- 2 der U3 und der U9 verpflichtende Aufklärungsgespräche bei Ärzt*innen zum Thema
- 3 sexualisierter Gewalt gegen Kinder erhalten. Diese sollen dem Alter der Kinder
- 4 angepasst sein und die Fragen behandeln, welche sogenannten „Erziehungsmethoden“
- 5 bereits unter den Aspekt der Kindesmisshandlung fallen und welche Auswirkungen eine
- 6 gewaltsame Erziehung auf Kinder hat.
- 7 Für diese Gespräche sollen Kinderärzt*innen durch beispielsweise
- 8 Kinderschutzbeauftragte des Kinderschutzbundes Unterstützung erhalten. Dies kann
- 9 beispielsweise durch Fortbildungen geschehen. Dadurch werden auch Kooperationen
- 10 zwischen dem Kinderschutzbund und Kinderärzt*innen gestärkt und ausgebaut.

Begründung

Es gibt bereits viele Hilfsprogramme für Eltern, die sich Unterstützung bei der Kindererziehung wünschen. Allerdings ist die Inanspruchnahme solcher Hilfsangebote gesellschaftlich stigmatisiert und der Besuch der Eltern setzt eine eigene Problemreflektion voraus. Aus diesen Gründen werden solche Hilfsangebote zu selten wahrgenommen. Die Hauptleidtragenden dessen sind die Kinder, dies ist eine schwerwiegende Problematik, die bekämpft werden muss. Hinzu kommt, dass vielen Eltern nicht bewusst ist, dass sie in ihrer Erziehung Gewalt anwenden, da ihnen die Aufklärung fehlt. Eine Lösung hierfür bieten verpflichtende Aufklärungsgespräche bei der U3 und der U9, da hier die Eltern nicht selbst aktiv werden müssen. Die U3 und die U9 sind hierfür besonders geeignet, da die Krankenkassen gesetzlich dazu verpflichtet sind, diese Untersuchungen zu übernehmen. Die U3 findet ab der 4. Lebenswoche statt, in diesem Stadium sind die Eltern von der Geburt so weit erholt, dass sie in der Lage sind, die Informationen, die sie erhalten, aufzunehmen. Bei der U1, die direkt nach der Geburt stattfindet, besteht das Risiko, dass insbesondere der gebärende Elternteil aufgrund der vorherigen Anstrengungen nicht aufnahmefähig ist. Trotzdem ist es wichtig, dass das erste Aufklärungsgespräch so früh wie möglich stattfindet, die U3 bietet hierfür einen passenden Zeitpunkt. Die U9 ist die letzte Untersuchung, die von allen Krankenkassen übernommen werden muss. Diese findet im Alter von etwa fünf Jahren statt und bietet die Möglichkeit für ein weiteres Aufklärungsgespräch, bei dem auf die sich verändernden Bedürfnisse des Kindes eingegangen werden kann und bei dem die möglichen Probleme bei dem kommenden Schulbesuch thematisiert werden können.

Antrag B01: Verpflichtende Fortbildungen für Lehrkräfte zum Thema Kinderschutz

Antragsteller*in:

Unterbezirk Lüneburg (Unterbezirk)

1 Kinder- und Jugendschutz haben für uns einen hohen Stellenwert. Kindesmisshandlung
2 ist leider noch immer ein gegenwärtiges Problem, dass zu selten erkannt wird. Daher
3 müssen wir eine hohe Sensibilisierung in Bezug auf erste Anzeichen zur Gefährdung des
4 körperlichen, geistigen und seelischen Wohls eines Kindes, sowie der Vernachlässigung
5 verfügen. Kinder halten sich einen Großteil des Tages in der Schule auf und stehen
6 unter der Betreuung von Lehrkräften und Sozialpädagog*innen. Daher fordern wir die
7 Fortbildung von diesen Betreuungspersonen im Bereich Kinder- und Jugendschutz, um zu
8 sensibilisieren und ein frühzeitiges Erkennen u.a. von Missbrauchsfällen zu
9 erleichtern. Der Schule soll dabei allerdings keine Verantwortung übertragen werden,
10 da Lehrkräften bei Nichterkennen keine Mitschuld zugewiesen werden darf. Damit geht
11 einher, dass Lehrkräfte in den Fortbildungen Wissen darüber erlangen, an welche
12 Beratungsstellen (beispielsweise § 8b SGB) sie sich wenden können und wie das weitere
13 Vorgehen erfolgt.

Begründung

Kindesmisshandlung ist in Deutschland ein weit verbreitetes Problem. Meistens sind die eigenen Eltern die Täter*innen und die Kindesmisshandlung findet zu Hause statt. Kinder öffnen sich selten aus eigener Motivation heraus gegenüber Erwachsenen, da sie ihre Eltern decken und das System zu Hause schützen möchten. Wenn Kindesmisshandlung aufgedeckt wird, dann passiert dies meistens in der Schule, weil Lehrkräfte Auffälligkeiten an Kindern feststellen. Dies zeigt, dass Schule ein notwendiger Schutzraum für Kinder ist. Leider sind nicht alle Lehrkräfte ausreichend in diesem Bereich geschult, von daher ist es unerlässlich, dass Lehrkräfte darin unterstützt werden, Auffälligkeiten bei Schüler*innen zu erkennen und den Umgang mit betroffenen Kindern zu lernen.

Antrag I04: Psychologische Behandlung für Kinder während laufender Gerichtsverfahren

Antragsteller*in:

Unterbezirk Lüneburg (Unterbezirk)

- 1 Die Juso Bezirkskonferenz Hannover möge beschließen, dass traumatisierte Kinder die
- 2 Möglichkeit erhalten, während eines laufenden Gerichtsverfahrens an einer
- 3 psychologischen Behandlung teilzunehmen. Dazu bedarf es endlich der wirklichen
- 4 Priorisierung, damit die Hilfestellung für das betroffene Kind an erster Stelle
- 5 steht. Hier müssen Richter*innen ebenfalls geschult und für die Thematik
- 6 sensibilisiert werden. Gemeinsam mit Psychiater*innen und Jurist*innen müssen
- 7 Strafverfahren ermöglicht werden, die das Kindeswohl in den Vordergrund rücken.

Begründung

Kinder, die Gewalterfahrungen machen, benötigen eine psychologische Behandlung, um die Geschehnisse aufzuarbeiten. Derzeit dürfen Kinder, die sich im Zeugenstand befinden, während des laufenden Gerichtsverfahrens eine solche Behandlung nicht in Anspruch nehmen. Grund hierfür ist der Irrglaube, die Erinnerungen der Kinder würden durch eine Psychotherapie verfälscht und eine Verurteilung der Täter*innen würde dadurch schwieriger. Für die betroffenen Kinder hat dieses Verbot massive psychische Folgen – gerade in Anbetracht der langen Dauer von Gerichtsverfahren. Damit das Leid traumatisierter Kinder durch einen Gerichtsprozess nicht zusätzlich verlängert wird, muss ihnen der Zugang zu einer professionellen psychischen Behandlung erlaubt werden.

Antrag D01: Gewalt auf Porno-Plattformen beenden

Antragsteller*in:

Unterbezirk Göttingen (Unterbezirk)

1 Öffentliche Pornoplattformen wie bspw. xHamster oder Pornhub gehören zu den weltweit
2 meistbesuchten Websites, welche durch tausende Uploads täglich weiter wachsen. Die
3 Plattformen kontrollieren die hochgeladen Inhalte dabei kaum bis garnicht. Zahlreiche
4 der Videos und Fotos zeigen dabei echte Gewalt, Kindesmissbrauch oder wurden
5 unfreiwillig aufgenommen und werden gegen den expliziten Willen der gezeigten
6 Personen hochgeladen. Oftmals werden dabei neben dem Video- und Bildmaterial auch
7 Daten wie die Namen und Adressen der abgebildeten Personen veröffentlicht.

8

9 **Intransparenz der Plattformen beenden und rechtlich sichere Content Moderation** 10 **schaffen:**

11 Im Jahr 2021 veröffentliche die Plattform Pornhub erstmal einen sogenannten
12 Transparenzbericht^[1]: Ca. 41,7 % Videos wurden auf Grund von
13 Urheberrechtsverletzungen und 50,1 % Videos auf Grund einer der Einstufung
14 „potentially offending“ gelöscht. Des Weitern werden 4171 Fällen gefilmter
15 sexualisierter Gewalt gegen Kinder genannt. Hinzukommen hohe Dunkelziffern, da es
16 viele Betroffene gibt, welche sich nicht an die Strafverfolgungsbehörden wenden.

17 Zu diesen Zahlen, kommen knapp 10 Millionen weitere Videos, welche von nicht-
18 verifizierten Nutzer*innen hochgeladen, möglicherweise ebenfalls strafrechtlich
19 relevante Inhalte enthalten und im Dezember 2020 ebenfalls gelöscht wurden und
20 keinerlei Beachtung im sogenannten Transparenzbericht.

21 Der Großteil der Plattformen veröffentlicht keinerlei Zahlen und Daten über die
22 Uploads und den Anteil an gelöschten und strafrechtlich relevanten Inhalten.

23

24 Genauso intransparent sind auch die Maßnahmen, welche die Plattformen zur Content
25 Moderation wählen. Zwar müssen auf vielen Plattformen die Uploads inzwischen von
26 verifizierten Nutzer*innen kommen, welche Bestätigen müssen, dass die Uploads den
27 Nutzungsbedingungen entsprechen, worauf sowohl eine automatisierte als auch eine
28 menschliche Moderation folgen soll, so bleibt aber unklar wie sorgfältig diese
29 Moderation auf Grund der großen Zahl der täglichen neuen Uploads aussehen soll.
30 Hinzukommt, dass die menschliche Moderation in weiten Teilen von freiwilligen
31 übernommen wird, welche bloß knappe, lückenhafte Regeln zu Hilfe nehmen und gestellt
32 bekommen, wie eine Recherche der Vice zeigt. ^[2] So müssen die Löschhelfer*innen der
33 Plattform xHamster bspw. entscheiden, ob es sich um echtes Weinen handelt oder ob
34 die dargestellte Person „mit großer Wahrscheinlichkeit unter 18 Jahren“ ist. Wie
35 genau die festgestellt werden soll, bleibt unklar. Inhalte, welche sexualisierte
36 Gewalt darstellen besitzen keinerlei eigene Kategorie sondern werden unter
37 „sonstigem“ moderiert.

38 Die Inhalte bleiben dabei im Zweifel online, solange die Löschhelfer*innen nicht
39 vollständig sicher sind, dass ein Regelverstoß vorliegt. Ein erneutes Hochladen der
40 Inhalte wird seitens der Plattformen nicht verhindert.

41

42 Wir fordern daher eine klare rechtliche Grundlage um Porno-Plattformen in die
43 Verantwortung nehmen zu können:

44

- 45 • Eine Verifizierungspflicht (keine Klarnamenpflicht) für Nutzer*innen, die
46 Inhalte hochladen möchten
- 47 • Eine gesetzliche Verpflichtung von Porno-Plattformen um **Bild- & Videomaterial**
48 **vor der Veröffentlichung intern zu prüfen**, um zu verhindern, dass illegale und
49 gelöschte Inhalte erneut hochgeladen werden. Diese internen Überprüfungen sollen
50 dabei auf Grund einer öffentlich einsehbaren und rechtlich bindenden Grundlage
51 erfolgen. Porno-Plattformen müssen **unmissverständlich in den Geltungsbereich des**
52 **Netzwerkdurchsetzungsgesetzes (NetzDG) einbezogen werden**, obwohl sie auf die
53 Verbreitung "spezifischer Inhalte" im Sinne des § 1 Abs. 1 NetzDG gerichtet
54 sind.

55

- 56 • Eine Verpflichtung von Porno-Plattformen die Daten über Anzahl und Inhalt der
57 gelöschten Videos jährlich in öffentlich zugänglichen Transparenzberichten zu
58 veröffentlichen.

59

- 60 • **Auch kleine Plattformen (mit unter 2 Millionen inländischen Nutzer*innen)**
61 sollten hiervon erfasst sein und u.a. verpflichtet werden alle als
62 missbräuchlich gemeldeten Inhalte innerhalb von 24 Stunden zu löschen. Nur so
63 kann die Verbreitung privater Inhalte, und damit die drastischen Auswirkung für
64 die Betroffenen, reduziert werden
- 65 • Hierbei soll obiges auch auf europarechtlicher Ebene verankert werden. Das
66 Internet ist international und daher müssen Verbrechen auch international
67 bekämpft werden. Andernfalls wäre es weiterhin möglich, dass sich
68 Betreiber*innen einfach ins Ausland absetzen.

69 **Exposer*innen-Netzwerke zerschlagen:**

70 Viele der Inhalte, welche gegen das Einverständnis der gezeigten Personen, auf den
71 Plattformen laden, werden von Ex-Partner*innen als sogenannte Revenge Porns oder
72 sogenannten Exposer*innen-Netzwerken hochgeladen. All diesen global agierenden
73 Netzwerken ist dabei die Frauen bzw. FINTA*-feindliche Ideologie gemein, welche sie
74 in Manifesten niederschreiben und auf den Plattformen selbst teilen. [\[3\]](#) Trotzdem
75 sind und die Exposer*innen durch die auf den Plattformen herrschende Intransparenz,
76 sowie fehlende Kontaktpersonen seitens der Plattformen selbst geschützt.

77

78 Wir fordern daher die Zerschlagung dieser Netzwerke:

79

- 80 • **Eine Auskunftspflicht seitens der Porno-Plattformen gegenüber den Betroffenen**
81 **gelten**, welche Wege des Eilrechtsschutzes durchsetzbar ist. So wird Betroffenen
82 ermöglicht sich gegen die Täter*innen zu wehren.

83

- 84 • **Die Herausnahme des § 201a StGB aus dem Kreis der Privatklagedelikte**, um zu

85 verhindern, dass Staatsanwaltschaften auf den Privatklageweg verweisen sowie das
86 Schließen vorhandener Strafbarkeitslücken.

87

88

89 **Echte Hilfe für Betroffene:**

90 Entdecken Betroffen zufällig, dass sie gegen ihren Willen auf Porno-Plattformen
91 gelandet sind, sind sie oftmals auf sich alleine gestellt. Die Angst, von
92 Freund*innen und Familie oder Arbeitgeber*innen gefunden zu werden und
93 gesellschaftliche Stigmatisierung zu erleben ist groß. **Viele Betroffene erleben**
94 **Angststörungen, Depressionen, Suizidgedanken und Suizidversuche.**

95

96 Melden sich die heimlich aufgenommen Betroffenen bei den Strafverfolgungsbehörden,
97 können sie auf wenig Unterstützung hoffen. Geschichten von Betroffenen, welche bspw.
98 von der Hilfsorganisation „Anna Nackt“ gesammelt werden, zeigen fehlendes Wissen
99 sowieso fehlende Kapazitäten seitens der Strafverfolgung. Anstatt fachlich- und
100 psychologisch geschulte Unterstützung, kommt es zu einer Täter*innen-Opfer Umkehr und
101 eingestellten Verfahren. Zu der gesellschaftlichen Stigmatisierung kommt ein mögliche
102 Retraumatisierung durch Polizei und Staatsanwaltschaft.

103

104 Wir fordern daher:

105

106 • Eine Sensibilisierung und Schulung der Strafverfolgungsbehörden gegenüber Gewalt
107 auf Porno-Plattformen unter anderem durch eine Kooperation von staatlichen
108 Behörden und zivilgesellschaftlichen Organisationen.

109

110 • Schulungen für Ermittlungsbehörden, welche sie in die Lage versetzen
111 Kriminalität auf Pornoplattformen zu verfolgen sowie die entsprechende
112 zugehörige IT-Ausstattung.

113

114 • Eine staatliche Förderung von Hilfsorganisationen mit dem Schwerpunkt „Gewalt
115 auf Porno-Plattformen.

116 Die Medienaufsicht muss andere rechtliche Möglichkeiten bekommen gegen die
117 Plattformen vorzugehen, wir lehnen Netzsperrn in jeglicher Form als Instrument zur
118 Durchsetzung weiter entschieden ab, da es keine effektive Lösung für die
119 beschriebenen Probleme darstellt und sie technisch einfach zu umgehen sind.

120 Es ist endlich Zeit, den Missbrauch auf Porno-Plattformen endlich zu beenden!

121

122 [\[1\]https://sebastianmeineck.wordpress.com/2021/04/06/erster-transparenzbericht-was-](https://sebastianmeineck.wordpress.com/2021/04/06/erster-transparenzbericht-was-pornhub-unterschlagt/)
123 [pornhub-unterschlagt/](https://sebastianmeineck.wordpress.com/2021/04/06/erster-transparenzbericht-was-pornhub-unterschlagt/)

124 [\[2\]https://www.vice.com/de/article/xgz8xz/inside-xhamster-die-internen-regeln-der-](https://www.vice.com/de/article/xgz8xz/inside-xhamster-die-internen-regeln-der-pornoseite)
125 [pornoseite](https://www.vice.com/de/article/xgz8xz/inside-xhamster-die-internen-regeln-der-pornoseite)

126 [\[3\]https://www.youtube.com/watch?reload=9&v=gaU2AIRzG-M&feature=youtu.be&t=616s](https://www.youtube.com/watch?reload=9&v=gaU2AIRzG-M&feature=youtu.be&t=616s)

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag I05: Sexualisierte Gewalt an Kindern: Gegen die Nutzung des Begriffs „Kindesmissbrauchs“

Antragsteller*in:

Unterbezirk Lüneburg (Unterbezirk)

- 1 Die Juso Bezirkskonferenz Hannover möge beschließen, dass in offiziellen Mitteilungen
- 2 sexualisiert Gewalt an Kindern nicht als „Kindesmissbrauch“ bezeichnet wird, sondern
- 3 als „sexualisierte Gewalt an Kindern“ oder als „sexualisierte Gewaltverbrechen gegen
- 4 Kinder.“

Begründung

Sexualisierte Gewalt an Kindern wird oftmals als „Kindesmissbrauch“ bezeichnet. Der Begriff „Kindesmissbrauch“ suggeriert (anders als der Begriff „Kindesmisshandlung“ bei nicht-sexualisierter Gewalt gegen Kinder), dass Kinder einen Nutzen hätten, der „missbraucht“ werden könnte. Kinder haben keinen Nutzen, sie sind Menschen. Darum ist die Formulierung „sexualisierte Gewalt an Kindern“ bzw. „sexualisiertes Gewaltverbrechen gegen Kinder“ zu bevorzugen.

Antrag G03: Macht die U1 bis U9 und J1 endlich zur Pflicht!

Antragsteller*in:

Unterbezirk Lüneburg (Unterbezirk)

- 1 Die Juso Bezirkskonferenz Hannover möge beschließen, dass in Niedersachsen die U1 bis
- 2 U9 sowie die J1 verpflichtend werden.

Begründung

Die U-Untersuchungen von Kindern bzw. die J-Untersuchungen von Jugendlichen sind relevante medizinische Untersuchungen für den Gesundheitszustand von Kindern und Jugendlichen. Außerdem besteht hier die Möglichkeit, dass Ärzt:innen durch auffällige Verletzungen Kindesmisshandlungen aufdecken können. Da in Niedersachsen diese Untersuchungen nicht verpflichtend sind, sind Kinder auf das Verantwortungsbewusstsein der Eltern angewiesen. Es ist die Aufgabe des Gesetzgebers die Kinder und Jugendlichen zu unterstützen und ihre Gesundheit zu achten. Darum müssen die U-Untersuchungen U1 bis U9 und die J1 verpflichtend werden. Die U1 bis U9 sind in Hessen, Bayern und Baden-Württemberg bereits verpflichtend, dies zeigt, dass eine Umsetzung möglich ist.

Antrag A03: Lücken in der Landwirtschaftlichen Altersversorgung schließen

Antragsteller*in:

Unterbezirk Lüneburg (Unterbezirk)

1 Die gesetzliche Landwirtschaftliche Alterskasse soll auf ein lebenswürdiges Niveau
2 erhöht werden, wenn zum Beispiel Hofaufgabe oder Scheidung, kein Altenteil vorhanden
3 ist. Das Altenteil definiert den Anteil am Besitz, den sich jemand bei Übergabe
4 seines*ihrem Besitztums an die Nachfolger*innen vorbehält. Im Altenteil werden werden
5 also Pflichten des*der neuen gegenüber des*der abgebenden Inhaber*in definiert. Es
6 stellt im ländlichen Raum eine gebräuchliche Form der Alterssicherung für den*die
7 abgebenden Inhaber*in dar. Ist das Altenteil nicht vorhanden, kommt lediglich die
8 Landwirtschaftliche Alterskasse zum Tragen. Sie nimmt als Sozialversicherung für
9 Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG) die Aufgaben der Alterssicherung der
10 Landwirt*innen wahr. Sie ist jedoch nicht Zweig der gesetzlichen Rentenversicherung,
11 sondern Teil des Sondersystems der sozialen Sicherung der Landwirtschaft und muss
12 langfristig reformiert und auf ein lebenswürdiges Niveau angepasst werden.

13

Begründung

Verrentete Landwirt*innen und deren Ehepartner*innen bekommen derzeit weniger als 500€ Rente im Monat. Das heutige wo der Hauptteil der Altersversorgung durch das Altenteil (Versorgung durch Hofübernehmer) geleistet wird, war vielleicht bei Einführung im Jahre 1957 noch zeitgemäß, aber heute ist es in vielen Fällen nicht mehr aus. Bei Hofaufgabe ist der Wert des Hofes oft schon durch Schulden und Steuer verzehrt.

Ebenso hat zumeist nur der nur die originären Hofbesitzer*innen Anspruch auf dem Altenteil hat und nicht die von ihnen geschiedenen Ehepartner*innen.

Antrag A04: Für eine konsequente Trennung von Staat, Kirche und Religion im Arbeitsrecht!

Antragsteller*in:

Unterbezirk Region Hannover (Unterbezirk)

- 1 Die Jusos Bezirk Hannover mögen beschließen:
- 2 Wir fordern:
- 3 - das Arbeitsrecht der Kirchen (Dritter Weg) ist abzuschaffen
- 4 - den kirchlichen Beschäftigten sind volle gewerkschaftliche Rechte zuzugestehen
- 5 - es sind Tarifverhandlungen mit den Gewerkschaften aufzunehmen
- 6 - das Streikrecht ist auch für Beschäftigte in kirchlichen Einrichtungen zu
- 7 gewähren
- 8 - das Betriebsverfassungsgesetz und die Gesetze zur Unternehmensmitbestimmung
- 9 wird auch in kirchlichen Einrichtungen volle Anwendung finden
- 10 - queere Arbeitnehmer*innen müssen vor Diskriminierung durch ihren kirchlichen
- 11 Arbeitgeber*innen geschützt werden.

Begründung

Betriebliche Mitbestimmung ist der Versuch, die strukturelle Ungleichheit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer*innen abzumildern. Sie soll durch Ausgleich zwischen betrieblichen Anforderungen und den Belangen und Interessen der Beschäftigten eine soziale Balance schaffen. Deshalb haben Betriebs- und Personalräte bei der Festlegung der Lage der Arbeitszeit, bei Umsetzungen und Versetzungen und vielem mehr mitzubestimmen. Für die Kirchen und ihre karitativen und erzieherischen Einrichtungen gilt das staatliche Recht der betrieblichen Interessenvertretungen nicht. Die Kirchen haben für ihren Bereich nach 1949 besondere Regelungen durchgesetzt. Das Grundgesetz räumt den Kirchen in Art. 140 das Recht ein, ihre inneren Angelegenheiten im Rahmen der für alle geltenden Gesetze selbst zu regeln. Von der verfassungsrechtlich privilegierten Stellung der Kirche sind alle Formen der Glaubensausübung erfasst, die mit der Rechtsordnung der Bundesrepublik vereinbar sind. Sie nehmen auch eine arbeitsrechtliche Sonderstellung, zum Nachteil der Beschäftigten in Kauf. Circa 1,8 Mio. Arbeitnehmer*innen in der evangelischen und katholischen Kirche mit ihren Wohlfahrtsverbänden Diakonie und Caritas wählen regelmäßig so genannte Mitarbeitervertretungen. Grundlage dafür bilden kirchliche Gesetze mit diversen Sonderregelungen.

Mitarbeitervertretungen sind im Vergleich zu Betriebsräten und Personalräten eine relativ junge Einrichtung. Während das Betriebsverfassungsgesetz 1952 und das Bundespersonalvertretungsgesetz 1955 vom Bundestag verabschiedet wurden, brauchte die EKD bis zum Jahre 1992 um das »Mitarbeitervertretungsgesetz der Evangelischen Kirche in Deutschland (MVG.EKD)« zu beschließen. Der Verband der Diözesen Deutschlands verabschiedete 1971 Mitarbeitervertretungsrahmenordnung. Die gewerkschaftlichen Rechte werden anders als im BetrVG nicht geschützt. Die Mitbestimmungsrechte sind aufgrund ihrer beschränkten Wirkmächtigkeit schwächer ausgestaltet und auf ein überformalisiertes Verfahren eingeengt. Der Gang zu den Arbeitsgerichten ist den MAVen verwehrt. Die Beschäftigten und die MAVen in der Kirche und ihren Einrichtungen sprechen von einem Arbeitsrecht zweiter Klasse.

Antrag W02: Abschaffung der Sperrkontopflicht für ausländische Studierende

Antragsteller*in: Unterbezirk Region Hannover (Unterbezirk)

- 1 Die Jusos Bezirk Hannover mögen beschließen:
- 2 Wir fordern die Bundesregierung, sowie die SPD-Geführten-Landesregierungen dazu auf,
- 3 ein Gesetzesvorhaben zur Abschaffung der Sperrkontopflicht für Studierende aus Nicht-
- 4 EU-Staaten auf den Weg zu bringen.

Begründung

Ein Sperrkonto müssen alle Studierenden aus dem Nicht EU-Ausland nachweisen, auf diesem muss ein Betrag in Höhe von 10.332€ hinterlegt sein. Der Wert orientiert sich am 12-fachen BAFÖG-Höchstsatz. Die betroffenen Studierenden müssen dies auch bei einer Verlängerung des Aufenthaltsstatus erneut vorweisen. Durch die Höhe und den fehlenden Zugriff auf das gesperrte Geld, abgesehen von der monatlichen Ausschüttung, werden Studierenden hier noch mehr Hürden für ein Studium in Deutschland gesetzt. In Niedersachsen besteht zwar zudem die Möglichkeit, dass eine Bürgschaft für die Studierenden übernommen wird. Dies geht jedoch mit hohen Anforderungen und Risiken an den Bürger*innen einher. Für uns ist dies keine zumutbare Alternative!

In anderen Bundesländern wie z.B. in Hamburg wird kein Sperrkonto mehr verlangt. Es genügt eine Selbsterklärung, dass genug Geld zur Finanzierung des Studiums bereitsteht. Dies ist keine abschließende Lösung, dafür ist eine künftige Öffnung des BAFÖG für Ausländische Studierende wichtig. Dieses muss unabhängig vom Aufenthaltsstatus für alle Studierenden in Deutschland verfügbar sein.

Als wenn diese Gründe zur Abschaffung des Sperrkontos sowohl in Niedersachsen, als auch deutschlandweit nicht schon genug wären, sind im Juni 2021 eine Vielzahl von Studierenden von Sperrkontoanbietern getäuscht worden. So erhielten mehrere hundert Studierende keine Auszahlungen von ihren eigenen Sperrkonten und mussten so monatelang mit Existenznöten leben. Eine Abschaffung der Sperrkontopflicht würde somit einer Vielzahl von Studierenden helfen.

Verweise:

Hamburg: <https://www.hamburg.de/conte-blob/3724684/a0ffeb6832affb9f80a84068c2a22989/data/amt-m-m31-info-ausl-studenten-2021-deutsch.pdf>

Auswärtiges Amt: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/sperrkonto/375488> Tagesschau: <https://www.tagesschau.de/investigativ/swr/studierende-sperrkonten-existenznot-103.html>

Bund Ausländischer Studierender: <https://bas-ev.de/aufruf-zur-kundgebung-wider-die-ausbeutung-auslaendischer-studierender/>

GEW: <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/im-labyrinth-der-buerokratie>

Antrag D02: Recht auf Digitale Selbstbestimmung

Antragsteller*in:

Unterbezirk Region Hannover (Unterbezirk)

- 1 Wir fordern, dass die digitale Selbstbestimmung im Grundgesetz verankert wird.
- 2 „Digitale Selbstbestimmung bedeutet:
- 3 • Transparenz für Bürger*innen über die gesammelten Daten,
- 4 • keine stigmatisieren Unternehmen,
- 5 • gesammelte Informationen müssen den Personen freiwillig freigegeben werden,
- 6 • das Recht auf Löschung der Daten besteht jeder Zeit.

Begründung

Als das Grundgesetz im Jahr 1949 verfasst wurde, war von unserer heutigen digitalen Welt und den mit ihr einhergehenden Herausforderungen und Folgen noch nichts absehbar. Dementsprechend kann unsere Verfassung auch nicht auf jene Herausforderungen, wie Intransparenz und Manipulationen durch Internetfirmen, die in Deutschland aktiv sind, eingerichtet sein. Um diesen Folgen entgegenzuwirken muss deshalb das Grundgesetz ergänzt werden, damit es einen klaren gesetzlichen Rahmen gibt.

Zur Selbstbestimmung im digitalen Raum muss Transparenz für Bürger*innen bestehen, da ohne sie die Bürger*innen sich nicht den Konsequenzen ihrer digitalen Aktivitäten klar sein können. Diese ist zu jetziger Zeit weder bei der Auswahl der Suchergebnisse einer Suchanfrage im Internet, noch bei dem Webtracking von Nutzer*innen (Cookies) gegeben. Man kann zwar manche Cookies abstellen, doch ist den Bürger*innen nur im Ausnahmefall klar, welche Informationen diese erfassen und was mit denen dann passiert. Außerdem ist nicht bekannt, nach welchen Kriterien Suchalgorithmen ihre Ergebnisse vorschlagen, und selbst wenn Benutzer*innen angebliche anonyme Modi bei der Websuche benutzen, kommen bei gleichen Suchanfragen abweichende Ergebnisse heraus. Das ist nicht nur ein Problem hinsichtlich der Selbstbestimmung, sondern kann auch noch zur Polarisierung der Gesellschaft beitragen.

Zudem stigmatisieren prominente Internetunternehmen ihre Nutzer*innen systematisch, indem sie diese in Gruppen von ähnlichen Nutzer*innen einteilen, in denen gleiche Suchanfragen ähnliche Ergebnisse erhalten und in sozialen Medien ähnliche Beiträge anzeigen. Gerade dieser Mechanismus greift in die digitale Selbstbestimmung ein, weil sich die Nutzer*innen die Gruppe nicht aussuchen. Zugleich befeuert er nochmals die Polarisierung der Gesellschaft.

Außerdem sammeln Internetunternehmen Informationen über ihre Nutzer*innen, die diese in der Regel nicht freiwillig preisgeben. Das ist nicht nur ein wiederholter Einschnitt in die Selbstbestimmung, sondern wirkt auch noch manipulierend auf Nutzer*innen, indem Werbetreibende die Informationen verwenden. Sie schneiden ihre Werbung dadurch auf genaue Zielgruppen zu genau ausgewählten Zeitpunkten zu, sodass die Produkte sehr viel öfter gekauft werden.

Antrag F03: Weg mit dem TSG! – Jetzt aber wirklich!

Antragsteller*in:

Unterbezirk Göttingen (Unterbezirk)

1 Im Mai wurde im Bundestag über eine Abschaffung des TSGs (Transsexuellen Gesetzes)
2 abgestimmt. Das TSG regelt seit Anfang der Achtziger, wie trans* Personen ihren
3 Vornamen und Geschlechtseintrag ändern können. Zu unserem großen Ärger wurde das
4 Gesetz nicht abgeschafft. Auch ein Großteil der SPD Fraktion stimmte gegen die
5 Abschaffung. Wir fordern, dass die SPD in der nächsten Bundesregierung die
6 Abschaffung des TSG vorantreibt und durchsetzt. Denn das TSG greift massiv in das
7 Leben von trans* Menschen ein. Es wurde im Vergleich zu seinem ursprünglichen Ausmaß
8 schon abgeschwächt (bis 2011 mussten sich trans* Personen sterilisieren lassen, wenn
9 sie einen Geschlechtseintrag ändern wollten; bis 2008 war es notwendig, sich scheiden
10 zu lassen).

11 Doch auch heute ist es immer noch diskriminierend und entwürdigend. Trans* Personen
12 müssen noch immer zwei Gutachten einreichen, für welche sie private Details über ihre
13 geschlechtliche Entwicklung offenlegen und intimste Fragen über sexuelle Vorlieben
14 beantworten müssen. Dies ist einfach nur übergriffig und hat nichts in einem
15 bürokratischen Verfahren wie der Änderung des Geschlechtseintrags zu suchen. Schon
16 vor Jahren wurde von wissenschaftlicher Seite festgestellt, dass es falsch war,
17 trans* als psychische Störung zu klassifizieren. Eine allgemeine Pathologisierung
18 aufgrund der geschlechtlichen Identität, wie sie durch die TSG-Gutachten stattfindet,
19 ist eine starke Stigmatisierung. Dabei wäre die Lösung doch so einfach: Menschen
20 könnte dem Standesamt erklären, was ihr passender Geschlechtseintrag ist. Es bräuchte
21 keine Gutachten, Atteste oder sonstige Hürden. Aktuell ist im TSG ein
22 Amtsgerichtverfahren verankert, das zeitaufwendig und sehr kostspielig ist.

23 Die Forderung ist also klar: Weg mit dem TSG, hin zu einem unkomplizierten
24 Verwaltungsakt. Und all denjenigen, die den Kampf für trans*Rechte und für
25 Antidiskriminierungsmaßnahmen als Anliegen einer Elite sehen (oder als
26 „Identitätspolitik“) sei gesagt: Es ist wichtig, verschiedene

27 Diskriminierungsverhältnisse zusammenzudenken. Kämpfe gegen Rassismus, Queer-
28 Feindlichkeit, Klassismus, Sexismus und viele weitere Diskriminierungsverhältnisse in
29 unserer Gesellschaft sind miteinander verbunden. Queerpolitik kann daher nicht
30 alleine gedacht werden und ist sehr viel mehr als ein Individualinteresse.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag V01: Kostenloses Interrail-Ticket zum 18. Geburtstag

Antragsteller*in:

Unterbezirk Region Hannover (Unterbezirk)

- 1 Wir fordern, dass alle in der EU wohnhaften Personen zum 18. Geburtstag einen
- 2 Gutschein für ein Interrail-Ticket zur Nutzung im Laufe des folgenden Jahres
- 3 ausgestellt bekommen. Um die bei der Reise anfallenden Kosten zu senken sollen
- 4 zusätzlich für Nutzer*innen des Tickets Vergünstigungen in Hostels und
- 5 Jugendherbergen ermöglicht werden und die Zuzahlung bei der Nutzung von Schlafwagen
- 6 entfallen.

Begründung

Mit einem Interrail-Ticket können in einem Monat bis zu 33 Länder Europas mit der Bahn bereist werden. Das ist nicht nur die umweltschonendste Form des Reisens, sondern auch eine einmalige Chance, die einzelnen EU-Staaten näher kennenzulernen und sich stärker zur EU verbunden zu fühlen.

Bisher gibt es neben der Möglichkeit, ein solches Ticket zu kaufen, die Chance, es im Jahr des 18. Geburtstags bei einer online-Auswahl zu erhalten. In der Runde von 2018-2019 haben sich 350.000 Bewerber*innen um insg. 70.000 verfügbare Tickets beworben. In den vergangenen beiden Jahren fiel das Programm coronabedingt aus, sodass sich diese Altersgruppen in diesem Jahr ausnahmsweise zusätzlich zum regulären Jahrgang bewerben konnten. Dadurch stieg die Anzahl der Bewerber*innen deutlich, die Anzahl der zu vergebenden Tickets sank aber mit 60.000 im Vergleich zur Vorrunde sogar. Die Chancen, das Bewerbungsverfahren erfolgreich zu durchlaufen, sind folglich eher gering.

Der Brexit ist jedoch ein gutes Beispiel dafür, wie wichtig es ist, dass die jungen Leute die EU tragen, ihre Werte verinnerlichen und den interkulturellen Austausch leben.

Zudem ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass junge Menschen, die im Rahmen einer solchen Reise gute Erfahrungen mit dem Reisen mit der Bahn machen, auch in Zukunft vermehrt diese umweltfreundliche Methode nutzen werden.

Antrag V02: Kostenloses Interrail-Ticket für neu in die EU eingebürgerte, volljährige Personen

Antragsteller*in:

Unterbezirk Region Hannover (Unterbezirk)

- 1 Wir fordern, dass jede volljährige Person, die neu in die EU eingebürgert wird, einen
- 2 Gutschein für ein Interrail-Ticket zur Nutzung im Laufe des folgenden Jahres
- 3 ausgestellt bekommt. Um die bei der Reise anfallenden Kosten zu senken sollen
- 4 zusätzlich für Nutzer*innen des Tickets Vergünstigungen in Hostels und
- 5 Jugendherbergen ermöglicht werden und die Zuzahlung bei der Nutzung von Schlafwagen
- 6 entfallen.

Begründung

Mit einem Interrail-Ticket können in einem Monat bis zu 33 Länder Europas mit der Bahn bereist werden. Das ist nicht nur die umweltschonendste Form des Reisens, sondern auch eine einmalige Chance, die einzelnen EU-Staaten näher kennenzulernen und sich stärker zur EU verbunden zu fühlen.

Gerade neu in die EU eingebürgerte Personen können durch den Erhalt eines Interrail-Tickets wichtige Erfahrungen, wie das freie Reisen oder den Zusammenhalt der Menschen, sammeln und sich so in Europa willkommen und heimisch fühlen.

Antrag G04: Sterilisation für alle, die es möchten

Antragsteller*in:

Unterbezirk Göttingen (Unterbezirk)

1 Wir fordern, dass allen Menschen mit Gebärmutter eine Sterilisation genau so leicht
2 möglich gemacht wird, wie Menschen mit Hoden eine Vasektomie. Aktuell ist der Zugang
3 zu Sterilisationen nicht einfach. Viele sind lange auf der Suche, bis sie jemanden
4 finden, der sie vornimmt. Dies liegt unter anderem daran, dass der Wunsch nach Nicht-
5 Reproduktion so gut wie nie ernst genommen wird. Immer schwebt der Vorbehalt mit, es
6 könne später bereut werden. Damit werden die Menschen ganz klar entmündigt. Für viele
7 ist auch die Angst vor einer Schwangerschaft ein Argument. Dieses wird jedoch oft von
8 medizinischem Personal einfach weggewischt oder sogar pathologisiert. Es ist
9 schlichtweg falsch, Menschen qua Geschlecht Mütterlichkeit abzuverlangen. Doch genau
10 dies geschieht aktuell. Unsere Forderung soll also nicht nur Sterilisation einfacher
11 möglich machen, sondern auch das Selbstbestimmungsrecht von Frauen stärken und
12 Normalisieren, dass Frau nicht gleich Mutter sein muss.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag F04: Wir wollen echten Fortschritt – der Paragraph 218 muss endlich weg!

Antragsteller*in:

Unterbezirk Region Hannover (Unterbezirk)

- 1 Wir begrüßen das Vorhaben der Ampel-Koalition, den § 219a StGB („Werbung für den
- 2 Abbruch der Schwangerschaft“) ersatzlos zu streichen, doch bekräftigen gleichzeitig
- 3 mit voller Vehemenz: Das reicht uns nicht! Darüber hinaus muss das Verbot von
- 4 Schwangerschaftsabbrüchen endlich außer Kraft gesetzt werden.
- 5 Deshalb fordern wir:
- 6 - die Streichung des § 218 („Schwangerschaftsabbruch“) aus dem Strafgesetzbuch
- 7 - dass der Staat endlich seiner Fürsorgepflicht nachkommt und ausreichende
- 8 Versorgung an Möglichkeiten, Schwangerschaftsabbrüche sicher durchzuführen,
- 9 gewährleistet
- 10 Wir wollen echten Fortschritt statt kleiner Schritte!

Begründung

Im Jahr 2022 stellt der 1871 ins Leben gerufene § 218 StGB den Schwangerschaftsabbruch noch immer unter Strafe – mit fatalen Folgen für Frauen* und Ärzt*innen. Aufgrund des Verbots wird Frauen* das Recht auf Selbstbestimmung, körperliche Autonomie und Emanzipation genommen. Frauen* wird qua Gesetz verboten, über ihren eigenen Körper frei und selbstbestimmt zu entscheiden. Ein Zustand, der für uns Jusos nur schwer erträglich ist.

Die Schwangerschaft und ein möglicher Schwangerschaftsabbruch stellt eine sehr sensible Lebenssituation dar. Dennoch müssen Betroffene immer wieder Drangsalierung, Bestrafung und Tabuisierung aushalten. Dabei wäre genau das Gegenteil richtig: Betroffene benötigen in dieser Phase bestmögliche medizinische Versorgung und psychosoziale Beratungsmöglichkeiten!

Als wären die juristischen Hürden nicht bereits groß genug, kommt hinzu, dass sich antiaufklärerische und reaktionäre Kräfte moralisch im Recht wähnen. Abtreibungsgegner*innen üben mit Anti-Abtreibungskampagnen direkt und indirekt massiven Druck auf Ärzt*innen und Frauen* aus.[1] Für Betroffene, die sich in einer sensiblen Lebenssituation befinden, kann das drastische Folgen für die psychische Gesundheit haben.

Nicht zuletzt drängt der § 218 StGB Ärzt*innen in eine permanente rechtliche Grauzone. Ärzt*innen, den medizinischen Eingriff eines Schwangerschaftsabbruchs durchführen möchten, begeben sich stetig in die Gefahr eine Straftat zu begehen – und damit einer potenziell dreijährigen Freiheitsstrafe. Mit dem § 218 StGB und dem damit verbundenen Verbot ignoriert der Staat nicht nur die Lebensrealität vieler Frauen*, er kommt ferner seiner Fürsorgepflicht nicht nach, adäquate medizinische Versorgung zu gewährleisten. Der Paragraph muss weg

[1] https://www.allgemeine-zeitung.de/lokales/rhein-main/abtreibungsgegner-durfen-vor-pro-familia-demonstrieren_25134888

Antrag F05: Gleiche Brust für alle

Antragsteller*in:

Unterbezirk Göttingen (Unterbezirk)

- 1 Wir unterstützen das Bündnis „Gleiche Brust für alle“ und fordern, dass es in allen
- 2 Schwimmbädern für alle Menschen die Möglichkeit geben soll, auch ohne Oberteil zu
- 3 baden.

Begründung

Am 4. August 2021 ist das Badeparadies Eiswiese von einer Person aufgesucht worden, die später aus dem Badeparadies verwiesen und mit einem Hausverbot belegt wurde. Warum? Weil sie Brüste hat. Die Bademeister*innen haben ihr deshalb "das weibliche" Geschlecht zugeordnet, welches immer wieder von struktureller Diskriminierung betroffen ist. So auch hier. Das Bündnis „Gleiche Brust für alle“ hat sich diesem Fall angenommen und setzt sich nun für das gleiche Recht am freien Oberkörper für Menschen aller Geschlechter ein. Mittlerweile dürfen in Göttingen am Wochenende alle Menschen, die wollen oberkörperfrei baden. Dies ist jedoch nur ein Etappensieg auf dem Weg zu mehr Gleichberechtigung.

Antrag G05: Mehr Therapeut*inne für alle - Kassensitze neu berechnen

Antragsteller*in:

Unterbezirk Göttingen (Unterbezirk)

1 Psychische Erkrankungen werden glücklicherweise immer weiter entstigmatisiert. Dies
2 führt über kurz oder lang dazu, dass auch der Bedarf an Behandlungsangeboten immer
3 weiter steigt. Und auch die Coronapandemie und ihre Auswirkungen auf die psychische
4 Gesundheit wird aller Voraussicht nach für einen erhöhten Bedarf an Therapieplätzen
5 sorgen. Doch jeder der oder die schon mal einen Therapieplatz gesucht hat weiß – es
6 ist nicht einfach. Dies liegt unter anderem daran, dass wie viele
7 Psychotherapeutinnen welche Region braucht, vor gut 20 Jahren in der Bedarfsplanung
8 für ganz Deutschland festgelegt und seitdem mit komplizierten Berechnungen anhand der
9 aktuellen Bevölkerungszahlen weitergeschrieben wurde. Dieses Berechnungssystem der
10 Kassenärztlichen Vereinigungen (KV) geht an der Realität vorbei. Therapeut*innen
11 haben lange Wartelisten, laut der Bedarfsplanung gibt es jedoch fast überall eine
12 Überversorgung. Die Therapeut*innen sind jedoch von der KV abhängig. Denn nur wenn
13 ein*e Therapeut*in einen Kassensitz hat, kann er oder sie seine Tätigkeit überhaupt
14 erst mit den Krankenkassen abrechnen. Wer Therapeutinnen oder Therapeuten ohne
15 Kassenzulassung besucht, muss selbst zahlen oder aufwendige Anträge bei der eigenen
16 Krankenkasse stellen. Auf der einen Seite hat man also ziemlich viele arbeitswillige
17 Therapeut*innen, auf der anderen Seite hat man sehr viele Patient*innen, aber viele
18 der Therapeut*innen werden überhaupt nicht richtig rangelassen an die Patienten, weil
19 ihnen eben die Kassensitze fehlen. Das ist eine paradoxe Situation, die verändert
20 gehört.

21

22 Deshalb fordern wir:

- 23 • Eine unabhängige Studie zur Weiterentwicklung der Bedarfserhebung.
- 24 • Eine Umsetzung der Ergebnisse dieser Studie also höchstwahrscheinlich eine
25 Ausweitung der Zahl von Kassensitzen.
- 26 • Die Deckelung des Preises für einen Kassensitz und die Vorgabe nur noch ein
27 Kassensitz pro Person erwerben zu können.

28

29 Für die Patient*innen würde das kürzere Wartezeiten auf eine Behandlung und ein
30 vielfältigeres Angebot an Therapieplätzen bedeuten. Ein sehr wünschenswerter Zustand.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag U03: Mutterkonzern muss erkennbar sein – den Endverbraucher mit mehr Transparenz schützen!

Antragsteller*in:

Unterbezirk Region Hannover (Unterbezirk)

- 1 Bei jedem Lebensmittel muss für den Endverbraucher sofort erkennbar sein, welches
- 2 Mutterunternehmen hinter den Produkten des jeweiligen Tocher- bzw. Enkelunternehmens
- 3 steht. Daher wird gefordert, dass alle Mutterunternehmen für den Verbraucher
- 4 eindeutig auf der Ware erkennbar sein müssen, beispielsweise mithilfe eines Logos,
- 5 einem Schriftzug oder dem Impressum.

Begründung

Heutzutage ist es oft nicht mehr durchschaubar welches Mutterunternehmen hinter den einzelnen Unternehmen steht. Dies liegt zum einem daran, dass die Konzerne teilweise bewusst versuchen den Mutterunterkonzern zu verschleiern um somit einen in Wirklichkeit nicht existenten Konkurrenzkampf zwischen den einzelnen Tochterunternehmen herzustellen. Zum anderen wird die Lebensmittelbranche regelrecht von Unternehmen überflutet, sodass es nicht im Ansatz möglich ist, den Überblick zu bewahren. So hat beispielsweise Nestle laut eigenen Angaben mehr als 2000 Marken über welche sie Lebensmittel vertreiben – auf den Produkten erkennbar sind diese allerdings häufig nicht.

Für den Endverbraucher muss jedoch eine maximale Transparenz bestehen, sodass sich dieser bewusst ist, welches Mutterunternehmen hinter dem Unternehmen bzw. dessen Produkt steht, und sich dann im Zweifel für oder gegen das Produkt entscheiden kann.

Antrag I08: Keine harmlose Waffe: nehmt der Polizei die Taser weg!

Antragsteller*in:

Unterbezirk Göttingen (Unterbezirk)

1 Am ersten Oktober kam es in Garbsen bei Hannover zu einem tragischen Todesfall durch
2 Polieihandeln: ein 39-jähriger Mann, der sich offensichtlich in einer psychischen
3 Ausnahmesituation befand, wurde durch SEK Beamte mit einem Taser (im Polizei-
4 Neusprech: „Distanzelektroimpulsgerät“) niedergestreckt und verstarb später.

5 Dieser Fall zeigt auf, was Wissenschaftler*innen, NGOs und Aktivist*innen seit Jahren
6 betonen: der Taser ist keine harmlose Waffe. Sein Einsatz ist potenziell tödlich und
7 insbesondere für Menschen mit Vorerkrankungen, unter Drogen-, Alkohol- oder
8 Medikamenteneinfluss und für Schwangere lebensbedrohlich. Auch Stress kann den
9 Einsatz risikoreicher machen. Für die einsetzende Polizeibeamt*in sind diese Faktoren
10 jedoch schwerlich bis gar nicht zu erkennen, weshalb der Einsatz von Tasern sehr
11 kritisch zu sehen ist.

12 Der Einsatz des Tasers ist in Niedersachsen nur dem SEK gestattet und er darf nur als
13 Alternative zur Schusswaffe verwendet werden. Letzteres ist ein beliebtes Argument
14 der Taser-Befürworter*innen: der Taser sei harmloser als die Schusswaffe und schließe
15 daher die Lücke zwischen Schlagstock/Pfefferspray und Schusswaffe. Erfahrungen aus
16 der Praxis zeigen jedoch, dass die Polizei den Taser häufig in Situationen anwendet,
17 in denen der Schusswaffengebrauch nicht rechters wäre. Die Gefahr ist also, dass die
18 Polizei den vermeintlich harmlosen Taser aus Bequemlichkeit einsetzt, weil es
19 einfacher ist als eine Person auf andere Weise festzunehmen.

20 Der Einsatz des Tasers erfolgt meist bei Menschen, die sich in einer psychischen
21 Ausnahmesituation befinden, überdurchschnittlich häufig liegt einer der oben
22 genannten Risikofaktoren vor. Der Tasereinsatz ist daher jedes Mal grundsätzlich
23 lebensbedrohlich. Darüber hinaus zeigen diese Fälle auch, dass die Polizei
24 offensichtlich nicht in der Lage ist, mit psychisch instabilen Menschen deeskativ
25 umzugehen. Hier muss dringend an der Ausbildung gearbeitet werden und ein Umdenken
26 stattfinden.

27 Wir fordern daher:

- 28 • Lückenlose Aufklärung des Todesfalls in Garbsen und maximale Transparenz über
29 die bisherigen Erfahrungen mit Tasern bei der niedersächsischen Polizei.
- 30 • Eine Aussetzung des Taser-Einsatzes bei der niedersächsischen Polizei, bis ein
31 risikoärmerer Einsatz gewährleistet werden kann.
- 32 • Keine Taser für die Streifenpolizei.
- 33 • Bessere Ausbildung von Polizist*innen zum Umgang mit Menschen in psychischen
34 Krisensituationen.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag A05: Antrag zur Senkung bürokratischer Hürden bei Beantragung von Grundsicherung

Antragsteller*in:

Unterbezirk Region Hannover (Unterbezirk)

- 1 Die Jusos Bezirk Hannover mögen beschließen:
- 2 Menschen, die in diesem Land leben, sollten von unserem Sozialstaat in allen
- 3 Lebenslagen zumindest grundlegend abgesichert sein. Aktuell ist der Prozess zur
- 4 Beantragung entsprechender Gelder wie beispielsweise Hartz IV oder dem Aufstocken der
- 5 Rente zur Grundsicherung erheblich umständlicher und langwieriger als dies in vielen
- 6 Situationen angebracht wäre. Dabei wäre für viele Menschen wichtig das Geld sofort zu
- 7 bekommen und nicht monatelang darauf zu warten.

Begründung

Zu viele auszufüllende Formulare und ein langwieriger Prozess bis zur Bewilligung und dem tatsächlichen Erhalt der Gelder sind nicht nur hinderlich für viele Menschen (insbesondere für jene mit Migrationshintergrund oder schlechteren Deutschkenntnissen haben oftmals Probleme entsprechende Formulare auszufüllen), sondern zum Teil bedrohlich. Denn wer solche Gelder beantragt, hat in der Regel kein Ersparnis zur Verfügung, von dem länger gelebt werden kann und braucht dementsprechend das Geld meist direkt und kann nicht monatelang darauf warten. Beispielsweise beim Bafög ist die sinnvolle Idee aufgekommen dort bürokratische Hürden zu senken, wieso nicht auch bei anderen für einige lebenswichtigen Sozialleistungen?

Insbesondere wären eine bessere Absicherung und vereinfachte Beantragung von Geldern für all die relevant, die bereits einen Beitrag für unsere Gesellschaft geleistet haben und so beispielsweise ihre Rente aufstocken müssen oder durch Krankheit bedingt ihrer Arbeit nicht mehr nachgehen können. So fallen im zweiten Fall zusätzliche Hürden im Umgang mit der Krankenkasse und der Unterstützung von dieser Seite an (ebenfalls viele Formulare und Probleme an Gelder zu kommen), sodass für diesen Fall eine vereinfachte Beantragung wirklich essenziell wäre, sodass wenigstens bei der Sicherung der Lebensgrundlage keine Probleme bestehen.

Denn in unserem ja eigentlich starken Sozialstaat darf es nicht sein, dass die Gefahr besteht, dass Menschen durch das Sicherungsnetz fallen und nicht nur von Armut bedroht sind, sondern tatsächlich nicht mehr genug zum Leben zu haben.

Antrag I09: Wer nicht feiert, hat verloren

Antragsteller*in: Unterbezirk Göttingen (Unterbezirk)

1 Wir fordern, dass der 08. Mai ein gesetzlicher, bundesweiter Feiertag wird.

Begründung

Am 08. Mai 1945 endete die Nazi-Herrschaft mit dem Sieg der Alliierten und stellt den antifaschistischen Kampf und die Befreiung der Menschheit vom dem NS-Regime dar.

Noch immer organisieren sich in Deutschland Rechtsextremist*innen, Faschist*innen beispielsweise in Parteien wie der AfD oder Netzwerken innerhalb der Polizei und Bundeswehr. Angriffe auf Jüd*innen, Muslim*innen, Sinti*innen und Rom*innen und Menschen, die nicht ins Weltbild von Nazis passen, sind Alltag. Währenddessen werden antifaschistische Organisation und Personen diffamiert.

Deshalb ist es wichtig ein Zeichen zu setzen und konsequent gegen Faschismus, Nationalsozialismus sowie rechte Strukturen vorzugehen. Dies soll nicht nur, aber auch mit einem offiziellen Feiertag, dem 08. Mai passieren. Es ist Zeit für Antifaschismus, denn wer den 08. Mai nicht feiert, hat verloren.

Antrag I11: Fahren ohne Fahrschein entkriminalisieren!

Antragsteller*in:

Unterbezirk Region Hannover (Unterbezirk)

- 1 Wir fordern die dahingehende Änderung des § 265a Abs. 1 StGB (Erschleichen von
- 2 Leistungen), dass die Formulierung "die Beförderung durch ein Verkehrsmittel" aus dem
- 3 genannten Absatz gestrichen wird.

Begründung

Fahren ohne Fahrschein ist in Deutschland seit 1935 eine Straftat. Wer sich eine verhängte Geldstrafe nicht leisten kann, muss eine sogenannte Ersatzfreiheitsstrafe antreten.

Beispiel: In Kassel konnte ein Benutzer des ÖPNVs die 5,20€ für die beiden Tickets nicht entrichten. Die erhöhte Beförderungsgebühr schon garnicht. Das Amtsgericht Kassel verhängte eine Geldstrafe in Höhe von 2200,00€. Zusätzlich sind die Prozesskosten zu tragen. Die Strafe konnte die Person – logischerweise – ebenfalls nicht entrichten. Die Person musste in Haft. Ein Hafttag kostet im Schnitt 150 Euro.

Oft geht es bei den Vorfällen um wenige Euros. Eine Initiative die sich dem Freikaufen von Menschen die nach §265 verurteilt wurden nennt sich Freiheitsfonds. Arne Semsrott von Freiheitsfonds sagte der taz: „Viele Betroffene haben keinen festen Wohnsitz, Post erreicht sie nicht.“ Ebenso befänden sich viele in einem schwierigen gesundheitlichen Zustand, seien arbeitsunfähig oder litten unter psychischen Krankheiten. Weil Fahren ohne Fahrschein zudem eine Straftat ist, könne man wegen dieser Lappalie im Resozialisierungsprogramm oder einem Asylverfahren Probleme bekommen und etwa den Ausbildungsplatz verlieren. Semsrott plädiert dafür, Fahren ohne Fahrschein zu einer Ordnungswidrigkeit herabzustufen. Bis zu ein Jahr sitzen die Leute in Haft. Die Betroffenen sind überwiegend arbeitslos (87%), ohne festen Wohnsitz (15%) und teilweise suizidgefährdet (15%).

Antrag W03: Mehrwertsteuersenkung für vegetarische und vegane Produkte

Antragsteller*in:

Unterbezirk Region Hannover (Unterbezirk)

- 1 Wir fordern eine Ergänzung der Anlage 2 UStG um Erzeugnisse aus landwirtschaftlichem
- 2 Anbau oder Zubereitungen aus pflanzlichen oder pflanzenähnlichen Produkten, sodass
- 3 diese gem. § 12 Abs. 2 UStG künftig mit dem ermäßigten Steuersatz von 7 % besteuert
- 4 werden. In dieser Mehrwertsteuersenkung sollen Milchersatzprodukte wie unter anderem
- 5 Hafer- und Mandeldrink sowie Fleisch- und Fischersatzprodukte beispielsweise auf
- 6 Sojabasis eingeschlossen sein.

Begründung

Eine Steuersenkung hätte mehrere Vorteile, zum einen wäre sie wichtig, um unsere Ernährung langfristig gesund, nachhaltig und klimafreundlich zu gestalten. Momentan schreckt der im Vergleich zu konventionellen Produkten hohe Preis entsprechender Alternativen potenzielle Kund*innen ab. Des Weiteren wird gegenwärtig der Eindruck erweckt, es wäre überhaupt nicht wichtig, dass wir unsere Ernährung überdenken, da der Gesetzgeber vegetarische und vegane Alternativen nicht zu unseren Grundnahrungsmitteln zählt, sondern sie als verarbeitete Lebensmittel einstuft und somit mit 19 % besteuert.

Laut der Landwirtschaftsorganisation FAO der UN stammen 14,5 % der weltweiten von Menschen verursachten Treibhausgase von der Haltung und Verarbeitung von Tieren. Somit trägt unsere Ernährung einen wesentlichen Teil zum weltweiten Ausstoß bei. Wenn der Mehrwertsteuersatz auf vegetarische und vegane Alternativprodukte auf 7 % gesenkt würde, würde dies ein wichtiges Zeichen für den Kauf von Ersatzprodukten setzen, und somit zu einer klimafreundlichen Ernährung beitragen.

Einer ungleichen Besteuerung von oben genannten Lebensmitteln fehlt jegliche langfristig haltbare argumentative Grundlage und ist nicht mehr der aktuellen Zeit angemessen.

Antrag I12: Legalize it - for all!

Antragsteller*in:

Unterbezirk Region Hannover (Unterbezirk)

- 1 Wir fordern, dass die Besteuerung bei der Legalisierung von Cannabis als Genussmittel
- 2 nicht zu einer wesentlich Preisdifferenz zum derzeit bestehenden Schwarzmarkt führt.

Begründung

Ziel der Legalisierung von Cannabis als Genussmittel ist neben der Prävention von Suchterkrankungen, Jugend- und Gesundheitsschutz auch die Verdrängung des Schwarzmarktes. Auf dem derzeit bestehenden Schwarzmarkt werden Cannabisprodukte mit Verunreinigungen bzw. gesundheitsschädlichen Zusätzen angeboten. Dies führt dazu, dass eine nicht-tödliche Droge ein erhebliches Gesundheitsrisiko in sich birgt. Unter anderem können synthetische Cannabinoide, die für eine stärkere Rauschwirkung zugesetzt werden, zu einem tödlichen Konsum bei einmaligem Gebrauch führen.

Damit die aus dem Schwarzmarkt resultierenden schweren Gesundheitsrisiken beseitigt werden können, darf der sichere Cannabiskonsum nicht nur für eine wohlhabende Bevölkerungsschicht begrenzt werden, sondern muss für jede Person zugänglich sein. Gesundheitsschutz darf nicht vom Geldbeutel abhängen!

Antrag I13: Demokratie feiern!

Antragsteller*in:

Unterbezirk Göttingen (Unterbezirk)

1 Das Wahlrecht bzw. die Wahlen im Allgemeinen sind das Fundament unserer Demokratie.
2 Wir sollten stolz sein, in einer Demokratie leben und in freien Wahlen über unsere
3 Zukunft mitentscheiden zu können. Dieses fundamentale Recht verdient es gefeiert zu
4 werden!

5

6 Wir fordern daher, dass die Bundes- bzw. Landtagswahlen sowie die Kommunalwahlen an
7 zusätzlichen Feiertagen unter der Woche stattfinden sollten und gerade nicht an
8 Sonntagen.

9

10 Zurzeit ist die Vielzahl der Feiertage religiös geprägt. Dabei ist es doch vor allem
11 unser Zusammenleben, was gefeiert werden sollte. Die Basis unseres Zusammenlebens ist
12 unsere Demokratie. Sie gilt es zu schätzen und zu feiern. Die Durchführung von Wahlen
13 an einem hierfür festgelegten Feiertag unter der Woche würde zum einen die
14 herausragende Stellung der Wahlen für unsere Gesellschaft verdeutlichen. Zum anderen
15 würden aber auch die Bürger*innen daran erinnert werden, dass der freie Tag den
16 Wahlen gewidmet ist und demnach auch hierfür genutzt werden sollte.

17

18 Schon nach heutiger Gesetzeslage wäre dieses Vorhaben grundsätzlich möglich. Das
19 Grundgesetz sowie die Landesverfassung von Niedersachsen bestimmen für den Wahltag
20 keinen genauen Wochentag. Vielmehr wird dies durch einfaches Gesetz (§ 16
21 Bundeswahlgesetz bzw. § 9 Nds. Landeswahlgesetz) konkretisiert. Wahltag sollte
22 hiernach zumindest auf Bundesebene ein Sonn- oder Feiertag sein. Die endgültige
23 Bestimmung des Wahltags bestimmt dann der Bundespräsident bzw. auf Landesebene die
24 Landesregierung durch Verordnung.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag I15: Mit Nazis spricht man nicht – Keine Besetzung von Podien mit rechten Parteien

Antragsteller*in:

Unterbezirk Göttingen (Unterbezirk)

1 Immer wieder kommt es zu Diskussionsrunden wie beispielsweise in Talk-Shows auf
2 Podien oder in anderen Sendungen bei denen auch Mitglieder rechtsextremer Parteien,
3 Vereinen oder Bewegungen vertreten sind. Im Rahmen dieser Veranstaltungen wird
4 menschenverachtenden, rassistisch- oder antisemitischen Gedankengut eine Plattform
5 gegeben und es so der breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht. Dadurch wird indirekt
6 suggeriert, dass es eine nicht zu unterschätzende Minderheit gibt, die solche
7 Positionen vertritt und, dass es auch legitim ist solche Meinungen zu vertreten.
8 Dadurch hat in den letzten Jahren bereits eine Debattenverschiebung stattgefunden,
9 sodass einige Begriffe, die noch vor einigen Jahren als unsagbar galten, wieder
10 regelmäßig gebraucht werden. Auch haben sich rechtsextreme Begriffe, wie
11 beispielsweise „Wirtschaftsflüchtling“ oder „Flüchtlingswelle“ in der Alltagssprache
12 etabliert. Diese Entwicklung betrachten wir mit Sorge.

13 Wenn in oben genannten Sendungen, den Rechten entweder durch andere Gäste oder
14 Moderator*innen widersprochen wird, begeben sich diese in die Opferrolle. Als Folge
15 dessen, verlassen sie die Shows (wie bei Alice Weidel schon mehrfach geschehen) oder
16 behaupten, dass die Meinungsfreiheit in Deutschland beschränkt sei und man nicht mehr
17 sagen dürfe, was man denkt. Dies zeigt eindeutig, dass sich Rechtsextreme immer in
18 die Opferrolle begeben, egal ob sie zu Diskussionen eingeladen werden oder nicht.

19 Diese Beispiele zeigen deutlich, dass immer da, wo rechte auf Podien oder in
20 Diskussionsrunden sitzen, sie ihre Themen setzen und somit den Diskurs in ihre
21 Richtung gestalten. Es ist auch keine wirkliche Diskussion zu erwarten, da diese
22 Personen auf ihren Positionen und Meinungen beharren werden. Immer mehr
23 Extremismusforscher*innen sind daher der Meinung, dass es zur Verhinderung der
24 Verbreitung rechtsextremistischen Gedankenguts am sinnvollsten ist, rechten
25 Ideologien keine Plattform zu bieten und diese nicht zu Diskussionen oder Talk-Shows
26 einzuladen.

27

28 Deshalb ist für uns klar:

- 29 • Wir werden kein Podium besetzen oder an einer Diskussion teilnehmen zu dem
30 Menschen von allen möglichen rechtsextremen Parteien, Parteijugenden,
31 Organisationen oder Gruppierungen teilnehmen.
- 32 • Keine politische Zusammenarbeit mit rechten Parteien. Dies bedeutet auch, dass
33 wir uns nicht durch die Stimmen von Rechten wählen lassen.
- 34 • Wenn bei politischen Debatten Vertreter*innen rechter Parteien anwesend sind,
35 werden wir dies anprangern und uns dafür einsetzen, dass diesen Menschen in
36 Zukunft keine Bühne mehr geboten wird.
- 37 • Dass wir auf Veranstaltungen (ausgenommen Wahlkampfaktionen), bei denen die AfD
38 oder andere rechte Parteien eingeladen sind oder einen Stand haben, nicht
39 vertreten sind.
- 40 • Wir werden nicht an Demos teilnehmen, auf denen rechtsextreme Menschen

41 demonstrieren.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag I16: Opferfonds für Betroffene rechter Gewalt schaffen

Antragsteller*in:

Unterbezirk Göttingen (Unterbezirk)

1 München, Halle und Hanau - seit Jahren steigt die Anzahl rechter Anschläge.
2 Politische Konsequenzen gibt es jedoch kaum. Stattdessen durchziehen rechte Netzwerke
3 die Sicherheitsbehörden.

4

5 Neben den bekannten Fällen die Opfer rechter Gewalt oftmals für die Gesellschaft und
6 staatliche Behörden unsichtbar blieben. Seitens der Strafverfolgungsbehörden herrscht
7 – neben rechten Netzwerken – fehlendes Bewusstsein sowie fehlende Kenntnisse über das
8 Thema rechte Gewalt.

9

10 Oftmals sind Zivilgesellschaftliche Organisationen die ersten und wichtigsten
11 Ansprechpartner*innen für die Betroffenen sowie ihre Hinterbliebenen und Angehörigen.

12 Viele Betroffen sowie die Hinterbliebenen und Angehörigen gründen eigene Initiativen
13 und Organisationen und leisten wichtige Aufklärungsarbeit und kämpfen für
14 Gerechtigkeit, Anerkennung und Konsequenzen. All diese Arbeit wird neben der eigenen
15 Verarbeitung der rechten Gewalt sowie Trauerarbeit geleistet. Es wird Zeit die Opfer
16 und Hinterbliebenen der Opfer rechter Gewalt nicht mehr mit den Taten und Tatfolgen
17 alleine zu lassen und dass staatliche Behörden endlich ihren Beitrag dazu leisten.

18

19 **Wir fordern daher:**

- 20 • Solidarität mit den Betroffenen rechter Gewalt
- 21 • Die Einrichtung eines Opferfonds für Betroffene von rechter Gewalt in
22 Niedersachsen
- 23 • Um dabei eine Entpolitisierung rechter Gewalt durch Staatliche Behörden zu
24 verhindern, bekräftigen wir dabei unsere Forderungen nach der Überarbeitung des
25 Meldewesens „Politisch motivierter Kriminalität-rechts“ (PMK-rechts), welches
26 sowohl die Opferperspektive bzw. die Perspektive von Zeug*innen und Angehörigen
27 berücksichtigen soll, als auch Taten, in denen bspw. ein sozialdarwinistisches
28 oder rassistisches Motiv mindestens eine tatbegleitende bis tateskalierende
29 Rolle spielen, erfasst soll.
- 30 • Die volle Anerkennung aller Opfer rechter Gewalt und bekräftigen dabei unsere
31 Forderung nach einer selbstkritischen Überprüfung der PMK-rechts mit Hilfe
32 externer Expert*innen und die nachträgliche Anerkennung der Opfer rechter
33 Gewalt.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag D03: Lasst die Kekse verbrennen! Third-Party-Tracking verhindern

Antragsteller*in: Unterbezirk Nienburg (Unterbezirk)

1 Forderungen:

- 2 • Browser sollen das Verwenden von Third Party Trackers unterbinden, um weiterhin
- 3 in Deutschland und der EU agieren zu dürfen.
- 4 • Webseiten sollen die Kooperation mit TPT-Services einstellen. Das Bereitstellen
- 5 der eigenen Webseite für TPT-Services soll ebenso wie das weitere Nutzen von
- 6 TPTs durch Browser geahndet werden und zu einem Verbot führen.
- 7 • Alle Geräte und Browser sollen das Ablehnen von TPTs zur Standardeinstellung
- 8 machen.
- 9 • Cross-App-Tracking soll ausnahmslos abgeschaltet werden.
- 10 • Die Kooperation zwischen Webseiten zum Zwecke der Datenaggregation soll als
- 11 Kartellbildung gewertet werden.

Begründung

Cookies sind eine Kerntechnologie des Web 3.0. Mit ihnen wird unser Login auf unseren Lieblingsseiten und unser Warenkorb im SPD Shop gespeichert.

Allerdings gibt es auf den allermeisten Webseiten nicht nur Cookies, die von den Anbieter*innen hinterlassen werden, um unser Online-Erlebnis zu verbessern. Immer mehr kommt die Debatte um sogenannte „Third Party Tracker“ (TPT) auf, die von externen Seiten stammen, die unsere Daten als Ressource im Internet und der Aufmerksamkeits-Ökonomie nutzen.

TPTs werden eingesetzt, um unser Online-Verhalten flächendeckend zu überwachen. Im angeblich anonymen Internet wissen Anbieter*innen von TPTs mit genug Cookie von uns genau, auf welchen Seiten wir was tun und können erschreckend akkurate Profile daraus erstellen, die uns als Personen für die Werbeunternehmen (die Hauptgeschäftspartner von TPT-Seiten) gläsern machen, während wir meist nicht mal die Präsenz von TPTs mitbekommen.

Diese Informationen werden von Unternehmen zur Personalisierung der Online-Werbung verwendet, die uns bei Kaufentscheidungen manipulieren kann. So kann das Konsum- und Surfverhalten beobachtet werden, um gezielte Werbung zu schalten.

Auch für politische Einflussnahme sind TPTs eine Gefahr: Politische Gruppierungen können so zielgenau ungeschlüssige Wähler*innen mit auf sie zugeschnittenen Forderungen überzeugen, die sich teils gegenseitig widersprechen. Der Fall von Cambridge Analytica zeigte, dass dieser Einfluss nicht zu unterschätzen ist und insbesondere bei knappen Ergebnissen großen Einfluss nehmen kann.

Außerdem können diese Daten auch von Dritten entwendet werden, was ein großes Problem in Sachen digitaler Sicherheit von Einzelpersonen darstellt. Mit den umfassenden Profilen können Erpresser*innen, Scam Artists und Stalker*innen massiven Schaden anrichten.

TPT ist nun auf Safari (dem Apple-eigenen Browser) eingeschränkt. Dies schützt die Verbraucher*innen vor Apple. Andere Browser wie z.B. Firefox sind dem Beispiel von Apple gefolgt.

Auch anerkannte Datenschützer*innen verurteilen diese Art von Cookies, weil Sie die Privatsphäre der Verbraucher*innen zu stark einschränken. Auch der Europäische Gerichtshof und die DSGVO haben die

Cookies bereits eingeschränkt. Dies ist aber nicht genug.

Gerade Google nutzt weiterhin TPTs exzessiv. Zwar versprechen sie eine Verbannung dieser schon 2023, allerdings ist fraglich, ob dies umgesetzt wird, da über 80% des Einkommens aus personalisierten Werbeanzeigen geschöpft wird. Auch Googles Android System ist Teil des Problems, da es Cross-App-Tracking (welches ähnlich wie das Tracking durch TPTs funktioniert und eingesetzt wird) eher unterstützt als bekämpft, ebenfalls im Kontrast zu Apple.

Eine Verschärfung von Sicherheitsstandards kann so auch den Wettbewerb in der Technologie-Branche stärken, da Apples Alleinstellungsmerkmal der Sicherheit und Privatsphäre so abgebaut wird. Wem sein/ ihre Sicherheit wichtig ist, ist nicht mehr gezwungen, Apple-Produkte zu kaufen und Innovation in Technologie gewinnt wieder an Bedeutung beim Kauf.

Antrag I17: Verbot der Grauen Wölfe

Antragsteller*in:

Unterbezirk Göttingen (Unterbezirk)

1 Wir fordern ein bundesweites Verbot der Grauen Wölfe und den dazugehörigen
2 Organisationen sowie die Einschränkung des Einflusses der AKP und MHP-geführten
3 türkischen Regierung im deutschen Raum. Mit schätzungsweise 18.000 Mitgliedern sind
4 die Grauen Wölfe die größte rechtsextremistische Vereinigung in Deutschland. Von der
5 Struktur her sind Sie unter anderem in hunderten lokalen Vereinen sowie Dachverbänden
6 wie die Türk Federasyon, ATIB oder ATB organisiert. Gekennzeichnet sind die Grauen
7 Wölfe insbesondere durch eine Überhöhung der türkischen Nation beziehungsweise Ethnie
8 und der Abwertung von Minderheiten, die im geographischen Raum des Nahen Ostens
9 angesiedelt sind. Zu ihren Feindbildern gehören neben Kurdinnen und Kurden,
10 Armenierinnen und Armenier, auch Alewitinnen und Alewiten, Yezidinnen und Yeziden,
11 Griechinnen und Griechen, Jüdinnen und Juden und Menschen, die dem linken Spektrum
12 zuzuordnen sind oder nicht dem Islam angehören. Durch ihr aggressives Auftreten
13 propagieren die Mitglieder der Grauen Wölfe einen ethnischen Nationalismus, sowie die
14 Errichtung eines großtürkischen Reiches und die vollständige Eliminierung und
15 Degradierung politischer Gegner. Die faschistische Weltanschauung spricht den oben
16 angeführten Volks- und Religionsgruppierungen ihre kulturelle, religiöse und
17 sprachliche Identität ab und negiert durch ihre rechtsextremistische Ideologie ihre
18 Daseinsberechtigung und das Recht auf Leben.

19

20 Daher fordern wir das dringend notwendige gesetzliche Verbot der
21 rechtsextremistischen und menschenverachtenden Organisation der Grauen Wölfe als
22 Organisation und die strafrechtliche Ahndung des Gebrauchs des „Wolfsgruß“ als Symbol
23 der ethnischen Dominanz und Überlegenheit gegenüber Minderheiten. Unter
24 Berücksichtigung der Tatsache, dass eine kollektive Verachtung der Grauen Wölfe
25 gegenüber dem Grundgesetz und den zugrundeliegenden Menschenrechten, wie Artikel 1
26 (Menschenwürde) besteht, ist ein mögliches Verbot der Grauen Wölfe ein Ausdruck einer
27 wehrhaften Demokratie vor dem Erstarken rechter Kräfte und ein Glaubensbekenntnis für
28 eine pluralistische Gesellschaft zugleich. Die Grauen Wölfe schränken das Leben der
29 oben angeführten Gruppierungen insofern ein, als dass diese Schwierigkeiten haben
30 sich durch die Politik repräsentiert zu fühlen und problemlos, ohne Angst vor
31 Verfolgung oder Hetze, in Deutschland leben zu können. Die kommende deutsche
32 Bundesregierung ist aufgefordert, die Wahrung marginalisierter Identitäten und das
33 problemlose Ausleben der Kultur, Religion und Sprache der oben angeführten
34 marginalisierten Gruppierungen mit besonderer Rücksicht zu garantieren. Um die
35 Glaubwürdigkeit der freiheitlich demokratischen Grundordnung Deutschlands
36 aufrechtzuerhalten, ist ein Verbot der Grauen Wölfe unumgänglich.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag U04: Medikamente und Blei aus Wasser filtern

Antragsteller*in: Unterbezirk Nienburg (Unterbezirk)

1 Forderungen:

- 2 • Mehr Fördergelder für die Forschung an der Befreiung unseres Abwassers von
- 3 Medikament Resten
- 4 • Zum Schutz von Kindern die Konzentrationsgrenzen von Blei im Wasser
- 5 schnellstmöglich auf den Grenzwert von 5 µg/l senken
- 6 • Nicht darauf warten, dass der Anteil der Medikamente messbar wird oder einen
- 7 Einfluss auf unsere Gesundheit nimmt, sondern mit dem Auftreten der Stoffe
- 8 eingreifen

Begründung

Derzeit werden Medikamente bei unserer Abwasserreinigung nicht mit einbezogen da ihr Anteil noch nicht „messbar“ ist. Nur in einigen Kommunen wird Probeweise mit Aktivkohle gegen einen geringen Prozentsatz der ganzen Bandbreite der Medikamente vorgegangen. Hierbei ist noch nicht einmal klar wie erfolgreich diese Methode ist.

Das die Belastung eine Rolle spielt steht außer Frage. Die Wissenschaft hat entdeckt, dass immer mehr männliche Fische weibliche Geschlechtsorgane ausbilden, weil sich durch die Anti-Babypille ein erhöhter Anteil an Östrogenen im Wasser befindet. Bis die Auswirkungen auf den Menschen (die bei weitem noch nicht geklärt sind) deutlich wird, wird es wohl noch dauern, aber es lässt sich wohl sagen, das auf kurz oder lang etwas geschehen wird.

Das Problem ist hierbei jedoch nicht nur die Pille. 10 bis 15% der Medikamente werden ungenutzt über die Kanalisation entsorgt. Zusätzlich nutzt unser Körper die eingenommenen Medikamente nie vollständig. 70% der Antibiotika scheiden wir ungenutzt wieder aus. Bei Tamiflu (ein Grippemedikament) sogar zu 80 bis 90%. Und als wäre das noch nicht genug wird das Diabetesmedikament zu nahezu 100% wieder ausgeschieden.

Um die uns noch unbekanntes Einflüsse auf unseren Körper so gut es geht zu mindern sollte man jetzt an einer Lösung arbeiten/eine Lösung fördern und nicht darauf warten, dass die Stoffe „messbar“ werden und/oder die ersten Einflüsse auf den Menschen sichtbar werden. Zumal es sich ja nicht um den Einfluss von nur einem Medikament handelt, sondern gleich um einen ganzen Cocktail an Medikamente.

Auch wird bei den allgemeinen Grenzwerten der EU und WHO meist nur der Einfluss auf Erwachsene betrachtet. So halten Wissenschaftler die 10µg/l Blei, die für Erwachsene als ungefährlich gelten, bei Kindern für sehr bedenklich. Bis 2036 soll die Grenze auf 5µg/l herabgesetzt werden. Aber sollte man, wenn es doch die Möglichkeit der Minderung gibt, seine Kinder noch 14 Jahre diesen Substanzen aussetzen.

Deshalb fordern wir, dass Kinder bei den Grenzwerten stärker mit einbezogen werden und wir uns nicht unsere Zukunft verbauen, in dem wir unserer Zukunft, den Kindern, schaden. Nur weil ein Stoff gerade in so geringen Konzentrationen vorkommt, dass er keinen Schaden auf den Erwachsenen hat, müssen wir deshalb unsere Tiere und Kinder in Gefahr bringen? Müssen wir immer erst darauf warten das etwas passiert? Wir finden das nicht. Im Gegenteil. Jetzt ist die Zeit sich darum zu kümmern, damit es eine Zukunft gibt!

Antrag S02: Wider den Lärm – Laubbläser stoppen

Antragsteller*in:

Unterbezirk Göttingen (Unterbezirk)

1 Wir fordern ein Verbot von Laubbläsern und Laubsaugern. Diese Geräte sind nicht nur
2 mehr als 100
3 Dezibel laut (das entspricht etwa einem Presslufthammer oder einer Kettensäge),
4 sondern auch noch schlecht für die Umwelt. Denn wenn sie über den Boden pusten,
5 wirbeln Laubbläser Partikel von Hundekot, Pilzen oder sogar abgefahrenen Reifen mit
6 auf. Diese sind gesundheitsschädlich und
7 können Krankheiten bei Menschen und Tier verursachen. Tiere leiden generell sehr
8 unter Laubbläsern und Laubsaugern. Sie versuchen zu fliehen und geraten unter Stress
9 oder werden aufgesaugt oder weggepustet und sterben. Natürlich kann auch Laub auf
10 Straßen und Bürger*innensteigen gefährlich werden – z.B. für Fahrradfahrer*innen.
11 Doch auch ohne solche Gerätschaften lässt sich Laub beseitigen. In der Schweiz sind
12 Laubbläser in einigen Städten bereits seit längerer Zeit verboten um die
13 Feinstaubbelastung zu verringern. Dort schaffen es die Mitarbeitenden der Stadtwerke
14 trotzdem, die Straßen mit Besen und Harke von Laub zu befreien. Dies ist auch für die
15 Mitarbeitenden eine geringere Lärmbelastung. Zudem ist es neben der
16 Umweltfreundlichkeit außerdem billiger. Dort wo Laub niemanden gefährdet, sollte es
17 auch einfach liegen gelassen werden. Denn es bietet Tieren einen Rückzugsort und
18 Schutz im Winter.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag I18: Maßregelvollzug reformieren – Wir können uns keiner Menschen entledigen!

Antragsteller*in:

Bezirksvorstand (Bezirk)

1 Der Maßregelvollzug ist eine Vollzugsmaßnahme für straffällig geworden Menschen, die
2 im Zeitpunkt ihrer Straftat im Zustand der Schuldunfähigkeit handelten. Die Gründe
3 für die Schuldunfähigkeit sind dabei vielfältig. Insbesondere sind jedoch psychische
4 Erkrankungen und Betäubungsmittel zu nennen. Die dort befindlichen Patient*innen
5 werden dabei zweifach stigmatisiert – zum einen als Straftäter*innen und zum anderen
6 als psychisch Erkrankte bzw. Suchtpatient*innen. Im Maßregelvollzug bzw. der
7 forensischen Psychiatrie sollen die Patient*innen therapiert und resozialisiert
8 werden. Die derzeitigen Bedingungen in den deutschen Kliniken sind jedoch teils
9 kontraproduktiv und oft von Willkür geprägt. Hier muss sich die Gesellschaft fragen,
10 ob sie diese Menschen tatsächlich einfach verschwinden lassen will. Wir sind der
11 Überzeugung, dass wir diese Menschen nicht einfach aus unserer Gesellschaft
12 ausgrenzen können, sondern dass wir ihnen gegenüber eine besondere Verantwortung
13 haben. Daher gilt es ihnen Perspektiven zu geben, die Lebensbedingungen zu verbessern
14 und die Willkür der Kliniken zu beenden.

15

16 **Der Weg in den Maßregelvollzug – Psychiatrische Einrichtungen stärken**

17 Wie so oft muss auch bei dieser Thematik zunächst früher angesetzt werden.
18 Patient*innen im Maßregelvollzug haben häufig schon lange vor ihrem Einzug in die
19 Forensik offenkundige psychische Probleme, mit denen sie oft allein gelassen werden.
20 Teilweise waren diese Menschen bereits zuvor in anderen psychiatrischen
21 Einrichtungen. Hier werden sie oft unzulänglich behandelt und viel zu vorschnell
22 entlassen. Dass Teile dieser im Stich gelassenen Personen später Rückfälligkeiten
23 aufweisen, die sich ohne Behandlung bis zur ersten Straftat hinziehen können,
24 überrascht dabei wenig. Das Problem in den psychiatrischen Einrichtungen sind die
25 sog. Fallpauschalen. Diese rechnen sich nach ein paar Wochen nicht mehr, sodass
26 der*die Patient*in am Ende wegen Umsatzaspekten entlassen wird. Dabei ist es doch
27 denklogisch, dass schwere psychischen Erkrankungen nicht in ein paar Wochen geheilt
28 bzw. die Patient*innen medikamentös eingestellt werden können. Es ist Aufgabe des
29 Staates, psychisch kranken Menschen angemessen zu versorgen. Auch kann durch eine
30 umfassende Versorgung präventiv das Risiko der Einweisung in den Maßregelverzug von
31 Betroffenen stark gesenkt werden. Private Kliniken scheinen mit Blick auf den Umsatz
32 hierzu nicht fähig zu sein.

33

34 **Liberalere Konzepte ermöglichen – Mehr Hecke, weniger Stacheldraht**

35 Die Bedingungen unter denen die Patient*innen in der Forensik therapiert werden
36 sollen, sind katastrophal und kontraproduktiv. Menschen, die bereits unter
37 psychischen Erkrankungen leiden und teilweise psychotische Ausprägungen besitzen,
38 können nicht in einem Umfeld therapiert werden, der von Stacheldraht und
39 Dauerüberwachung durch auffällige Kameras geprägt ist. In einer solchen Umgebung kann
40 keine für die Therapie entscheidende entspannte Atmosphäre geschaffen werden – weder
41 für die Mitarbeitenden noch für die Patient*innen. Sicherungsanlagen sind

42 selbstverständlich notwendig, sollten jedoch unauffälliger installiert werden und den
43 dort befindlichen Menschen nicht ständig vor Augen geführt werden. Forensische
44 Einrichtungen wie die in Moringen können als Vorbild dienen. Hier werden die
45 Sicherungsanlagen verhältnismäßig gut versteckt und dadurch deutlich weniger von den
46 Patient*innen wahrgenommen. Auch das dortige Innentierprojekt ist in dieser Form
47 einzigartig und zeigt wie die Therapiemöglichkeiten im Maßregelvollzug neu gedacht
48 werden können.

49

50 **Überbelegung stoppen – Privatisierung zurückfahren**

51 Ein weiterer Faktor für die schlechten Therapieverhältnisse innerhalb des deutschen
52 Maßregelvollzugs ist die Überbelegung. Viele Kliniken sind an ihren Kapazitätsgrenzen
53 bzw. bereits darüber hinaus. Die Überbelegung bürgt für die Patient*innen natürlich
54 große Nachteile, während die Kliniken ein gutes Geschäft erwarten können. Die
55 Patient*innen erhalten Mehrbettzimmer, die Kliniken erwarten staatliche Zahlungen von
56 ca. 100.000€ pro Jahr und Patient. Das ist nicht haltbar. Insbesondere wenn man
57 berücksichtigt, dass der Maßregelvollzug vor allem in Norddeutschland überwiegend
58 privatisiert worden ist. Private Unternehmen wie Asklepios, Ameos und Helios erzielen
59 ein gutes Geschäft an den Personen im Maßregelvollzug, sodass der Anreiz die
60 Patient*innen wieder zu entlassen denkbar niedrig erscheint. Finanzielle
61 Hintergedanken der Klinikleitungen dürfen jedoch keinerlei Rolle spielen. Die
62 Privatisierung muss zurückgefahren werden!

63

64 **Überprüfbare Standards schaffen – Die Willkür der Kliniken beenden**

65 Die Kliniken bzw. die Klinikleitungen haben derzeit einen zu großen
66 Handlungsspielraum mit Blick auf die Lebensbedingungen der Patient*innen. Hierdurch
67 entsteht die Gefahr der Willkür, die sich leider auch zu oft realisiert.
68 Patient*innen werden entscheidende Lockerungen wegen kleinster Regelbrüche entzogen.
69 Diese Regeln werden teilweise wöchentlich willkürlich geändert. Eine so wichtige
70 Konstanz im Alltag der Patient*innen ist so nicht möglich. Auch entsteht oft der
71 Eindruck, dass diese ständigen Regeländerungen nur dafür gedacht sind, um die
72 Menschen irgendwie belangen und so Lockerungen zurücknehmen zu können. Die
73 Patient*innen verlieren bei diesem vor und zurück oft jegliche Hoffnungen und fühlen
74 sich alleingelassen bzw. der Allmacht der Kliniken schutzlos ausgesetzt. Diese
75 fehlende Perspektive ist dabei denklogisch nicht förderlich für die psychische
76 Konstitution und die therapeutische Behandlung.

77

78 Es müssen daher überprüfbare Standards von der Gesetzgebung geschaffen werden. Die
79 Patient*innen dürfen nicht den willkürlichen Regeln der Kliniken ausgesetzt werden.
80 Es darf nicht auf Glück oder Pech ankommen, ob man gute Therapieaussichten in einer
81 Klinik mit einheitlichen Regeln bekommt oder willkürlichen Regeländerungen ausgesetzt
82 wird. Diese einheitlichen Standards müssen auch überprüfbar sein. Es muss den
83 Patient*innen möglich sein gemeinsam mit einem Rechtsbeistand gegen
84 unverhältnismäßige Einschränkungen vorgehen zu können. Die Rechtsschutzmöglichkeit
85 der Menschen in forensischen Einrichtungen bzw. der Zugang zu diesen muss

86 grundsätzlich verbessert werden. Oft kennen diese Menschen ihre eigenen Rechte nicht,
87 sodass die Ungerechtigkeiten, die ihnen widerfahren, nicht zutage gebracht werden. Es
88 muss ein besserer Zugang zu rechtlicher Beratung geschaffen werden!

89

90 **Der Weg aus dem Maßregelvollzug – Perspektiven Schaffen**

91 Es ist keine Besonderheit, dass Haftstrafen von wenigen Monaten oder Jahren zu mehr
92 als 10 Jahren Aufenthalt in einer forensischen Psychiatrie führen. Dabei ist klar,
93 dass wenn ein Aufenthalt in einer solchen Einrichtung über so viele Jahre andauert,
94 die psychische Konstitution auf Dauer deutlich stärker leidet, als die dortigen
95 Therapien ausgleichen können. Kann es sein, dass so viele Patient*innen teilweise
96 nach einem Jahrzehnt Therapie immer noch eine derartige Gefahr darstellen, dass sie
97 nicht entlassen werden können? Wohl kaum. Zwar gibt es selbstverständlich Härtefälle,
98 jedoch ist ein Großteil dieser Menschen Opfer des Systems. In der Regel haben die
99 Patient*innen einmal pro Jahr eine Anhörung vor der zuständigen Strafvollzugskammer.
100 Hier diskutieren Richter*innen, Psychiater*innen und Patient*in (im besten Fall
101 zusammen mit einem Rechtsbeistand) die Möglichkeit einer Entlassung. Ausschlaggebend
102 für die Prognose des Gerichts ist selbstverständlich die gutachterliche Einschätzung
103 der*des psychiatrischen Sachverständigen sowie der Klinikleitung. Doch handeln diese
104 oft nicht so objektiv wie nötig. Teilweise trauen sie den Patient*innen viel zu wenig
105 zu, auch aus Angst vor Verurteilung durch mediale Berichterstattung. Wird das
106 Gutachten von Psychiater*innen erstellt, die selbst innerhalb der Klinik des*der
107 Patient*in arbeiten, kommt hinzu, dass sie durch ihre Arbeit eine gewisse
108 Voreingenommenheit besitzen und oft gehemmt sind ihre ursprünglichen Diagnosen
109 abzuändern. Externe Gutachter*innen können hierfür eine Lösung sein und werden auch
110 heute bereits teilweise genutzt. Die Statistik zeigt dabei auch, dass diese viel eher
111 gewillt sind, den Patient*innen eine Chance auf Entlassung einzuräumen.

112

113 Sollte ein*e Patient*in schlussendlich entlassen werden, endet die Verantwortung des
114 Staates aber nicht. Die Patient*innen müssen sich ein neues Leben aufbauen und
115 sollten hierfür mehr Hilfestellungen bekommen. Es geht hier vor allem um die
116 Wohnungs- und Arbeitsplatzsuche sowie die Vermittlung von ambulanten Therapieplätzen.
117 Andernfalls können Existenzängste entstehen, die zu einer erneuten Destabilisierung
118 der Menschen führen könnte. Es ist Aufgabe des Staates die Patient*innen nach ihrer
119 Zeit im Maßregelvollzug wieder in die Gesellschaft zurückzuholen!

120

121 **Einheitliche Lebensverhältnisse sind Bundessache**

122 Zur konsequenten Behebung der oben beschriebenen Defizite muss die Kompetenz über den
123 Maßregelvollzug in den Händen der Bundesgesetzgebung liegen. Die Schaffung
124 gleichwertiger Behandlungsbedingungen kann nicht von 16 unterschiedlichen
125 Justizverwaltungen erreicht werden. Der Maßregelvollzug und die damit einhergehenden
126 gravierenden Grundrechtseinschränkungen müssen gleichermaßen ausgestaltet werden und
127 dürfen nicht durch wechselnde landespolitische Tendenzen zur Disposition gestellt
128 werden. Der Verfassungsgrundsatz der einheitlichen Lebensverhältnisse in den Ländern
129 hört nicht bei Patient*innen im Maßregelvollzug aus, sondern muss hier in besonderem
130 Maße berücksichtigt werden. Die Gesetzgebungskompetenz muss dahingehend angepasst

131 werden.

132

133 Wir fordern:

134

135 • die Regelung und Ausgestaltung des Maßregelvollzugs durch den Bund

136

137 • die Stärkung psychiatrischer (nicht-forensischer) Einrichtungen, sowie die
138 Abschaffung der dort geltenden Fallpauschalen

• die Beendigung der Überbelegungen in forensischen Einrichtungen

139

• das Stoppen der Privatisierung sowie die Verstaatlichung der vor allem in
Norddeutschland bereits privatisierten Einrichtungen

140

141 • eine sorgsamere und diskretere Nutzung von Sicherungsanlagen in der Forensik

• die Schaffung überprüfbarer Standards in forensischen Einrichtungen

142

• den einfacheren Zugang zu rechtlicher Beratung für Patient*innen

143

• die Ausweitung externer Gutachten mit Blick auf eine mögliche Entlassung

144

• die bessere Unterstützung von Patient*innen nach ihrer Zeit im Maßregelvollzug

145

146

147

148 • die Regelung und Ausgestaltung des Maßregelvollzugs durch den Bund

149

Antrag S03: Sport ist politisch!

Antragsteller*in:

Bezirksvorstand (Bezirk)

1 Erst die Olympischen Sommerspiele 2008 in Peking, dann die Olympischen Winterspiele
2 2022 in Peking und jetzt im Winter 2022 die Fußballweltmeisterschaft in Katar. Dass
3 große Sportereignisse aller Art immer wieder in Ländern mit einer autoritären
4 Regierung stattfinden, gehört mittlerweile zum Alltag im Sportgeschäft. So verbreitet
5 sich der Eindruck, dass es den großen Sportverbänden egal ist, ob sie ihre
6 Wettbewerbe in Ländern mit Menschenrechtsverletzungen durchführen. Doch die Debatte
7 darüber, wie wir als Gesellschaft auf solche Sportereignisse reagieren sollen,
8 entfacht immer wieder aufs Neue.

9

10 Sollen wir die Wettbewerbe nicht im Fernsehen verfolgen? Müssen Sportler*innen ihre
11 Teilnahme an den Wettbewerben verweigern? Soll die Politik eingreifen?

12

13 Beispielsweise ist die Ausbeutung von Arbeitsmigrant*innen bei der
14 Fußballweltmeisterschaft in Katar 2022 ein großes Thema. Den Arbeiter*innen wird bei
15 Arbeitsausfall das Einkommen gestrichen, Urlaub und freie Tage werden ihnen
16 vorenthalten und sie müssen mehr als 80 Stunden die Woche arbeiten. Doch als wäre das
17 nicht schon genug, sind zur Vorbereitung auf die Fußballweltmeisterschaft in Katar
18 bereits jetzt 15.000 Arbeitsmigrant*innen aufgrund der unmenschlichen
19 Arbeitsbedingungen und der schlechten Versorgung gestorben. All das sind keine
20 Einzelfälle. Immer wieder dringen Hinweise auf Menschenrechtsverletzungen bei großen
21 Sportereignissen in Autokratien an die Öffentlichkeit.

22

23 Wir Jusos sind klar in unserer Haltung, dass Ausbeutung, Sklaverei und weitere Formen
24 von Menschenrechtsverletzungen mit allen Mitteln verhindert werden müssen und dafür
25 die Gesellschaft, die Politik und die Sportler*innen an einem Strang ziehen müssen.

26

27 Denn Sportler*innen sind in unserer Gesellschaft Vorbilder. Viele verschiedene
28 Menschen schauen zu ihnen hoch und orientieren sich an ihren Handlungen und Aussagen.
29 Damit erreichen sie auch nicht politisierte Menschen. Daher tragen sie eine
30 Mitverantwortung dafür, wie wir mit den Wettbewerben in den Autokratien umgehen. Sie
31 stehen zwar nicht in der Hauptverantwortung, allerdings dürfen sie sich nicht weg
32 ducken, sondern müssen klare Haltung beziehen.

33

34 Daher fordern wir:

35

- 36 • Dass Sportverbände, wie das Internationale Olympische Komitee (IOC), FIFA oder
37 das Internationale Paralympische Komitee (IPC) klare Haltung gegen Autokratien
38 zeigen. In den zukünftigen Auswahlprozessen für die Gastgeberländer muss durch
39 unabhängige Expert*innen geprüft werden, ob in den Bewerbungsländern
40 Menschenrechtsverletzungen Sollte dies der Fall sein, müssen die Länder umgehend

- 41 aus dem Auswahlverfahren ausgeschlossen werden.
- 42 • Die bereits jetzt vergebenen Wettbewerbe in Autokratien sollen bedingungslos
43 abgesagt werden.
- 44 • Seriöse und unabhängige Berichterstattung muss von den Dachorganisationen bei
45 den Veranstaltungen vor Ort uneingeschränkt gewährleistet werden.
- 46 • Sportler*innen sollen die Wettbewerbe in Autokratien boykottieren. Der Staat
47 soll sie dabei unterstützen, wenn sie aufgrund der nicht Teilnahme, in
48 finanzielle Not kommen. Dies soll durch Fördertöpfe geschehen, die von den
49 betroffenen Sportler*innen abgerufen werden können.
- 50 • Solange Wettbewerbe noch in Autokratien stattfinden, sollen Politiker*innen
51 diese konsequent boykottieren und so mit ihrer Abwesenheit verhindern, dass
52 Menschenrechtsverletzungen legitimiert werden.

Antrag F06: Zusammenleben neu denken

Antragsteller*in:

Bezirksvorstand (Bezirk)

1 Der Begriff der Familie ist so variabel und wandelbar, wie es die Gesellschaft ist.
2 Gerade die Gesellschaft prägt mit ihren Werten und Normen dieses Bild. Die meisten
3 Menschen tragen trotz des Fortschreitens unserer Gesellschaft nach wie vor ein
4 traditionelles Familienbild der 50er und 60er Jahre als Schablone mit sich herum und
5 definieren den Begriff der Familie immer noch vor dieser Schablone, obwohl sie
6 subjektiv etwas ganz anderes wollen. Ein entscheidender Grund hierfür ist, dass die
7 deutsche Gesetzgebung in diesem Bereich gar nicht oder nur sehr schleppend
8 voranschreitet. Wie soll eine Gesellschaft moderne Familienkonstrukte verinnerlichen,
9 wenn die Rechtsordnung suggeriert, dass die traditionelle Vater-Mutter-Kind-Idee der
10 Maßstab sei? Die Gesetzgebung muss endlich anfangen der Variabilität des
11 Familienbegriffs gerecht zu werden und eine Reform des Familienrechts anstreben. Die
12 von der Ampel geplante Verantwortungsgemeinschaft ist ein erster richtiger Schritt,
13 muss aber radikaler gedacht werden.

14

15 **Ehe ist out – Wir bestimmen über unser Zusammenleben**

16 Insbesondere die jüngeren Generationen entfernen sich nach und nach von dem Konstrukt
17 der klassischen Ehe. Ein Großteil junger Menschen kann sich eine Eheschließung nach
18 heutigem Verständnis nicht mehr vorstellen. Das starre rechtliche Konstrukt der Ehe
19 ist nicht mehr zeitgemäß und bildet nicht die Vielfalt an Beziehungen ab, die es in
20 unserer Gesellschaft gibt. Dabei sollte sich doch das Recht an die Bedürfnisse und
21 Vorstellungen der Gesellschaft mit Blick auf das Zusammenleben anpassen und nicht
22 andersrum. Die unterschiedlichsten Arten an Beziehungen und gemeinsamen Zusammenleben
23 sind bereits heute Realität und müssen durch die Gesetzgebung anerkannt und in einen
24 rechtlichen Rahmen gegossen werden, ohne die eine als grundsätzlich „besser“ zu
25 labeln.

26

27 Die von der Ampel geplante Verantwortungsgemeinschaft sollte daher ausgeweitet werden
28 und perspektivisch die klassische Ehe als aus der Zeit gefallenes Konstrukt ersetzen.
29 Jede*r sollte sich eine für sich passende Form des Zusammenlebens aussuchen können,
30 die gesetzlich anzuerkennen ist und sollte sich nicht in starre traditionelle Muster
31 hineinzwängen müssen. Hierfür kann ein mehrstufiges System die Lösung sein, das
32 aufsteigend an Verantwortung füreinander gewinnen soll und durch mindestens zwei oder
33 mehrere volljährige Personen geschlossen werden kann. Möchten Personen – wie z. B.
34 die oft angeführte Seniorengemeinschaften – zwar Verantwortung in Form von
35 gegenseitigen Auskunfts- und Vertretungsrechten übernehmen, aber keine weitergehenden
36 Rechte und Pflichten begründen, soll dies auf unterster Stufe möglich sein. Auf den
37 folgenden Stufen sollen aufsteigend Pflege- und Fürsorgepflichten, die Möglichkeit
38 einer Zugewinnngemeinschaft und der damit verbundene Vermögensausgleich bei Auflösung
39 sowie steuerliche Vorteile hinzukommen. Auch ein Zeugnisverweigerungsrecht soll auf
40 höchster Stufe entstehen. Letztlich müssten mit Blick auf die perspektivische
41 Ersetzung der klassischen Ehe auch kinder- und namensrechtliche Belange,
42 aufenthaltsrechtliche Regelungen sowie die gesetzliche Erbenstellung mitgedacht

43 werden. Eine Änderung der Verfassung ist dabei perspektivisch unausweichlich, aber
44 ohnehin nötig. Die verfassungsrechtliche Besserstellung der klassischen Ehe ist mit
45 dem heutigen modernen Verständnis des Zusammenlebens nicht vereinbar.

46

47

48

49 **Aufklärung als Voraussetzung des selbstbestimmten Zusammenlebens**

50 Damit jede*r die für sich beste Form des Zusammenlebens findet, ist es Sache des
51 Staates und seiner Einrichtungen auch jetzt schon ehewillige Personen über die
52 rechtlichen Folgen einer Ehe aber vor allem auch perspektivisch über die Folge einer
53 oben beschriebenen stufenbasierten Lebensgemeinschaft aufzuklären. Viele Menschen
54 wissen nicht, welche rechtlichen Folgen mit einer Eheschließung einhergehen und dass
55 diese auch abgemildert werden können. Hier könnten freiwillige Beratungsgespräche
56 durch staatliche Stellen oder zumindest die Förderung ziviler Beratungsstellen
57 helfen. Auch gibt es bereits jetzt Infomaterialien des Bundesjustizministeriums, die
58 bei entsprechenden Absichten einfacher zur Verfügung gestellt werden könnten. Der Weg
59 zum Rechtsanwalt sollte nicht die Bedingung sein, um vernünftig über die Folgen der
60 Eheschließung bzw. perspektivisch der Eingehung einer stufenbasierten
61 Lebensgemeinschaft aufgeklärt zu werden.

62

63 **Abstammungsrecht im Lichte einer queeren Gesellschaft**

64 Wenn man an das Thema Familie denkt, darf das Abstammungsrecht nicht vergessen
65 werden. Queeren Paaren muss es erleichtert werden eine eigene Familie gründen und
66 ihre eigenen Vorstellungen einer Familie verwirklichen zu können, ohne durch
67 gesetzliche Regelungen oder behördliche Praktiken diskriminiert zu werden. Hierbei zu
68 nennen ist einerseits ein geschlechtsunabhängiges Abstammungsrecht. Teil dieser Idee
69 ist die sog. Mitmutterschaft, die in § 1592 BGB gleichheitswidrig ausgeklammert wird.
70 Diese muss dringend angepasst werden. Gleiches gilt für die Anerkennung von
71 intergeschlechtlichen Personen als Elternteil. Zum einen haben inter* Personen, die
72 den Geschlechtseintrag „divers“ tragen, dieselben Probleme wie die Mitmütter in der
73 oben genannten Konstellation, sodass auch sie in einer Anpassung des § 1592 BGB nicht
74 vergessen werden dürfen. Auch werden inter* Elternteile sprachlich nicht
75 berücksichtigt. Hier könnte bspw. der Begriff „Elter“ Abhilfe schaffen. Die
76 Verwaltungssprache gilt es hier anzupassen. Weiterhin sollten queere Paare nicht nur
77 auf die Möglichkeit einer Adoption beschränkt sein. Eine Reformierung der
78 Reproduktionsmedizin ist dabei unumgänglich. Die altruistische Leihmutterschaft sowie
79 Eizellspende müssen endlich ermöglicht und rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen
80 werden.

81

82 **Mehrelternschaft ist Realität**

83 Um all dem gerecht zu werden, müssen auch die rechtlichen Bedingungen für eine
84 Mehrelternschaft geschaffen. Kinder können mehr als zwei Elternteile haben, was den
85 Allermeisten bereits aus Stieffamilien bekannt ist. Nimmt man nun die
86 Reproduktionsmedizin mit ins Boot, kann man schnell auf bis zu fünf Elternteile

87 kommen. Das deutsche Recht erkennt bisher nur zwei Elternteile an. Dies wird der
88 heutigen Situation in den verschiedensten Familien nicht mehr gerecht und führt dazu,
89 dass soziale Elternteile beispielsweise keinerlei Möglichkeit haben Auskunft bei
90 Krankenhausaufenthalten zu erlangen. Hier ist die Gesetzgebung in der Pflicht mit
91 Blick auf ein modernes Familienrecht auch diese Problematik anzugehen.

92

93

94 Wir fordern:

95

96 • die Schaffung einer stufenbasierten rechtswirksamen Lebensgemeinschaft aus zwei
97 oder mehreren Personen, die perspektivisch die klassische Ehe nach heutigem
98 Verständnis ersetzen soll

• bessere Aufklärung durch den Staat bzgl. der rechtlichen Folgen einer Ehe sowie
99 der Möglichkeit zur Abmilderung dieser Folgen

100

• ein geschlechtsneutrales Abstammungsrecht, um insb. die Probleme der
Mitmutterschaft sowie der Sichtbarkeit von inter* Personen bei der Elternschaft
101 zu lösen

102

103 • die sprachliche Berücksichtigung von inter* Personen im Rahmen der Elternschaft
insb. in der Verwaltungssprache

104 • die Reformierung der Reproduktionsmedizin, insb. der Schaffung eines rechtlichen
105 Rahmens zur Ermöglichung der (altruistischen) Leihmutterschaft und Eizellspende

• die Anerkennung und Regelung der Mehrelternschaft

106

107

108

Antrag S04: Gratis Wetter für alle

Antragsteller*in:

Unterbezirk Göttingen (Unterbezirk)

- 1 Wir fordern eine Änderung des DWD-Gesetzes dahingehend, dass der Deutsche
2 Wetterdienst dem Gemeinwohl verpflichtet sein muss und sämtliche seiner
3 Dienstleistungen kostenfrei werden. Hintergrund dieser Forderung ist, dass genau das
4 aktuell verhindert wird. Eine App des Deutschen Wetterdienstes (DWD), die
5 verlässliche Wetterinformationen und Wetterwarnungen anzeigt, nichts kostet und keine
6 Werbung einblendet. Genau so etwas setzte der Deutsche Wetterdienst um, musste es
7 aber wieder aus den Appstores nehmen, da der private Anbieter WetterOnline dagegen
8 als wettbewerbswidrig klagte. Der Bundesgerichtshof gab WetterOnline nach
9 jahrelangem Streit Recht und urteilte, dass der Wetterdienst nur Warnungen etwa vor
10 Lawinen, Sturm oder Hochwasser kostenfrei anbieten dürfe. Weitergehende Informationen
11 müssen kostenpflichtig sein. Die Rohdaten indes stellt der DWD zum größten Teil
12 online zur Verfügung. Diese Daten sind jedoch nicht für Nutzer*innen zu gebrauchen –
13 wohl aber für viele private Dienstleister, wie WetterOnline.
- 14 Wir fordern, dass das DWD Gesetz dahingehend geändert wird, dass es dem Wetterdienst
15 nicht weiter vorschreibt, dass seine Dienstleistungen vergütet werden müssen. Um es
16 nochmal in aller Deutlichkeit zu sagen: **Der Wetterdienst ist dem Gemeinwohl**
17 **verpflichtet und sämtliche seiner Dienstleistungen müssen kostenfrei werden.**

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag W04: Entweder staatliche Unterstützung oder Dividenden

Antragsteller*in:

Unterbezirk Göttingen (Unterbezirk)

1 Gerade in der Corona-Krise und vor allem in ihren Folgen haben wir es gesehen. Früher
2 sollte sich der Staat bei allen Dingen, die die Wirtschaft betreffen raushalten, im
3 Sinne von „der Markt regelt das“. Jetzt, wenn es aber mal wieder nicht so gut läuft,
4 da schreien die Unternehmen nach staatlicher Unterstützung, vor allem in Form von
5 Subventionen (zum Beispiel in Form der sogenannten „Coronahilfen“). Trotzdem schütten
6 sie weiter Milliarden an Dividenden an ihre Aktionär:innen aus. Ein Beispiel hierfür
7 ist Daimler im Frühjahr 2021. Dies gilt aber nicht nur für Unternehmen in der
8 sogenannten „Privatwirtschaft“, sondern auch für jene, welche im Bereich der
9 öffentlichen Daseinsfürsorge tätig sind (im besonderen Maße im Gesundheitswesen).
10 Damit muss aber jetzt Schluss sein!

11

12 Wir fordern, dass Unternehmen keine Dividenden mehr an ihre Aktionär:innen
13 ausbezahlen dürfen und schon gar keinen Sonderbonus, wenn im betreffenden
14 Geschäftsjahr in irgendeiner Form Subventionen gezahlt oder anderweitig staatliche
15 Unterstützungen zur (teilweisen) Finanzierung des Unternehmens in Anspruch genommen
16 werden/wurden. Rückwirkend sollen alle Unternehmen, die diese ausgeschüttet haben,
17 ihre Subventionen oder anderen Unterstützungen vollständig zurückbezahlen, wenn dies
18 nicht sowieso schon vorgesehen ist (Stichwort Kredite).

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag INI01: Dienstpflicht ist so 2011. Engagement fördern, statt Dienst zu erzwingen!

Antragsteller*in:

Bezirksvorstand (Bezirk)

1 Dienstjahr, Deutschlandjahr, Pflichtdienst: Immer wieder wird uns alter Wein in neuen
2 Schläuchen serviert. Zuletzt war es der Bundespräsident, der öffentlich eine soziale
3 Pflichtzeit zur Debatte stellte und dabei vom Militärdienst bis zur Betreuung von
4 Senior*innen eine Bandbreite an möglichen Pflichttätigkeiten für junge Menschen
5 aufzählte.

6

7 Dieser Vorschlag ist nicht neu. Vor drei Jahren war es die damalige
8 Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer, die mit einem "Dienstjahr"
9 nicht nur den sozialen Zusammenhalt, sondern vor allem auch die Bundeswehr stärken
10 wollte. Insbesondere konservative Kommentator*innen greifen jede Wiederholung dieses
11 Vorschlags gerne auf. Egal wie genau das jeweilige Modell genannt wird, auf welche
12 Dienste es sich erstreckt oder wie lang es dauern soll, eins haben alle Vorschläge
13 gemeinsam: Ältere Menschen wollen jungen Menschen vorschreiben, wie sie sich in diese
14 Gesellschaft einzubringen haben. Sie interessieren sich dabei nicht für die
15 Bedürfnisse junger Menschen und sie bringen vor allem einen negativen Blick auf junge
16 Generationen mit, statt ihr vielseitiges Engagement anzuerkennen. **Wir Jusos wollen,
17 dass junge Menschen endlich einbezogen werden und nicht eingezogen!**

18

19 **Wieso eine Dienstpflicht junges Engagement nicht fördert**

20

21 Die Dienstpflicht soll, so die Befürworter*innen, den sozialen Zusammenhalt stärken,
22 indem sie junge Menschen dazu bringe, sich mehr für ihre Mitmenschen zu engagieren
23 und einzusetzen. Dabei ist diese Überlegung aus verschiedenen Gründen falsch. Erstens
24 engagieren sich zahlreiche junge Menschen neben Schule, Studium und Ausbildung oder
25 absolvieren ein freiwilliges Jahr nach ihrer Schulzeit - und das obwohl das
26 Engagement junger Menschen an vielen Stellen eher gebremst als gefördert wird. Der
27 negative Blick auf die Jugend wird diesem vielseitigen Engagement nicht gerecht.
28 Zweitens ist überhaupt nicht ersichtlich, wie eine Dienstpflicht bei denjenigen, die
29 aktuell nicht an sozialem Engagement interessiert sind, zu einem Sinneswandel führen
30 soll. Zwang überzeugt nicht. Im Gegenteil, Menschen, die sich zu Tätigkeiten
31 gezwungen fühlen, womöglich sogar von ihren eigentlichen Interessen abgehalten
32 fühlen, werden gesellschaftlichen Einsatz danach vor allem als Last auffassen. Und
33 drittens sind mögliche Tendenzen zur gesellschaftlichen Polarisierung nicht auf eine
34 mangelnde soziale Ausrichtung der Jugend zurückzuführen. Der Blick auf Gruppen, die
35 Hass und Hetze in der Gesellschaft vorantreiben, zeigt etwas ganz anderes:
36 Querdenker*innen, Pegida, Reichsbürger*innen oder AfD-Anhänger*innen, um nur einige
37 Beispiele zu nennen, zeichnen sich allesamt durch ein vergleichsweise hohes
38 Durchschnittsalter aus. Viele der daran Beteiligten haben entweder noch Wehr- oder
39 Zivildienst absolviert. Vor Radikalisierung und Hass auf Andersdenkende hat es sie
40 nicht bewahrt. Gleichzeitig zeigen Studien wie die Mitte-Studie der FES, dass
41 Jugendliche insgesamt toleranter und weltoffener sind. Der Lösungsvorschlag

42 "Pflichtdienst" kann also schon deshalb nicht erfolgreich sein, weil er an den realen
43 Problem vorbeigeht.

44

45 **Wehrpflicht? Nein danke!**

46

47 Als Jusos haben wir uns bereits 2010 für das Ende der Wehrpflicht eingesetzt. Bei der
48 Diskussion um ein verpflichtendes Dienstjahr müssen wir diese Position erneut
49 bestärken. Trotz der aktuellen Umstände und dem Krieg in Europa, der so einige
50 unserer Positionen ändert, dürfen wir nicht an der Ablehnung der Wehrpflicht
51 zweifeln. Eine allgemeine Wehrpflicht löst nicht die Probleme der Bundeswehr, sondern
52 würde sie verstärken. Selbst die Führungsetage der Bundeswehr lehnt die Dienstpflicht
53 ab und sieht sich nicht in der Lage, 700.000 junge Menschen auszubilden. Unmotivierte
54 Wehrdienst- oder Zivildienstleistende helfen weder der Bundeswehr, noch sozialen
55 Einrichtungen. Ebenso wie das soziale Jahr, muss auch die Verteidigungspolitik
56 reformiert werden. Statt einer Dienstpflicht müssen wir die Fehler der letzten
57 Verteidigungsminister*innen aufarbeiten und die Ausstattung und Ausbildung der
58 Bundeswehr reformieren. Ausrüstung und Ausbildung befinden sich derzeit in einem
59 miserablen Zustand, der die Bundeswehr schlecht einsatzfähig macht. Die Mehrausgaben
60 einer Wehrpflicht stehen in keinem Verhältnis zu den finanziellen Mitteln, die nötig
61 sind, um unsere Bundeswehr einsatzfähig zu machen. Vielmehr müssen wir die gemeinsame
62 Verteidigungspolitik der NATO stärken und in eine bündnisfähige Armee investieren.
63 Gemeinsam mit den NATO-Partnern verfügen wir über knapp 3 Millionen Soldat*innen, die
64 ein unvergleichbares Verteidigungsbündnis darstellen. Auch Christine Lambrecht
65 spricht sich gegen die Wehrpflicht aus. Es spricht gegen unser jungsozialistisches
66 Grundverständnis, junge Menschen zum Kriegsdienst zu zwingen. Junge Menschen müssen
67 selbst entscheiden dürfen, ob und inwiefern sie sich an der Verteidigungspolitik
68 beteiligen. Eine Förderung und Modernisierung des freiwilligen Wehrdienstes ist dabei
69 zielführender und nachhaltiger als ein verpflichtendes Dienstjahr bei der Armee.

70

71 **Ursache und Symptom nicht vertauschen: Eine Dienstpflicht hilft den**
72 **Gesundheitsberufen nicht!**

73 Aktuell sind es über 200.000 und bis zum Jahr 2030 sogar circa 500.000 Pfleger*innen
74 die in Deutschland im Rahmen des Pflegenotstands fehlen und fehlen werden. Darüber
75 hinaus erwägen sogar noch zusätzlich knapp 40% der Pflegekräfte ihren Beruf zu
76 verlassen. Dies ist die Folge von schlechten Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen,
77 in der Pflege und in den Krankenhäusern unter denen die Angestellten ihre hoch
78 anzuerkennende Arbeit bewältigen müssen. In der Diskussion zum Dienstjahr soll nun
79 das jahrelange Politikversagen kaschiert und die Personallücken in den Gesundheits-
80 und Sozialberufen mit jungen ungelernten Menschen im verpflichtendem Dienstjahr mit
81 prekärer Beschäftigung gestopft werden. Der Vorschlag ist den engagierten Fachkräften
82 in der Pflege und in sozialen Berufen respektlos gegenüber und verkennt Ursache und
83 Symptom, denn die Pflegekräfte brauchen keine kurzfristig anzulernenden Hilfskräfte,
84 welche ihr Dienstjahr verrichten müssen. Wir brauchen endlich strukturelle
85 Veränderungen und bessere Arbeitsbedingungen! Konkret heißt das mehr Bezahlung,
86 weniger Zeitdruck, bessere Vereinbarkeit mit der Familie, flexiblere Arbeitszeiten,

87 eine bessere Mitbestimmung und eben auch mehr Personal, damit das Gefühl vieler
88 Pflegekräfte den vielen Patient*innen nicht mehr gerecht werden zu können, endlich
89 endet. Den Personalmangel wird man politisch nur gerecht, wenn man das Problem an der
90 Wurzel packt und endlich die notwendigen verbesserten Arbeitsbedingungen schafft. Denn
91 es können sich 48% der Pflegeberufsausteiger*innen vorstellen bei den verbesserten
92 Arbeitsbedingungen ihren erlernten Beruf wieder auszuüben.

93

94 **Zusammenhalt fördern statt erzwingen**

95

96 Zahlreiche junge Menschen engagieren sich bereits in Initiativen, Vereinen und
97 Parteien. Viele weitere würden sich gerne mehr engagieren. Statt ein weiteres Mal
98 über Pflichtjahre zu debattieren, sollten wir endlich darüber sprechen, wie wir
99 dieses freiwillige Engagement wirklich fördern und stärken können.

100

- 101 • • Schule, Ausbildung, Studium und Weiterbildung müssen so gestaltet sein, dass
102 junge Menschen ausreichend Freizeit haben, um sich ehrenamtlich zu engagieren.
103 Für eine demokratische und resiliente Gesellschaft dürfen junge Menschen
104 faktisch nicht vor die Wahl gestellt werden: Bildungsabschluss oder Ehrenamt.
- 105 • Mehr Freiräume für junge Berufstätige und junge Eltern schaffen: Engagement kann
106 nicht isoliert von den Rahmenbedingungen betrachtet werden, in denen es
107 stattfindet. Unsicherheit und Stress im Job halten junge Berufstätige vom
108 Engagement ab, viele, die vorher aktiv waren, hören nach Schule oder Studium
109 sogar damit auf. Wer mehr Engagement will, muss sich für eine drastisch
110 verringerte Wochenarbeitszeit und unbefristete Verträge einsetzen! Für junge
111 Familien braucht es deutlich bessere Betreuungsmöglichkeiten und gleichzeitig
112 elternfreundliche Strukturen in Vereinen und Parteien.
- 113 • Egal ob Freiwillige Feuerwehr, Chorgruppe, politische Jugendorganisation und
114 vieles mehr - das breit gefächerte Ehrenamt braucht eine gleichwertige
115 gesellschaftliche Anerkennung!
- 116 • Freiwilligendienste wie FSJ oder BFD müssen endlich fair bezahlt werden. Dazu
117 gehört mindestens eine Bezahlung auf Mindestlohniveau. Durch Arbeitsbedingungen
118 und unzureichende Vergütung werden junge Menschen aktuell daran gehindert, sich
119 so einzubringen, wie sie es gerne würden.
- 120 • **Nichts motiviert so sehr wie Mitbestimmung:** Das Modell "Pflichtdienst" ist von
121 einem patriarchalen Blick auf junge Menschen geprägt. Der Staat müsse als
122 strenges Familienoberhaupt die ihm unterstellten Kinder dazu zwingen, sich
123 unterzuordnen und dem Kollektiv zu dienen. Dieses Denken ist illiberal und
124 zeitgemäß. Wer möchte, dass Menschen sich langfristig in diese Gesellschaft
125 einbringen, sollte eine innere Motivation bei ihnen hervorrufen. **Die stärkste**
126 **Motivation ist die Erfahrung, durch Engagement mitbestimmen und gestalten zu**
127 **können.** Dazu gehört auch, dass die Politik jünger und vielfältiger werden muss.
128 Nicht zuletzt die Debatte über die Dienstpflicht zeigt, dass immer noch viel zu
129 oft über junge Menschen gesprochen wird und viel zu selten mit ihnen.
- 130 • Teilhabe muss nicht verdient werden: Alle Menschen in der Gesellschaft haben das

131 gleiche Recht auf Mitbestimmung, unabhängig von ihrer Leistung oder vergangenen
132 Leistungen. "Dienste" an der Allgemeinheit dürfen nicht zur Voraussetzung für
133 Teilhabe gemacht werden.

134

135 **Demokratie und Freiheit**

136 Demokratie bedeutet Freiheit und eine Wahl zu haben. Daher ist es unsere Aufgabe als
137 demokratische Gesellschaft durch politisches Handeln die Rahmenbedingungen so zu
138 setzen, dass allen Menschen und insbesondere auch jungen Menschen wählen können wie
139 sie sich nachhaltig engagieren und für Menschen einsetzen wollen.

Antrag INI02: Die Krise trifft nicht alle gleich

Antragsteller*in:

Unterbezirk Region Hannover (Unterbezirk)

1 Die Jusos im Bezirk Hannover mögen beschließen:

2 **Die Auswirkungen der Kriegs- und Krisensituation**

3 Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und die andauernden Folgen der Corona-
4 Pandemie werden in Deutschland für wirtschaftliche Akteur*innen, aber insbesondere
5 für Verbaucher*innen zunehmend spürbar. Die Inflation schnell mit 7,9% im Mai 2022
6 in ungeahnte Höhen.

7 Die Krise auf dem Energiemarkt sorgt dafür, dass die Preise für Energieprodukte
8 explodieren. Doch auch Lebensmittel und Produkte des alltäglichen Bedarfs sind
9 deutlich teurer geworden. Dies trifft vor allem jene Menschen besonders hart, die
10 bereits auf Sozialhilfe empfangen und sich in einer prekären, finanziellen Lebenslage
11 befinden.

12 Da die Regelsätze und Bezüge für Lebensmittel aus dem Arbeitslosengeld II („Hartz
13 IV“) nicht an die derzeitige Lebensrealität angepasst wurden, befinden sich viele
14 Sozialhilfeempfänger*innen in einer akuten Notlage. Die derzeitige Teuerungsrate
15 entspricht bei dem derzeitigen ALG II Regelsatz einen realen Kaufkraftverlust von
16 über 35€. Während Menschen mit einem ausreichend hohen Einkommen ihre Konsumausgaben
17 verlagern, oder ihr Konsumverhalten ändern können, sind Menschen am finanziellen
18 Existenzminimum auf jeden Euro angewiesen. Dies veranschaulicht: **Die derzeitige Krise**
19 **trifft uns zwar alle - aber eben nicht alle gleich hart!** Die zu knapp kalkulierten
20 Regelsätze verschärften die prekäre Situation für Sozialhilfeempfänger*innen
21 dramatisch.

22 **Die Entlastungspakete der Bundesregierung**

23 Mit den Entlastungspaketen I und II versucht die Bundesregierungen auf die Dynamik
24 der gesteigerten Preise zu reagieren.

25 Der Pauschbetrag für Arbeitnehmer*innen steigt auf 1.200€, der Grundfreibetrag auf
26 10.347€, die Entfernungspauschale und Mobilitätsprämien für Pendler*innen steigen auf
27 38 Cent und die EEG-Umlage soll zum 01. Juli 2022 fallen, um die Menschen zu
28 entlasten. Darüber hinaus wird die Energiesteuer auf Kraftstoffe gesenkt
29 („Tankrabatt“), einkommenssteuerpflichtige Erwerbstätige erhalten 300€
30 Energiepreispauschale, Familien bekommen pro Kind einen Kinderbonus in Höhe von 100€,
31 Empfänger*innen von Arbeitslosengeld I wird einmalig 100€ gezahlt und nach dem
32 Gießkannenprinzip hat jede*r Bürger*in die Möglichkeit, mit dem Neun-Euro-Ticket den
33 ÖPNV zu benutzen. Sozialhilfeempfänger*innen werden mit zwei Einmalzahlungen in Höhe
34 von 270€ (Heizkostenzuschuss) und 200€ berücksichtigt.

35 Diejenigen, die am Existenzminimum leben und auf Transferleistungen vom Staat
36 angewiesen sind, erhalten zwei Einmalzahlungen von insgesamt 470€. Sie sind von den
37 anderen Maßnahmen wie der Energiepreispauschale, der Pendler*innenpauschale, der
38 Anpassung des Grundfreibetrages und des Arbeitnehmer*innenpauschbetrages de facto
39 nicht berücksichtigt. Die Preise für Lebensmittel und Energieprodukte werden
40 allerdings auf absehbare Zeit nicht fallen und Menschen mit Sozialhilfebezug stehen
41 wieder rasch vor existenziellen Fragen. **Die Regelsätze müssen so schnell wie möglich**
42 **an die Lebensrealität angepasst werden!**

43 **Das Problem mit dem Neun-Euro-Ticket**

44 Das Maßnahmenpaket wirbt mit dem Versprechen, schnell und unbürokratisch für
45 finanzielle Entlastungen zu sorgen. Wie bereits erläutert, werden Menschen, die
46 besonders auf eine schnelle und starke Entlastungen angewiesen, in den Maßnahmen
47 unterrepräsentiert. Zusätzlich zeigt sich nun allerdings in der Praxis, dass auch das
48 Versprechen der unbürokratischen Hilfe an seine Grenzen stößt - insbesondere für
49 Familien mit Sozialhilfebezug.

50 Wie im Zweiten Sozialgesetzbuch § 28 (Bedarfe für Bildung und Teilhabe) S. 4
51 definiert ist, erhalten sozialhilfeempfangende Familien die Beförderung der Kinder
52 zur Schule finanziert. Damit dieser Anspruch geltend gemacht werden kann, wird ein
53 Bewilligungsbescheid seitens des Job Centers bzw. der zuständigen Behörde benötigt.
54 In der Realität ist es so, dass Familien, die einen solchen Bewilligungsbescheid
55 erhalten, die notwendigen Schüler*innentickets oft im jährlichen Abonnement kaufen.
56 Die Kostenübernahme erfolgt teilweise - die alltägliche Praxis variiert von
57 Bundesland zu Bundesland, und von Job Center zu Job Center - in Vorleistung der
58 Behörden. Eine Familie bekommt Bescheide bewilligt und bekommt den Preis für das
59 Schüler*innenticket im Vorhinein bezahlt. Und nun kommt das Neun-Euro-Ticket ins
60 Spiel:

61 Einige Bundesländer, darunter auch SPD-geführte Landesregierungen, möchten nun die
62 bereits erteilten Bewilligungsbescheide widerrufen und nur die Kosten für das Neun-
63 Euro-Ticket zu übernehmen. Der Differenzbetrag vom normalen zum reduzierten Aboppreis
64 der Schüler*innenbeförderungen soll nun in vielen Fällen zurückgezahlt werden. Viele
65 Haushalte, die ohnehin am Existenzminimum leben, werden mit der Situation
66 konfrontiert sein, einen mindestens dreistelligen Betrag für den Zeitraum Juni bis
67 August zurückzahlen zu müssen. **Diese Handlungspraxis, die sich in mehreren**
68 **Bundesländern durchsetzt, lehnen wir entschieden und mit voller Vehemenz ab!**

69 Daher fordern wir:

70 • **Das sofortige Aussetzen und Einstellen des Versendens von Rückzahlungsforderungen**
71 **an Sozialhilfeempfänger*innen. Das Entlastungspaket darf nicht an den Stellen**
72 **torpediert werden, an denen es zu Kaufkraftsteigerungen und tatsächlicher Entlastung**
73 **führt!**

74 • Eine zeitnahe Anpassung der ALG II Regelsätze an die neue Lebensrealität. Die
75 enormen Preissteigerungen müssen in den Sozialhilfe endlich ausreichend
76 berücksichtigt werden!

77 • Die einkommensschwachen Haushalte angemessen und priorisiert in den
78 Entlastungsmaßnahmen zu berücksichtigen. In unsicheren finanzpolitischen Zeiten
79 müssen wir den Blick auf diejenigen richten, die es am meisten brauchen. Die Zeit, in
80 der wir Top Verdienner*innen mit Finanzspritzen ausstatten, ist vorbei!

Begründung

-

Antrag INI03: Den Gewinn des Krieges besteuern

Antragsteller*in:

Unterbezirk Hildesheim (Unterbezirk)

1 Wir fordern, dass der Gewinn den insbesondere Energiekonzerne im Zusammenhang mit
2 Preiserhöhungen nach dem Beginn des Krieges Russlands in der Ukraine machen, durch
3 die Einführung einer neuen Steuer umzuverteilen und den von den gestiegenen Preisen
4 betroffenen Bürger*innen zur Verfügung zu Stellen. Als Vorbild dafür könnte das
5 Modell dienen welches in Italien gerade angewendet wird, bei dem Konzerne mit einer
6 Gewinnerhöhung von mehr 5.000.000 Euro und min. 10 % in einem halben Jahr, von diesem
7 zusätzlichen Gewinn 25 % abführen müssen.

8 Grundsätzlich unterstützen wir darüberhinausgehende Bestrebungen den Kartellbehörden
9 mehr Rechte zu geben das Oligopol der Energiekonzerne zu durchleuchten. Diese Lösung
10 wird jedoch Zeit brauchen und wird daher nicht die notwendige Sofortwirkung
11 entfalten.

Begründung

Trotz des von der Regierung auf Druck der FDP eingeführten Tankrabatts mit der Absenkung der Steuern auf Benzin und Diesel um bis zu 35 ct pro Liter sind die Preise wieder auf dem vorher bekannten hohen Niveau. Gleichzeitig sind die Rohölpreise wieder auf einem ähnlichem Niveau wie vor Beginn des Russischem Überfalls auf Ukraine.

Auch wenn Großhandelspreise gestiegen sind, bedeutet dies nur, dass Gewinne bei der Verarbeitung in dieser Zeit erheblich gestiegen.

Laut Schätzungen der Internationalen Energieagentur wird der Gewinn der Öl und Gasindustrie dieses Jahr mit 3.800 Milliarden Euro ca. 2,5 mal so hoch ausfallen wie in den Vorjahren.

Eine Übergewinnsteuer die einen Teil dieser Summe abschöpft, könnte für zielgerichtete Maßnahmen genutzt werden um die Steigenden Preise die wir alle im Alltag erleben zu kompensieren, insbesondere auch solche die uns mittelfristig zu einer geringeren Abhängigkeit von solchen fossilen Ressourcen führen.

Antrag INI04: Solidarität mit Kurdistan

Antragsteller*in:

Unterbezirk Göttingen (Unterbezirk)

1 Forderungen

2 Wir solidarisieren uns mit dem Freiheitskampf der Kurd*innen um Autonomie und
3 Selbstbestimmung und Verurteilen die türkischen Angriffe, welche in der Vergangenheit
4 immer wieder geschehen sind, aufs schärfste!

5 Die SPD Mitglieder der Bundesregierung, sowie die des Bundestages fordern wir dazu
6 auf, in der Bundesregierung und in der parlamentarischen Arbeit sich dafür
7 einzusetzen, dass die Türkei für ihre völkerrechtswidrigen Einmärsche in andere
8 Länder zur Rechenschaft gezogen wird und das Leid der Kurd*innen in der Türkei, sowie
9 im gesamten Nahen Osten und der Diaspora, wie auch viele Kurd*innen leben, Beachtung
10 findet und sie in ihrem Kampf Unterstützung erfahren, von Bundesregierung und dem
11 Bundestag.

12 Die Nato versteht sich als Wertegemeinschaft demokratischer Staaten. Dieses
13 Selbstverständnis widerspricht der türkischen Politik unter Erdogan. Nicht nur weil
14 die Türkei einen Angriff auf ein fremdes Land mehrfach schon begangen hat und
15 Minderheiten unterdrückt und bekämpft, auch dort. Sondern auch, weil der türkische
16 Staat zunehmend autoritäre und diktatorische Züge annahm, unter der Präsidentschaft
17 von Recep Tayyip Erdoğan. Auch wenn ein NATO-Ausschluss rechtlich nicht möglich ist,
18 müssen die NATO-Mitgliedstaaten Druck auf die türkische Regierung ausüben und den
19 Widerspruch zum Selbstverständnis unmissverständlich klar machen.

20

21 Begründung

22 Vor wenigen Wochen flogen Kampffjets und Drohnen über Kurdistan, während die
23 Weltgemeinschaft tatenlos zuschaute. Nach tagelangen Luft- und Bodenangriffen begann
24 die türkische Armee in der Nacht zum Ostermontag die Großoffensive „Claw Lock“ im
25 Süden und Westen Kurdistans. Die Türkei argumentiert, dass die durch diese Offensive
26 eine vermeintliche Terrorismusbekämpfung durchführen intendieren, zum Schutz der
27 „nationalen Sicherheitsinteressen“. Dabei wird kaum kritisiert, dass die Türkei vö
28 lkerrechtswidrig in anderen Staaten Militäroffensiven durchführt, ohne vorherige Abstimmung mit
den einzelnen Ländern. Dabei wird

29 auch verschwiegen, dass es bislang keine Berichte über einen geplanten bzw.
30 tatsächlich stattgefundenen Angriff oder militärische Provokation seitens der
31 Kurd*innen gab. Eine Militäroffensive also ohne eine reale Gefahr. Die Türkei bricht
32 mit dem grenzüberschreitenden Angriffskrieg Völkerrecht und zerstört die
33 Autonomiebestrebungen der Kurd*innen, die, wie jedes andere Volk, ein Recht auf
34 Selbstbestimmung haben. Die Angriffe richteten sich dabei vor allem auf die Regionen
35 Metina, Zap und Awaschin-Basjan in Südkurdistan.

36 Deutschland und weitere westliche Staaten unterstützen die Türkei jedoch sowohl auf
37 politischer als auch auf militärischer Ebene, im Rahmen der NATO und führen somit die
38 Grundwerte, wie Frieden, Freiheit, Demokratie und Menschenrechte in dieses
39 sogenannten „Wertebündnis“ ad absurdum.

40 Auch die Rolle Deutschlands ist dort keine besonders ruhmreiche. Deutschlands
41 Beziehung zur Türkei muss vor dem Hintergrund der Fluchtbewegungen ab 2014 betrachtet
42 werden. Damit die Tükei weiterhin die Grenzen für Geflüchtete schließt, um das
43 Grenzregime um Europa zu schützen, macht Deutschland erhebliche, bislang noch kaum
44 erreichte Zugeständnisse. Dazu gehören Waffenlieferungen an die Türkei, mit denen
45 Kurd*innen terrorisiert werden, sowie Verbote von kurdischen Vereinen und
46 Organisationen und Abschiebungen von Kurd*innen in die Türkei, wo ihnen lange
47 Haftstrafen drohen. Wo bleibt dabei die von Annalena Baerbock so hoch angepriesene
48 „feministische Außenpolitik“? Während in Rojava ein basisdemokratisches Projekt mit
49 den Grundpfeilern der Demokraten, Gleichberechtigung und Ökologie von den dort
50 lebenden Kurd*innen errichtet wird, gefährdet die Türkei das multiethnische und
51 multireligiöse Zusammenleben in Rojavan durch diesen und weiter folgende Angriffe.

Begründung

-